

In diesem Heft

Editorial

Essay

KARL GASS

Der Einmarsch der »Traditionsgemeinschaft
Potsdamer Glockenspiel e.V.« 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ULRICH BUSCH

Sozialtransfers für Ostdeutschland – Eine kritische Bilanz 12

HERBERT NIEMANN

Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten – Was nun? 27

MARTIN HOLTZHAUER

Risiko Gentechnik!?! 42

Deutsche Zweistaatlichkeit

RUDOLF WODERICH

Ost-Identität – Residuum der Vereinigung
oder Phänomen der »langen Dauer«? 51

HELLA KAESELITZ

Die Ängste der Margaret Thatcher.
Einige Aspekte der britischen Haltung
zur deutschen Vereinigung 61

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE

Utopie und Eros.
Zu Charles Fouriers »neuer sozietärer Ordnung« 68

Standorte

RONALD LÖTZSCH
Gibt es eine marxistische Theorie des Ethnos? 81

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 86

Bücher & Zeitschriften

Wolfgang Röd:
Die Philosophie der Neuzeit 1:
Von Francis Bacon bis Spinoza,
Verlag C.H.Beck München 1999
(HERMANN KLENNER) 88

Michael Weingarten:
Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik.
Beiträge zu einer kulturalistischen Wende
in der Philosophie,
Pahl-Rugenstein Bonn 1998
(REINHARD MOCEK) 89

Hans-Christoph Binswanger:
Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen.
Essays zur Kultur der Wirtschaft,
Gerling-Akademie-Verlag München 1998
(ULRICH BUSCH) 90

Ulrich Beck: Was ist Globalisierung?
Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung,
Edition Zweite Moderne,
Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998

Ulrich Beck (Hrsg.): Politik der Globalisierung,
Edition Zweite Moderne,
Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998
(STEFAN BOLLINGER) 92

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

Wenn dieses Heft die Leser erreicht, ist die Katze wahrscheinlich schon aus dem Sack – der Bundesminister der Finanzen hat dann (gesetzt, er hält den selbst gestellten Termin) die Sparliste der Einzelressorts und seine Steuerpläne für 2000 und danach in die Öffentlichkeit entlassen. Nun wird allmählich erkennbar, wie groß die Differenz zwischen ›Theo‹ und ›Hans‹ bzw. zwischen dem finanzpolitischen Gruselkabinett der CDU/CSU-Koalition und den vollmundigen ›Wir-machen-es-besser-Versprechungen‹ der Neuen Mitte aus Sozialdemokraten und Bündnisgrünen wirklich ist.

Einer aus der Ministerriege konnte sich allerdings schon vor Wochen entspannt zurücklehnen, in seinem Ressort bleibt alles beim alten – ›Genosse‹ Rudolf Scharping läßt grüßen! Und wenn es nach Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ginge, würde der Verteidigungshaushalt, der angesichts teurerer ›Out-of-area-Einsätze‹ eher den Titel ›Kriegsetat‹ verdiente, auf mindestens 47,5 Milliarden DM aufgestockt. Das verbreitete jedenfalls die Nachrichtenagentur ADN am 21. April dieses Jahres.

Mag sein, daß es offiziell unter dem Eindruck des allgemeinen Sparzwangs nicht soweit kommt, aber die dem neuen europäischen Militärpakt zugedachten Mittel müssen auch nicht alle in den Haushalt des Scharping-Ministeriums eingestellt werden – dafür werden sicherlich ›elegante Lösungen‹ gefunden, die weniger Gefahr laufen, den ›Volkszorn‹ zu erregen. Eines ist jedenfalls schon jetzt klar, wer sich als (Kontinental)Polizist geriert, der muß sich auch als solcher beweisen, sonst würde er – wegen erwiesener Nutzlosigkeit – wahrscheinlich schnell wieder abgeschafft. Deshalb braucht der neue Pakt baldmöglichst einen ›Einsatz‹, der seine Existenz legitimiert; merke: Neue Militärstrukturen vermindern keineswegs die Gefahr des Ausbrechens neuer Krisen, sie provozieren diese geradezu! Inzwischen darf schon mal gewettet werden, wen die neue Allianz als ersten heimsuchen wird.

Was nun die potentiellen Kosten derartiger Abenteuer angeht, da kann uns das wenige, das über die Kosten des Luftkrieges gegen Jugoslawien bisher durchgesickert ist, einen – allerdings sehr unvollständigen – ungefähren Einblick vermitteln.

Einer dpa-Meldung vom 14. April zufolge hat die US-Regierung gegenüber dem Kongreß erklärt, daß jeder Tag des Luftkrieges gegen Jugoslawien allein die USA 70 bis 100 Millionen Dollar koste und daß mit Gesamtausgaben (einschließlich der humanitären

Hilfe für die Kosovo-Flüchtlinge) von vier Milliarden Dollar gerechnet würde. Welch hehre Illusion! Wenn man die Eskalation der Bombardements in Rechnung stellt und deshalb Mindestkosten von 100 Millionen Dollar pro Kriegstag ansetzt, wurden inzwischen (in mehr als 70 Kriegstagen) fast acht Milliarden Dollar allein von den USA und allein für militärische Zwecke in Jugoslawien zur Explosion gebracht – eine einzige Rakete kostet durchschnittlich rund 300.000 Dollar oder ca. 550.000 DM. Wenn ferner (für die europäischen NATO-Mitglieder optimistischerweise) unterstellt wird, daß die USA etwa 50 Prozent der Kriegskosten begleichen, dann dürften sich die gesamten Kriegsaufwendungen auf etwa 20 Milliarden Dollar bzw. fast 40 Milliarden DM belaufen.

Für die Zukunft sieht die Rechnung insofern anders aus, als die (neu-alliierten) Europäer für die Kosten ihrer selbstangemaßten Friedensmissionen allein aufkommen müssen, und sie werden zudem noch gezwungen sein, im großen Stil US-amerikanisches Kriegsmaterial einzukaufen. Auch wenn EU-Europa demnächst seine (Regional)Konflikte selbst ›regelt‹, bleiben die US-Konzerne also im Geschäft.

Zurück zum finanzpolitischen Offenbarungseid des Schröder/Fischer-Kabinetts – bei allem was diese Regierung noch auf die steuerpolitische wie auf die friedenspolitische Tagesordnung setzen wird, auf eines darf in diesem Lande offensichtlich niemand mehr hoffen, eine wirkliche Wende zu einer sozialeren Gesellschaft wird es mit diesem Kabinett genausowenig geben, wie einen Durchbruch zu einem friedlichen und partnerschaftlichen Europa.

ARNDT HOPFMANN

KARL GASS

Der Einmarsch der »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.«

Der Vereinskommmandeur kommt aus Bonn, der Rest der Truppe sitzt in Iserlohn. Sein Name ist Max Klaar, Oberstleutnant a.D./d.R. Der Chef reist und verhandelt und schreibt und schreibt. »Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt fehlt es nur noch am nötigen Geld. Um mit dem Bau [der Garnisonkirche] beginnen zu können, verlangt Potsdam die Vorlage von 20 Mio DM. Und ich bitte Sie inständig, uns wie bisher nach Ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Jede Gabe ist herzlich willkommen.«

Wer für 60000 DM eine der 365 Turmstufen kauft, kann stolz sein, auf einer Bronzeplatte, eingelassen in eine der Stufen, verewigt zu werden. »Wer mit 10000 DM beitragen möchte, wird mit fünf weiteren Spendern, die den gleichen Betrag gaben, gemeinsam auf einer solchen Stufenplatte genannt. Alle Spender nennen wir außerdem in einem »Ehrenbuch der Wiedererbauer der Garnisonkirche.«

Die Wiederaufbauer sind bester Hoffnung. Der Chef hat seine Militär- und Zivilgemeinde kürzlich mit dem Inhalt eines Schreibens bekanntgemacht, das er von einem der Potsdamer Bürgermeister, Stadtrat Erwin Motzkus (CDU), erhalten hatte, in dem für ihn erfreuliche Sätze stehen: »Manches aber auch geschieht still und dennoch zielstrebig. Genauso entwickelte sich das Projekt in Potsdam, die Garnisonkirche wieder erstehen zu lassen. [...] Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Das Grundstück steht zur Verfügung mit einem doch erheblichen Wert von zwei Mio DM. Die Projektierung könnte beginnen an Hand von aufgefundenen und wiederhergestellten Originalzeichnungen. [...] Es ging im letzten Jahr gut voran. So hoffe ich mit Ihnen auf weitere erfolgreiche Schritte für 1994. Gottes Segen für Ihre Arbeit, die Sie für Potsdam und dessen Einwohner leisten, wofür ich Ihnen von Herzen danke.« – Hinter diesen Versicherungen des Herrn Motzkus stand keinerlei Vollmacht, kein Abgeordnetenbeschluss, keine Legitimation.

Wie aus einem Schreiben von Anfang Juni 1994 an alle Fraktionen der Potsdamer Abgeordnetenversammlung hervorgeht, haben die rührigen Aufbauwilligen aus Bonn und Iserlohn noch weitere Bündnisfäden ins Potsdamer Stadthaus gesponnen. In diesem sehr langen Schriftsatz heißt es: »... im August 1990 übergab ich das Glockenspiel bereits de jure an Ihren Oberbürgermeister, Herrn Dr. Horst Gramlich. Dieser bat die »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel« um Fortsetzung der Sammlung zum Wiederaufbau der Garnisonkirche. Genehmigung zum Bau des Turms

Karl Gass – Jg. 1917, Autor und Texter für Dokumentarfilme und die DEFA-Wochenschau »Der Augenzeuge«; Hochschullehrer und Mitbegründer der Leipziger Dokumentarfilmwoche und des nationalen Festivals für Dokumentarfilme; setzte sich in vielen Filmen mit der deutschen und insbesondere der preußischen Geschichte auseinander.

Gass lebt heute in Kleinmachnow bei Potsdam.

Wir danken dem Verlag Neues Berlin für die Abdruckgenehmigung des Textes aus dem neuesten Buch von Karl Gass: Der Militärtempel der Hohenzollern. Aus der Geschichte unserer »lieben« Garnisonkirche zu Potsdam, 320 S., 29,80 DM, ISBN 3-360-00884-7.

würden wir bei Nachweis von 20 Mio DM erhalten, sagte er mir aus diesem Anlaß.« Auch die Stadtverordnetenversammlung, so Oberstleutnant Max Klaar, »... nahm die Initiative unserer Gemeinschaft erfreut zur Kenntnis. Am 14. April 1991 übergaben wir das Geläut an Ihre Stadt und sagten offiziell zu, für den Wiederaufbau der Garnisonkirche weiter zu sammeln.«

Die Übergabe des »Geschenks« erfolgte am 14. April 1991, auf den Tag genau 46 Jahre nach der Zerstörung Potsdam durch britische Bomber. Vier Jahre später, am 14. April 1995, das wäre dann ein rundes Datum gewesen, hätten die »Wiedererbauer« der Garnisonkirche gern den Grundstein gelegt. Aber der »Geist von Potsdam« war noch nicht wieder in genügend preußische Hirne eingedrungen. An der Formierung einer Mehrheit mußte noch gearbeitet werden.

Die Übergabe des Geschenks wurde von Potsdamer Preußen-Schwärmern mit Freuden begrüßt. Erinnerung wurde wach an das Potsdamer Geläut, das im Mai 1939 in die Obhut der Wehrmacht übergeben worden war. Auch die Praxis der Namensgebung und der Einprägung der Inschriften, damals für die vier Glocken des Geläuts – jetzt für die 40 Glocken des nachgebauten Spiels, wiederholte sich. Für die Namensgebung sind auch diesmal wieder Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Königin Luise ausgewählt worden, hinzugefügt hat man »Seine Kaiserliche Hoheit« Prinz Louis Ferdinand zu Preußen, der auch als einer der »Großspender« gerühmt wurde. Die Namen vieler Bundeswehreinheiten sind in die Glocken eingegossen und dazu nicht wenige der »altpreußischen« Gardetruppen.

Sieben Glocken sind den »verlorenen Ostgebieten« gewidmet: Königsberg, Ostpreußen, Breslau, Schlesien, Stettin, Pommern und Westpreußen. Die leichteste Glocke mit den Insignien des Infanterie-Regimentes 9, Potsdam, wiegt sieben Kilogramm, die schwerste, mit dem Text des Deutschlandliedes, 1900 kg.

Es hat am 20. März 1987 – ähnlich wie beim Potsdamer Glockengeläut von 1939 – ein feierlicher Glockenguß der beiden größten Glocken stattgefunden. Diesmal sprach der Militärpfarrer Siegfried Ernst Silinski. Er erinnerte, wie damals der »Völkische Beobachter«, an Schillers »Lied von der Glocke« und meinte: »Für diese größte Glocke in der Nachbildung des Glockenspiels für die Garnisonkirche zu Potsdam bedeutet es ganz speziell: Wir sollen niemals vergessen, woher wir historisch kommen, und genau überprüfen, wohin unser Weg führt.«

Vom gleichen Geist erfüllt war der Große Kasernenhof-Appell mit dem Fallschirmjägerbataillon 271 am 17. Juni 1987 auf dem Paradeplatz der Bundeswehr in Iserlohn, anlässlich dessen das Glockenspiel in die Obhut dieser Truppe übergeben wurde. Die Wahl des Schauplatzes und der Mitwirkenden deuteten darauf hin, daß an eine, wenigstens kleine historische Wende, an eine geistige Korrektur nicht im geringsten gedacht war. Die Veranstalter hatten den militanten »Geist von Potsdam« im Sinn, und nichts war ihnen fremder als der Gedanke an ein Gottes- und Friedenshaus in des Wortes wahrer Bedeutung. Die alte »Geisterhöhle«, die hohenzollernsche »Ruhmeshalle«, das »Potsdamer Heiligtum«, der »Kultplatz des Dritten Reiches« sollte es wieder sein.

Auch auf dieser gut neunstündigen, militanten Kultveranstaltung war vom »notwendigen Einsatz des eigenen Lebens« die Rede, von der »Gelöbnisformel, der Bundesrepublik treu zu dienen«, sie »mit der Waffe zu verteidigen«.

Es ist eine ungeheuerliche Blasphemie, wenn der Kommandeur des Fallschirmjägerbataillons 271 gegen Schluß seiner »feierlichen« Preußenrede zu behaupten wagte, man sei nicht zuletzt in Erinnerung an die Männer des 20. Juli 1944, die »zumeist Preußen waren«, an das Werk der »Wiederherstellung des Potsdamer Glockenspiels« gegangen. Er unterstellte damit den Aufständischen gegen Hitler in ihrer Gesamtheit, auch sie hätten zum Zeitpunkt ihrer Erhebung einem schwärmerisch-unkritischen Preußenbild angehangen, in dessen Folge ja gerade dieses unbeschreibliche Elend über Deutschland gekommen war.

Der Militärgeneraldekan Gramm begab sich in seiner »Predigt« auf die »beflügelte Linie des Soldatenkönigs«. Dieser »fromme König, Soldat und Politiker« weise viel Beispielhaftes auf, »an das gerade in dieser Stunde zu erinnern sich lohnt«. Konnte der Dekan nicht wahrnehmen, daß der Soldatenkönig mitnichten fromm war, sondern frömmelnd und bigott, daß er kein Soldat war, sondern Soldat spielte, und daß vom Politiker in ihm in ganz Europa nichts zu bemerken gewesen war. Waren dem Dekan die rabiaten Zwangswerbungen der »Langen Kerls«, das blutige »Gassenlaufen«, die öffentlich benutzten Folterwerkzeuge in den Straßen der »Soldatenstadt«, die öffentlichen Hinrichtungen am Galgen vor der Hauptwache der Garnison, die brutalen Strafen für die lächerlichsten Delikte, die unzähligen Flucht- und Selbstmordversuche der Soldaten, die menschenunwürdigen Bedingungen der Kinderarbeit, der Zynismus, der menschenverachtende Spott, die Unkultur, die Sauf- und Freßlust, das ganze brutale und launische Gehabe dieses Potentaten unbekannt? Angesichts all dieser Gewohnheiten und Verbrechen von »viel Beispielhaftem« zu reden, »an das gerade in dieser Stunde zu erinnern sich lohnt«, entspricht in fataler Weise genau jener Charakterlosigkeit, Unterwürfigkeit und Verlogenheit, die die »Kriegs-theologen« des Ersten Weltkrieges, viele der Heerespfarrer der Reichswehr und die Armeepfarrer der Wehrmacht »ausgezeichnet« hat. Die Predigt des Militärgeneraldekans der Bundeswehr endete mit dem Wunsch: »Wir wünschen und bitten, daß Gott dieses Glockenspiel und die vielen Menschen, die es hören, segnen möge. Wir wünschen und erbitten für uns, daß wir im Glauben immer wieder Müdigkeit und Unvermögen überwinden, weil wir zu denen gehören, die auf den Herrn harren, daß wir neue Kraft bekommen und auffahren mit Flügeln wie Adler.« Da war er wieder, der preußische Adler: Er weicht der Sonne nicht! Nec soli cedit!

Im Neunstundenprogramm auf dem Iserlohner Kasernenhof sprach der »Patriot« Ulrich de Maizière, General a.D., Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, zum Thema »Tradition und Pflichten des deutschen Soldaten«: »Als Inspekteur des Heeres habe ich eine Ansprache anlässlich des Traditionstreffens der Panzer- und Panzergrenadierdivisionen des alten Heeres [gemeint ist die Naziwehrmacht] am Vorabend des Volkstrauertages 1965 mit den

Worten beendet: »Tradition pflegen heißt nicht, nur der Vergangenheit gedenken, sondern bedeutet, die auch heute noch gültigen Kräfte der Vergangenheit so zu stärken und für uns fruchtbar zu machen, daß sie uns helfen, Gegenwart und Zukunft zu bestehen.« [...] Streitkräfte bedürfen der Tradition. [...] Tradition ist nicht Geschichte. [...] Tradition aber ist Auswahl aus der Geschichte. [...] Tradition ist Handeln. [...] Gerade deshalb sind Tradition und Auftrag nicht voneinander zu trennen.«

Der festlichen Broschüre über diesen 17. Juni 1987 wurde ein Vortrag beigelegt, den der Oberkirchenrat i.R., Dr. theol. Johannes Junke, anlässlich des »Tages der Deutschen Einheit« am 17. Juni 1985 in Friedrichruh gehalten hatte. Von den 30 Druckseiten seien dreieinhalb Zeilen zitiert: »Der Eid der Herzen zum Schutz der Heimat erwies sich als die am stärksten bindende Kraft, wie sich auch der deutsche Soldat in seiner übergroßen Mehrheit an die ritterlichen Traditionen der preußisch-deutschen Geschichte, an die Normen des Kriegsrechts und an die ungeschriebenen Gesetze der Menschlichkeit gebunden wußte.« Immer die gleichen Legenden, die gleichen Lügen – ganz in der Tradition der Garnison- und Feldprediger Rogge und Vogel.

Die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945«, die Historiker der Abteilung »Gewalt und Destruktivität in Zivilisationsprozeß« am privaten Institut für Sozialforschung, Hamburg, zusammengestellt haben, beweist das Gegenteil; sie widerlegt durch eindringliche Bild- und Textdokumente alle diese Legenden und Lügen von der »sauberen Wehrmacht«, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges systematisch verbreitet und in das Traditionsbild der Bundeswehr eingepaßt wurden. Gegen diese »verharmlosende Traditionspflege« setzt die Ausstellung ihre eindeutig widerlegenden Dokumente, die beweisen, daß die Wehrmacht an allen Verbrechen an den Fronten und in den besetzten Gebieten aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war, daß sie einen Vernichtungsfeldzug gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung führte, dem Millionen zum Opfer fielen.

Die Ausstellung war – leider nur für kurze Zeit – auch in Potsdam zu sehen. Sie sollte, nachdem sie ihre Runde durch Deutschland gemacht hat, als Dauerausstellung in der ehemaligen preußischen Frontstadt verbleiben, als dauerhafte und aufrüttelnde Mahnung gegen alle Bestrebungen, die »traditionsreichen« Objekte preußisch-großdeutscher Vergangenheit in Potsdam wieder anzuhäufen und sie zum Gegenstand ständiger feierlicher Bewunderung und Verehrung zu machen. Hinzufügen könnte man Dokumentationen über die Verbrechen aller preußisch-deutschen Armeen und ihrer Befehlshaber in den Kriegen zwischen 1740 und 1918 sowie über die Schandtaten der preußischen Herrscher und ihrer Offizierscliquen in den Reihen ihrer eigenen Truppe, von Friedrich Wilhelm I. bis Kaiser Wilhelm II., inbegriffen die Funktion der »Königlichen Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam«, des Kultortes der preußischen Militärmonarchie bei der Durchsetzung dieser menschenfeindlichen Praktiken.

Alle Reden, Briefe und Dokumente des Tages von Iserlohn hat die »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.« allen

Abgeordneten des Potsdamer Stadtparlaments zur Verfügung gestellt. Von einem Aufschrei der Empörung gegenüber solchen Versuchen des Mißbrauchs gewählter Volksvertreter ist nichts bekannt, wohl aber von der Bereitschaft zu freundlichstem Entgegenkommen und kameradschaftlicher Zusammenarbeit.

Angesichts all dieser »Potsdamer Toleranz« muß noch auf eine Schrift des so unermüdlich tätigen Unterhändlers, Oberstleutnant a.D./d.R. Max Klaar, aufmerksam gemacht werden, die ebenfalls in den Papieren enthalten ist, die allen Fraktionen des Potsdamer Parlaments zugeleitet wurden. Sie ist überschrieben mit: »Potsdamer Garnisonkirche und preußische Tugenden weisen in die Zukunft«, womit zwei höchst belastete und fragwürdige Ausgangspunkte für die Beantwortung von Zukunftsfragen benannt worden sind. Der Autor beschreibt in langatmiger Penetranz zunächst das Wesen eines anarchistischen Staates, in dem »jegliche Sittenlehre [...] untersagt« ist, Familien abgeschafft und Ehen verboten sind. »Alle Bücher werden verbrannt, Schulen werden aufgelöst und das Lehren und Ausbilden werden unterlassen«. Danach sinniert er darüber nach, welche Aussichten eine »Wolfskind-Lösung« hätte. Und der schlußfolgernde Satz lautet: »All die Unbill, die in dem ›Wolfskind-Beispiel« so menschenfeindlich in der Wildnis lauert, bleibt uns erspart.« Denn: »... als Idee aber lebt Preußen bis heute und kann uns Wegweisung sein für ein Zusammenwachsen Europas, [...] denn es geht um die zeitlos gültigen positiven Aspekte Preußens, die uns helfen sollen, die Zukunft zu bewältigen.« Solche Sätze können unsere europäischen Nachbarn, die die »zeitlos gültigen positiven Aspekte Preußens« immer wieder als Krieg, Eroberung, Mord und Vernichtung erlebt haben, nur mit Entsetzen lesen.

An Europa hat Herr Klaar mehrere Botschaften gerichtet: »Die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Weg zur Politischen Union. Wenn sie als Staatenbund und vielleicht einmal als Bundesstaat gelingen soll, dann weist preußische Gesinnung und Staatsauffassung den Weg. [...] Die Europäische Union ist auf den Weg gebracht. Wer dabei Richtung sucht und auf die Kompaßnadel unserer Geschichte schaut, findet Preußen. Nutzen wir es! In diesem Bewußtsein übergeben wir am 14. April 1991 das Glockenspiel zu Potsdam.«

Den Potsdamer Volksvertretern wird, wenn die ehrgeizige und phantasiereiche »Traditionsgemeinschaft« weiterhin in solch preußisch-europäischem Sinne zu wirken gedenkt, noch manch schwierige Entscheidung abverlangt werden.

Einer hatte sich bereits entschieden, der inzwischen abgewählte sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Dr. Horst Gramlich. Er hatte am 18. Juni 1996 an die »Lieben Mitglieder und Freunde der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel« ein Schreiben gerichtet: »Potsdam ist unbestreitbar ein Zentrum preußischer und deutscher Geschichte. Wir werden diese Tatsache nicht verklären und nicht verleugnen. Unsere Stadt wird dann am besten ihre Gegenwart meistern und ihre Zukunft entwerfen, wenn sie ihre Geschichte würdigt.« Das Stadtoberhaupt behauptet, daß die vorhandenen Entwürfe zum Aufbau des Stadtzentrums [...] von der Möglichkeit der Wiedererrichtung des Turms der Garnisonkirche ausgehen, und daß er persönlich für »das Pro-

jekt der Wiedererrichtung« eintritt. Und ohne die Bürger befragt zu haben, behauptet er, daß der Turm der Garnisonkirche »von vielen Bürgerinnen und Bürgern als verlorenes Wahrzeichen der Stadt und als ein authentischer Ausdruck unserer Stadtbaugeschichte empfunden« wird. Und auch er richtet seine Bitte um Spenden »für dieses große Vorhaben an alle, die mit unserer Stadt mitleben und sie in ihrem Aufbau fördern wollen«.

Die höchst fragwürdigen Thesen des Herrn Klaar zur Rolle Preußens in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fanden ihre Krönung, als im Dezember 1994 auch in Potsdam bekannt wurde, daß sich Herr Klaar in einem 1989 verfaßten Rundschreiben zur »Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937« bekannt hatte. Wie lange der daraus resultierende Schock bei den Potsdamer Abgeordneten angehalten hat, die am 7. Dezember 1994 bereit waren, über den Wiederaufbau der »Großen Mutter des deutschen Soldaten« zu entscheiden, ist nicht zu sagen. Die Abstimmung wurde erst einmal vertagt.

Die Arbeit jedoch geht weiter. Spender und »Großspender« träumen vom unsterblichen Vorgang der Einprägung ihrer Namen in eine der 365 Stufen des Turmes ihrer alten und neuen »Ruhmeshalle«.

Ein kategorisches »Nein« zu den Wiederaufbauplänen kam mehrfach von kirchlicher Seite:

»Heilig-Kreuz-Gemeinde Potsdam. Zur möglichen Wiedererrichtung der Garnisonkirche.

1. Die Heilig-Kreuz-Gemeinde als Eigentümerin der Garnisonkirche kann keine Notwendigkeit im Wiederaufbau der Kirche erkennen. Die Gemeinde besitzt ihr Gemeindezentrum, das für alle ihre Zwecke zur Zeit ausreichend ist. Drei große Kirchen sind von Zentrum der Gemeinde (Kiezstraße) aus in 10 Minuten Fußweg zu erreichen.

2. Der Gemeindekirchenrat geht davon aus, daß auch der Kirchenkreis, die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg und die Evangelische Kirche der Union (ehem. Altpreußische Union) keinen dringenden Bedarf an einer zusätzlichen Kirche im Zentrum von Potsdam haben.

3. Aus dem Geist Jesu Christi heraus ist es nicht zu verantworten, eine Kirche ohne Bedarf zu errichten. Von vornherein eine Zweckentfremdung zu planen, entspricht dem 19. Jahrhundert (Moschee als Pumpstation) und verhöhnt die Gefühle der Glaubenden einer Religion. Dasselbe gilt auch für die Errichtung des Turmes, der einst zur »Ehre Gottes« errichtet wurde, jetzt in keinem Fall unter dieser Maxime stehen könnte.

4. Die Errichtung einer nicht benötigten Kirche ist nicht nur extrem unchristlich, sie ist auch unmenschlich, solange Menschen in unserer Stadt und unserem Land in unwürdiger Weise untergebracht sind (Wohnungen, Heime etc.). Für Sponsoren gibt es ausreichend wertvolle und erhaltenswürdige Gebäude in Potsdam, die ohne fremde Hilfe kaum erhalten werden können.

5. Bis zur Sprengung der Kirche haben wir intensiv für ihre Wiedererrichtung gearbeitet. Nun, da sie nicht mehr existiert, könnte eine neue Kirche an gleicher Stelle nur ein Plagiat ohne wirklich

historischen Anspruch sein. Dasselbe gilt für den Turm der Kirche.

6. Der Erbauer der Kirche (Auftraggeber: Friedrich Wilhelm I.) wollte eine Kirche für die kleine reformierte Hofgemeinde einschließlich der Königsfamilie und für das überwiegend lutherische Militär. Die Zivilgemeinde wurde aus dem Windschatten der Kirche hinzugefügt. Es ist weder anzunehmen, daß wir wieder eine Königsfamilie nach Potsdam bekommen, noch daß Militäreinheiten geschlossen zum Gottesdienst geführt werden. Auch in diesem Sinne würde eine Zweckentfremdung auf den schärfsten Protest des ersten Königs, des Auftraggebers, stoßen.

7. Die allgemeine Weltlage, in der täglich 40000 Kinder an den Folgen der Armut, des Hungers und der fehlenden medizinischen Versorgung sterben, erlaubt keine Investition auf einer wie auch immer formulierten moralischen Grundlage für ein Kirchengebäude – das nicht benötigt wird. Auch wohlverständener preußischer Geist widerspricht einer unsinnigen Geldausgabe in solchen Größenordnungen.

Der Gemeindekirchenrat ist der Überzeugung, daß es an der Heilig-Kreuz-Gemeinde, die der einzige Eigentümer dieser Kirche sein könnte, keinen Weg vorbei gibt, wenn jemand einem Kirchbauprojekt nähertreten will.

Für den Gemeindekirchenrat. Dittmer, Pfarrer.«

Die »Große Zeit der »Geisterhöhle« ist abgelaufen. Die von den britischen Bombern übriggelassene Ruine hätte als Mahnmal bleiben und, gekennzeichnet als »Ruhmeshalle der Hohenzollern« und »Kultort des Dritten Reiches« die Erinnerung wachhalten sollen alle preußisch-großdeutschen Verbrechen in den zwei Jahrhunderten zwischen 1732 und 1945, deren Ausgangspunkt oder Zeuge dieser waffenstarrende Soldatentempel war.

ULRICH BUSCH

Sozialtransfers für Ostdeutschland – Eine kritische Bilanz*

Transferzahlungen ohne Ende

Auch im neunten Jahr nach der Wiedervereinigung benötigt Ostdeutschland Finanztransfers aus dem Westen. Entgegen allen Erwartungen und Prognosen hat sich ihr Umfang, verglichen mit den Vorjahren, sogar noch erhöht (vgl. Tabelle 1), auf voraussichtlich 200 Mrd. DM brutto bzw. 150 Mrd. DM netto (BMF 1999). Gegenüber 1991 bedeutet dies eine Zunahme des jährlichen Leistungsumfangs um 41 bzw. 38 Prozent.

Angesichts dieser Zahlen und ihrer regelmäßig absichtsvoll aufgebauten Publikation in den Medien, mehr aber noch aufgrund der Entwicklung der Transferzahlungen im Laufe der Jahre, ist es kein Wunder, daß die Diskussion darüber nicht abreißt. Insbesondere im Westen mehren sich die Stimmen, die hier eine Korrektur verlangen, zumal »Wohlverhalten« und »Dankbarkeit« der Ostdeutschen in den Augen einiger Politiker zu wünschen übrig lassen. Otto Hauser, 1998 Regierungssprecher, lag mit seiner damals als skandalös empfundenen Äußerung, weitere »Finanzhilfen« an politische Bedingungen zu knüpfen, von der öffentlichen Meinung wohl nicht so weit entfernt, wie es nach den ersten heftigen Reaktionen zunächst den Anschein hatte. Ebenso finden die wiederholten Vorstöße des bayerischen Finanzministers und anderer CSU-Politiker in dieser Frage bei einem Großteil der Westdeutschen – die es leid sind, endlos Milliarden für den Osten zu zahlen – offene Ohren, während sie von den Ostdeutschen, die statt einer Kürzung der Transfers deren Fortführung oder gar Aufstockung erwarten, als Zumutung empfunden werden. Die jüngste Kontroverse um die Äußerung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch bestätigt dies recht eindrucksvoll. Die hierin sichtbar werdenden Positionen sind kontrovers und eine einvernehmliche Lösung scheint nicht in Sicht, muß aber schnellstens gefunden werden, denn die Weichenstellungen für die Nachfolgeregelung des bisherigen »Solidarpakts«, der im Jahr 2004 ausläuft, sollen noch in diesem Jahr erfolgen.

Daß die Diskussion um die Transferzahlungen zwischen Ost- und Westdeutschen so kontrovers verläuft und ein Konsens nicht so leicht zu finden ist, hat mehrere Gründe:

Erstens handelt es sich bei den Transfers, ihrem statistischen Ausweis und Beleg, um eine komplizierte, höchst differenzierte und wenig transparente Problematik. So ist es bisher weder aus finanzwissenschaftlicher Sicht noch statistisch gelungen, ihren

Ulrich Busch – Jg. 1951; Dr. sc. oec., Bankkaufmann, von 1987 bis 1997 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Wirtschaftspolitik, Transformationstheorie und -politik, seit 1998 Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt; zuletzt in UTOPIE kreativ: »Solidarischer Finanzausgleich. Wie hoch ist der Solidaritätsbeitrag der alten für die neuen Länder« (Heft 100, Februar 1999).

* Dieser Aufsatz entstand im Rahmen des oben genannten Forschungsvorhabens, das durch die DFG großzügig gefördert wird.

»Wir werden es nicht zulassen, daß Aufbau-Ost-Gelder von Bund und Ländern für den Kommunismus-Aufbau-Ost mißbraucht werden.«
Erwin Huber (bayerischer

Gesamtumfang exakt zu bestimmen, einzelne Leistungen klar abzugrenzen und die damit verbundenen vielfältigen Wirkungen und Rückwirkungen komplett aufzuzeigen (vgl. DBB 1996; Lichtblau 1995; DIW 1995; Boss/Rosenschon 1996; Busch 1998).

Zweitens gibt es, bis auf die Hallenser Studie (IWH 1997a; b; 1998a; b), bis heute kaum umfangreichere Untersuchungen zu dieser Thematik. Insbesondere im Westen aber ist die hierzu geführte Diskussion gänzlich *unzulänglich*, da sie methodisch weiterhin die Teilung Deutschlands unterstellt und die West-Ost-Transfers nicht im Kontext gesamtdeutscher Umverteilungsprozesse analysiert, sondern als eine Art »Entwicklungshilfe« ansieht, eben als *Transfer*. Ferner ist die Debatte *einseitig*, da sie die Transfers nur als *Kosten*, nicht aber zugleich auch unter dem Aspekt ihrer Wirkungen betrachtet. Und sie ist *heuchlerisch*, weil sie zwar die mit den Transferzahlungen verbundenen »Kosten« beklagt, über die »Gewinne aus der deutschen Einheit« aber schweigt (Flassbeck 1995, S. 411).

Drittens schließlich wird bei der Erörterung des Umfangs der Transfers nicht genügend zwischen *allgemeinen Leistungen*, die den neuen Ländern aufgrund bundeseinheitlicher Rechtsvorschriften zukommen, und *speziellen Leistungen*, die ausschließlich den neuen Bundesländern (und Berlin) zufließen, unterschieden. Da letztere aber nur knapp *ein Viertel* der Transferleistungen insgesamt ausmachen, ist diese Unterscheidung für die Würdigung des Gesamtproblems und die sachgerechte Behandlung desselben von allergrößter Relevanz.

Bereits 1992 hatte der Sachverständigenrat darauf hingewiesen, daß es sich bei dem *weitaus größten Teil* der Transferleistungen um allgemeine Leistungen handle, die »als einigungsbedingte Ausgaben lediglich die Vergrößerung des Bundesgebietes, die dazu geführt hat, daß nun der Bund seine traditionellen Aufgaben auch in den neuen Bundesländern erfüllen muß« (SVR 1992, Z 190), widerspiegeln. Die Bundesbank bekräftigte in ihrer Stellungnahme zum Stand der Diskussion über die öffentlichen Finanztransfers im Gefolge der deutschen Einheit ausdrücklich diese Position, indem sie feststellte: »Die ausgewiesenen Transfers sind *zum überwiegenden Teil* das Ergebnis der Integration der neuen Länder in den bundesdeutschen Föderalstaat und der Ausdehnung der bestehenden Rechts- und Sozialordnung« (DBB 1996, S. 30f. – Hervorhebung U.B.). Als solche aber sind sie weder willkürlich festsetzbar noch kürzbar. Sie sind auch kein »Geschenk« der West- an die Ostdeutschen und kein »Solidaropfer« der alten für die neuen Länder. Vielmehr resultieren sie aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gem. Art. 23 Grundgesetz (GG) und stellen insofern einen Rechtsanspruch dar. In ihrer überwiegenden Bestimmung sind sie nichts anderes als *ganz normale Zahlungen* im Rahmen allgemeingültiger Leistungsgesetze der Bundesrepublik. Sie von politischen Verhaltensvorgaben abhängig machen zu wollen, ist genauso abwegig, wie sie wirtschaftspolitisch zu instrumentalisieren.

Staatsminister) in: Die Welt vom 8. Januar 1999.

»Der Solidarpakt wird nicht in Frage gestellt. Ich habe ein zweifaches Ziel, das nach wie vor gilt: Die Änderung des Länderfinanzausgleichs, also der Abbau der Überniveellierung und der Einbau von Leistungsanreizen ..., außerdem müssen wir bei zusätzlichen Forderungen schon genau darauf achten, wie das Geld verwendet wird.«

Erwin Huber in: Die Welt vom 22. Januar 1999.

Es muß ein Fördersystem gefunden werden, das verhindert, daß die alten Länder »für selbstverschuldetes rot-rotes Herunterwirtschaften eines neuen Bundeslandes über Gebühr zahlen müssen.«

Roland Koch (hessischer Ministerpräsident) in: Die Welt vom 10. April 1999.

Harald Ringstorff (Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern) nannte die Äußerung Kochs »eine unerträgliche Entgleisung«. Reinhard Höppner (Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt) bedauerte, daß der hessische Ministerpräsident »in bayerische Fußstapfen tritt«. Rolf Schwanitz (Staatsminister im Kanzleramt) sprach von »politischer Erpressung der Ostdeutschen«.

In: Die Welt vom 10. April 1999.

Tabelle 1: Transferleistungen für Ostdeutschland (in Mrd. DM bzw. v.H.)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bruttotransfers (in Mrd. DM)	142,2	171,8	191,6	194,0	186,4	188,3	184,1	191,0
Nettotransfers - in Mrd. DM	109,2	132,7	150,2	148,8	139,5	140,0	136,0	141,8
- in v.H. d. ost- deutschen BIP	53,0	50,0	46,5	40,7	35,1	33,9	32,2	32,5
-in v.H. d. west- deutschen BIP	4,1	4,7	5,3	5,0	4,6	4,5	4,2	4,2

Quelle: BMF 1998; IWH 1998b, S. 7.

»Die Armen sind undankbar, unzufrieden, ungehorsam und aufsässig, und sie tun recht daran. Sie empfinden die Barmherzigkeit als eine lächerlich unangemessene Form teilweiser Wiedergutmachung oder als rührseliges Almosen, das gewöhnlich mit dem anmaßenden Versuch des Stifters verbunden ist, über ihr Privatleben zu bestimmen.«
Oscar Wilde: Die Seele des Menschen im Sozialismus, in: Englische Essays aus drei Jahrhunderten, Leipzig 1973, S. 376.

Da die Transferleistungen jeweils von bestimmten Voraussetzungen (Bedürftigkeit u.ä.) abhängen, ist ihre Höhe letztlich durch die allgemeine Wirtschaftslage in den neuen Ländern, durch die ökonomische, demographische und soziale Situation dort, bestimmt. Es versteht sich von selbst, daß, will man die deutsche Einheit nicht gefährden, gegenwärtig nicht an eine generelle Reduzierung der Transferzahlungen gedacht werden kann.

Dies wurde auch von den mit der Untersuchung der Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern nach 1998 beauftragten Wirtschaftswissenschaftlern erkannt, indem sie sich zwar für eine sukzessive Rückführung der Transfers aussprachen, die Möglichkeiten dafür in den nächsten Jahren jedoch äußerst skeptisch beurteilen (vgl. DIW/IfW/IWH 1995ff.) – ganz im Gegensatz zu bestimmten Politikern und deren journalistischen Kolporturen.

Aufgrund des hohen Anteils gesetzlich fixierter, zumeist konsumtiver Leistungsansprüche an den Transferzahlungen läuft eine Diskussion über mögliche Kürzungen und Einsparungen Gefahr, Reduzierungen bei den investiven Leistungen zu provozieren. Denn im Unterschied zu den meisten konsumtiven Leistungen existiert hier ein gewisser Spielraum. Bedingt durch die Relation aber, die zwischen der Höhe und der Dauer der Leistungen existiert, hätte ein solcher Schritt fatale Folgen, da den kurzfristig erzielbaren Einsparungen langfristig ein steigender Transferbedarf gegenüberstehen würde (vgl. Lichtblau 1995, S. 169ff.; Ragnitz 1996). Dies aber kann nicht gewollt sein. Für die Gestaltung der Transferleistungen ab 1999, und wahrscheinlich auch nach 2004, bleibt somit nur die Option, die an bundeseinheitliche Leistungsgesetze gebundenen Zahlungen unvermindert fortzusetzen und die darüber hinausgehenden, insbesondere investiven Maßnahmen der Wirtschaftsförderung »mit Augenmaß fortzuführen« (DIW/IfW/IWH 1997, S. 114ff.), das heißt, sie effizienter und zielgenauer als bisher auszugestalten, aber keineswegs abzubauen. Übereinstimmend damit erklärte die Bundesregierung bereits 1996, die Förderung mittelfristig, also zunächst bis zum Jahre 2004, »auf hohem Niveau« fortzuführen zu wollen (BMWi 1996, S. 39). In den nachfolgenden Jahren wurde dieser Vorsatz mehrmals wiederholt und bekräftigt

Die »echten, also zusätzlichen Aufbauhilfen aus dem Bonner Etat« für Ostdeutschland umfassen 1999 »nur 20 Mrd. DM: Dies entspricht etwa der West-Berlin-Hilfe der alten Bundesrepublik«. Manfred Kolbe (CDU-Haushaltsexperte im Bundestag) in: Die Welt vom 13. Februar 1999.

(vgl. Bundesregierung 1997, S. 7; BMWi 1998b, S. 39ff.), auch durch die neue Regierung (vgl. Bundesregierung 1999a, S. 8; 1999b, S. 96f.). Ungeachtet dessen aber besteht bei den disponiblen Mitteln für die Wirtschaftsförderung grundsätzlich die Möglichkeit, jederzeit auch anders zu verfahren. Die jüngsten Debatten hierzu (vgl. Die Welt vom 13. Februar und 10. März 1999) sollten deshalb durchaus ernst genommen werden, im Sinne der Wahrung eines originären ostdeutschen Interesses an der ökonomischen und sozialen Vollendung der Einheit.

Transferleistungen und Sozialtransfers

Ein beachtlicher, über die Jahre hinweg fast gleichbleibend hoher Anteil von durchschnittlich ca. 50 Prozent der Bruttotransfers dient laut Statistik sozialen Verwendungszwecken bzw. ist sozialpolitisch motiviert. Dabei werden die Begriffe »sozial« und »sozialpolitisch« sehr viel weiter gefaßt als sonst üblich, was zur Folge hat, daß die Transferleistungen *insgesamt* als überwiegend *sozialen Zwecken dienend* erscheinen. Die direkten Leistungen an die Bevölkerung weisen jedoch einen deutlich geringeren Anteil auf, wie Tabelle 2 dokumentiert.

Tabelle 2: Sozialtransfers (in Mrd. DM bzw. v.H.)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Sozialtransfers ¹								
- in Mrd. DM ²	63,6	92,1	103,1	103,6	91,3	94,9	92,2	95,1
- in v.H. der								
Bruttotransfers ¹	44,9	53,6	53,8	53,4	49,0	50,4	50,1	49,8
Direkte Leistungen an die Bevölkerung in Mrd. DM ²	30,1	35,7	50,1	41,7	43,6	46,5	41,2	46,2

Quellen: 1) IWH 1998b, S. 7f.; 2) BMWi 1998b, S. 31 (Anhang).

Im einzelnen verbergen sich hierunter vor allem Leistungen der *Sozialversicherungsträger*, so der Bedarf der *Bundesanstalt für Arbeit*, soweit er das Beitragsaufkommen im Osten übersteigt, ferner die Defizitausgleichszahlungen der *Bundesversicherungsanstalt für Angestellte* und die Ausgleichszahlungen anderer Rentenversicherungsträger wie der Bahnversicherungsanstalt, der Bundesknappschaft, der Seekasse usw. Darüber hinaus enthält die Position »Sozialleistungen« aber auch eine Reihe *sonstiger* Zahlungen, zum Beispiel die Lohn- und Sozialausgaben der *Treuhandanstalt* sowie die Kosten des Verlustausgleichs der Treuhandbetriebe. Ferner zählen hierzu »konsumnahe Investitionen des Staates«, Zinssubventionen im Wohnungsbau, Zuschüsse an die Reichsbahn, Wohngeld, BAföG, Kindergeld, Erziehungsgeld, Personalausgaben, Zuwendungen für Zivildienstleistende u.a.m. (vgl. die nebenstehende kategoriale Zuordnung der Ausgaben durch das BMF). Bis 1998 summierten sich diese Zahlungen auf eine Größenordnung von 736 Mrd. DM, was einem Anteil an den Bruttotransfers von 50,8 Prozent entsprach (IWH 1998b, S. 8). Etwa die

Die ostdeutschen Finanzminister veranschlagten die speziellen Leistungen für die neuen Länder in den Jahren 1991 bis 1996 auf durchschnittlich ca. 37 Mrd. DM. Vgl. Sechs-Thesen-Papier 1996, S. 35.

Das IWH errechnete für 1997 Sonderleistungen für Ostdeutschland in Höhe von 43 Mrd. DM (IWH 1998b, S. 23).

Die veröffentlichten Berechnungen rechtfertigen den Schluß, daß die speziellen Leistungen für Ostdeutschland alles in allem höchstens *ein Viertel* der Bruttotransfers ausmachen, eher weniger. Dadurch reduziert sich der über das bundeseinheitlich geregelte Maß hinausgehende Beitrag Westdeutschlands für Ostdeutschland auf eine Größe von *weniger als anderthalb Prozent* des jährlich in Westdeutschland erzeugten Bruttoinlandsprodukts.

Laut Zuordnung des Bundesfinanzministeriums entfallen nachstehende Ausgabenpositionen des Bundes auf die Kategorie »Sozialleistungen«:

Sozialer Wohnungsbau
 Finanzhilfen Pflegeeinrichtungen Ost
 Gasölverbilligung
 Zinshilfe Altschulden Wohnungsbau
 Reichsbahn (lfd. Zuschüsse)
 Wohngeld
 BAföG
 Kindergeld
 Erziehungsgeld
 Kriegspopferversorgung
 Kriegspopferversorgung
 Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit
 Arbeitslosenhilfe, ABM usw.
 Vorruhestand, Altersübergangsgeld
 Sozialversicherung
 Personalausgaben
 Zivildienst
 (Quelle: IWH 1998a, S. 236.)

Zum Beispiel: Arbeitslosenhilfe/ABM/§ 249h AFG u.ä.: Im Jahre 1997 beliefen sich die Ausgaben des Bundes hierfür auf 9,3 Mrd. DM. Davon entfielen aber 8,4 Mrd. DM auf Arbeitslosenhilfe, die in Ostdeutschland wie in Westdeutschland gewährt wird. Auf Maßnahmen nach § 249h, die es nur im Osten gibt, entfielen nur ganze 0,5 Mrd. DM.
 Vgl. IWH 1998b, S. 15f.

Hälfte davon stellen direkte Leistungen an die Bevölkerung dar.

Ziel und Zweck dieser Transfers ist die soziale Flankierung des Transformationsprozesses, die finanzielle Leistungssicherung der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie die Unterstützung der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger in Ostdeutschland bei der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Dabei kommt es im Verlaufe der Zeit zu strukturellen Verschiebungen. So ging der Anteil der anfangs sehr hohen, teilweise investiven Transfers der Bundesanstalt für Arbeit nach 1993 deutlich zurück, während sich der Anteil der Rentenversicherungszahlungen erhöhte (vgl. Abb. 1, S. 25). Nach Beendigung der Tätigkeit der Treuhandanstalt ist ein leichter absoluter Rückgang der Sozialtransferzahlungen festzustellen, nicht jedoch ihres Anteils an den Transferleistungen insgesamt. Es steht zu vermuten, daß die Sozialtransfers, ausgehend von der wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Entwicklungsperspektive Ostdeutschlands, auch künftig den größten Posten innerhalb der Gesamtleistungen ausmachen werden.

Grundlage für diese Zahlungen sind zum einen die Bestimmungen zur »Sozialunion« im *Staatsvertrag* vom 18. Mai 1990, insbesondere Art. 18 bis 25 und 28, und im *Einigungsvertrag* vom 31. August 1990, hier vor allem Art. 8 und 30, sowie die Regelungen der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung, die nach dem Beitritt der DDR und dem Auslaufen bestimmter Übergangsfristen auch für Ostdeutschland gelten. Der Umfang der Sozialtransfers ist aber vor allem der prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern geschuldet. Konnte anfangs noch erwartet werden, daß es zur Leistungssicherung der Sozialversicherung im Osten lediglich einer Anschubfinanzierung bedürfe bzw. der Deckung eines temporären Bedarfs infolge der raschen Anhebung des Rentenniveaus, so zeigt sich heute, daß das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs und die andauernde Massenarbeitslosigkeit Sozialtransfers größeren Umfangs unumgänglich machen. Und dies nicht nur für eine kurze Zeitspanne, sondern für eine sehr lange Periode.

Trotz beachtlicher Aufbauleistungen in den neuen Ländern ist der Abstand gegenüber den alten Ländern nach wie vor groß. 1997 betrug die Arbeitsproduktivität in der ostdeutschen Wirtschaft 60,6 Prozent des Niveaus Westdeutschlands. Die Arbeitslosenquote lag bei 19,5 Prozent bzw., bei Berücksichtigung von Kurzarbeitern, Beschäftigten in ABM, Weiterbildungsmaßnahmen und Vorruhestandsregelungen, bei 27,0 Prozent gegenüber 11,0 bzw. 13,1 Prozent in Westdeutschland (vgl. Statistisches Bundesamt 1998, S. 25, 28, 29, 212; IWH 1998c, S. 20).

Transferleistungen der Sozialversicherungsträger

Gemäß den Bestimmungen zur Rechtsangleichung im *Einigungsvertrag* trat in den neuen Ländern zum 3. Oktober 1990 bzw. zum 1. Januar 1991 bzw. 1. Januar 1992 Bundesrecht in Kraft. Im Falle bundeseinheitlicher Institutionen wie der *Bundesversicherungsanstalt für Angestellte* (BfA), der *Bundesknappschaft* und der *Bundesanstalt für Arbeit* (BA) schließt dies bei auftretender Unter-

deckung der Ausgaben zwangsläufig regionale Transfers sowie Bundeszuschüsse ein. Für die Arbeitslosenversicherung gilt dies bereits seit dem 3. Oktober 1990. Für die Träger der Unfallversicherung seit dem 1. Januar 1991. Für die Rentenversicherung wurde zum 1. Januar 1992 ein Finanzverbund vereinbart. Anders verhält es sich bei der gesetzlichen Krankenversicherung, da die Ost-Krankenkassen mit den westdeutschen Kassen bisher in keinem Finanzverbund stehen. Mit dem *GKV-Finanzstärkungsgesetz* (1998) soll die Trennung des Risikostrukturausgleichs zwischen den alten und den neuen Ländern jedoch ab 1999 schrittweise aufgehoben werden (vgl. BMA 1998, S. 61).

Aus der Gegenüberstellung der Finanzierungssalden der Sozialversicherungsträger, getrennt für Ost- und Westdeutschland (vgl. Tabelle 3), läßt sich ersehen, in welchem Umfange zwischen West und Ost ein Finanzausgleich stattfindet. Dabei sind die Finanzierungssalden nicht mit den Transfers identisch, stellen aber eine wesentliche Basis für das Zustandekommen bestimmter Ausgleichstransaktionen, die ihrem Charakter nach Transfers sind, dar. Zum Beispiel verzeichnete die *Rentenversicherung Ost* von 1991 bis 1997 eine Unterdeckung ihrer Ausgaben in Höhe von 75,1 Mrd. DM. Bis 1992 wurde diese durch laufende Überschüsse der Rentenversicherung West ausgeglichen, danach durch Rückgriffe auf in früheren Jahren gebildete Rücklagen im Umfange von mehr als 30 Mrd. DM (vgl. DIW 1997, S. 727). Diese *Transfers* der Rentenversicherung West wurden jährlich noch durch einen Bundeszuschuß ergänzt, um die gesetzlich geregelte Leistungserbringung im Osten sicherzustellen.

Tabelle 3: Finanzierungssalden der Sozialversicherungsträger 1991-1997 (in Mrd. DM)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Rentenvers.							
West	11,2	10,7	0,7	8,8	6,0	11,5	22,3
Ost	0,7	-1,4	-8,1	-12,6	-15,8	-18,9	-19,0
Krankenvers.							
West	-5,6	-9,1	9,1	2,1	-5,1	-4,6	-0,3
Ost	2,8	-0,3	1,4	0,1	-1,8	-2,1	-1,5
Arbeitslosenvers.							
West	20,0	24,5	15,0	19,5	15,7	11,0	10,4
Ost	-20,0	-38,0	-38,6	-29,6	-23,1	-26,6	-25,0
Sonstige Träger	5,6	4,4	3,7	2,4	8,7	5,4	3,4
BA-Defizitausgleich durch den Bund	7,1	9,9	25,5	11,3	8,3	14,8	14,6

Quelle: DIW 1997, S. 727.

Bei der *gesetzlichen Krankenversicherung* (GKV) in den neuen Bundesländern dagegen stellte sich die Situation bis 1994 recht günstig dar. Seit 1995 sind jedoch auch hier, trotz beachtlicher Beitragserhöhungen, Defizite zu verzeichnen. Gesetzliche Neuregelungen und rigide Sparmaßnahmen führten dann jedoch ab 1997 wieder zu einer finanziellen Entlastung, so daß die Defizite – und damit die Finanzhilfen – geringer werden. Demgegenüber verzeichnen die Unfall- und die soziale Pflegeversicherung durchweg ausgeglichene Budgets, das heißt, die Leistungen werden hier fast vollständig durch Beitragseinnahmen finanziert (BMA 1998, S. 225ff).

Einen gewichtigen Posten innerhalb der Transferbilanz stellt die *Arbeitslosenversicherung* dar. Hier ist für Ostdeutschland seit 1991 aufgrund des drastischen Rückgangs der Beschäftigung und der sprunghaften Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger ein erhebliches Defizit zu verzeichnen. Kumuliert belief dieses sich 1997 auf 200,9 Mrd. DM. Dem standen, nicht zuletzt infolge des »Vereinigungsbooms« 1990/91, im Westen Überschüsse in Höhe von 116 Mrd. DM gegenüber, die durch einen »internen Finanzausgleich« der *Bundesanstalt für Arbeit* (BA) zur Finanzierung der Ausgaben im Osten mit herangezogen wurden. Darüber hinaus waren aber noch Bundeszuschüsse von 91,5 Mrd. DM notwendig, um die Kosten zu decken. Die seit Anfang der neunziger Jahre zu verzeichnende Ausweitung der Leistungen der Bundesanstalt gründet sich vor allem auf die Zunahme des Geschäftsvolumens infolge des Beitritts Ostdeutschlands zur Bundesrepublik. Ferner auf den im Osten ungleich höheren Bedarf an entsprechenden Leistungen. Drittens aber auch auf die besondere Leistungsstruktur im Osten, insbesondere auf den hier größeren Umfang aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Tabelle 4: Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in Ostdeutschland 1990-1998 (in Mrd. DM)

Jahr	Ein- nahmen	davon Bundes- zuschuß	Aus- gaben	davon Renten -vers.	KV der Rentner	Saldo Ost	Saldo West	Vermö- gensän- derung ¹	Verwal- tungs- vermö- gen
1990	k.A.	2,0 ²	-	-	-	-	+9,6	+9,2	+0,1
1991	32,1	6,4	31,6	26,7	3,4	+0,5	+10,7	-8,2	+0,4
1992	42,3	9,4	46,9	40,0	2,5	-4,6	+10,4	-6,0	+0,4
1993	53,2	10,8	55,2	45,2	2,8	-1,9	-5,7	-10,0	+0,5
1994	63,0	13,8	65,8	53,1	3,4	-2,8	+0,8	-6,2	+0,6
1995	70,8	16,4	77,8	63,8	4,4	-7,0	-2,9	-11,8	+0,9
1996	74,8	17,9	83,8	68,3	4,9	-9,0	0	-7,3	+1,1
1997	79,4	20,1	87,4	70,6	5,4	-8,1	+10,0	+0,2	+0,4
1998	80,9	23,6	90,6	73,2	5,7	-9,7	+13,1	+3,5	+0,3

1) Schwankungsreserve, 2) Bundeszuschuß 2. Hj. 1990

Quelle: DBB 1992/3, 67*; 1995/7, 60*; 1999/2, 60*.

Tabelle 5: Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (neue Bundesländer) 1990-1997 (in Mrd. DM)

Jahr	Einnahmen ¹	Ausgaben	Saldo	Bundeszuschuß	Saldo West
1990	-	-	-	0,7	-0,7
1991	4,6	29,9	-25,3	1,0	+23,6
1992	3,3	46,0	-42,7	8,9	+28,9
1993	3,6	50,6	-47,0	24,4	+22,5
1994	3,8	41,6	-37,8	10,1	+27,6
1995	4,0	35,8	-31,8	6,9	+24,9
1996	3,9	38,2	-34,3	13,8	+20,5
1997	3,7	38,3	-34,6	9,6	+25,0

1) ohne Liquiditätshilfen des Bundes

Quellen: DBB 1995/7, 60*; 1996/10, 60*; 1998/3, 60*.

Ein Vergleich der Einnahmen der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung mit den jeweiligen Ausgaben zeigt, daß die Situation im Osten durch ein *chronisches Defizit* gekennzeichnet ist, das durch den Finanzverbund mit dem Westen aufgefangen wird.

Bei der Rentenversicherung führte dies, wie aus Tabelle 4 ersichtlich wird, in den Jahren 1991 bis 1996 zu einer dramatischen Veränderung der Vermögenssituation. Bei der Arbeitslosenversicherung (vgl. Tabelle 5) sorgt ein Saldenausgleich zwischen Ost und West für eine stabile Gesamtfinanzsituation. Die West-Ost-Transfers errechnen sich bei der Rentenversicherung aus dem Saldo Ost, der Veränderung der Schwankungsreserve und der Veränderung des Verwaltungsvermögens und bei der Arbeitslosenversicherung aus dem Saldo bzw. Überschuß West und dem Bundeszuschuß, der ausschließlich den neuen Ländern zugute kommt. Insgesamt ergeben sich auf diese Weise Nettotransferleistungen der Sozialversicherungsträger (ohne Zuschüsse des Bundes) bis 1996 in Höhe von insgesamt 168,8 Mrd. DM (vgl. Abb. 2, S. 26).

Dabei wird unterstellt, daß alle Sozialversicherungsausgaben in den neuen Bundesländern, die nicht durch Einnahmen in den neuen Ländern, das heißt durch Beiträge und reguläre Bundeszuschüsse, gedeckt sind, West-Ost-Transfers sind. Ihrer Herkunft nach stellen sie letztlich Beitragszahlungen westdeutscher Bürger dar, angesammelte Bundeszuschüsse (West) oder aber zusätzliche Zuweisungen des Bundes.

Ein Vergleich dieser Daten mit den Angaben in Tabelle 2, die allerdings auf der Basis von Bruttotransfers ermittelt wurden, zeigt, daß die Transferleistungen der Sozialversicherungsträger trotz ihres beachtlichen Umfangs nur etwa *ein Drittel* der »Sozialtransfers« ausmachen. Der weitaus größere Teil ist also in den »sonstigen« Positionen enthalten, deren Zuordnung als »Sozialleistungen« mitunter jedoch nicht überzeugt. Neben den methodischen Schwierigkeiten der Abgrenzung der Transferleistungen im allgemeinen und der Sozialtransfers im besonderen kommen hierin auch

Sozialleistungsquote:
Quotient aus Sozialleistungen und Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen. Die Sozialleistungsquote gibt an, in welchem prozentualen Verhältnis das Sozialbudget zum Bruttoinlands- bzw. Bruttosozialprodukt steht.

In der Bundesrepublik Deutschland weist die Sozialleistungsquote bis Anfang der achtziger Jahre eine steigende Tendenz auf: 1965 lag sie bei 24,6 v.H., 1970 bei 25,7 v.H., 1975 bei 33,7 v.H., 1980 bei 32,1 v.H. und 1981 bei 33,0 v.H. (vgl. Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Bd. 4, München 1987, S. 1704). In den Jahren der konservativ-liberalen Regierung lag sie zunächst unter 30 v.H., ab 1993 aber wieder darüber.

Sozialbudget: Bericht der Bundesregierung über die in einem bestimmten Zeitraum erbrachten Sozialleistungen und ihre Finanzierung. Der Begriff dient auch als Kurzbezeichnung für die Summe der im Sozialbudget dargestellten Leistungen.

konzeptionelle Mängel zum Ausdruck, insbesondere das ungelöste Problem der Abgrenzung der *speziellen Leistungen* für Ostdeutschland von den generell dem föderalen System der Bundesrepublik zuzurechnenden Umverteilungsvorgängen. So werden zum Beispiel Wohngeld, BAföG, Kinder- und Erziehungsgeld, Arbeitslosenhilfe u.ä., obwohl es sich hierbei zweifelsfrei um allgemeine, bundeseinheitlich geregelte Zahlungen handelt, als Sozialtransfers für die neuen Bundesländer erfaßt. Mindestens ebenso strittig sind in diesem Kontext die Positionen »Gasölverbilligung«, »Reichsbahnzuschüsse«, »Sold für Zivildienstleistende«, »Kriegsopferfürsorge« und »Kriegsopferversorgung«. Hier überzeugt weder die generelle Zuordnung zum Sozialbereich noch die Charakterisierung als West-Ost-Transfers (vgl. dazu auch IWH 1998b, S. 10ff.).

Sozialtransfers und Sozialleistungsquote

Als soziale Marktwirtschaft zeichnet sich die Bundesrepublik Deutschland durch ein vergleichsweise hohes Niveau sozialer Leistungen aus. Mit der deutschen Vereinigung erhöhte sich das Sozialbudget noch einmal kräftig, so daß der Leistungsumfang 1991 um etwa ein Drittel höher lag als 1989. Bis 1997 stieg er um weitere 42 Prozent an (BMA 1998, S. 188).

Statistisch dokumentiert sich der »Wiedervereinigungseffekt« vor allem darin, daß der Anstieg der Sozialausgaben seit 1991 im früheren Bundesgebiet mit 34,7 Prozent geringer ausfiel als der Zuwachs des Sozialbudgets insgesamt. In den neuen Bundesländern lag er dementsprechend höher, bei 88,8 Prozent.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist jedoch zu beachten, daß der Basiswert für die neuen Bundesländer noch Übergangsbedingungen widerspiegelt und somit keine Vergleichbarkeit der Größen gegeben ist. So liegt der Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeutschen Sozialbudget bei einem Bevölkerungsanteil von 18,8 v.H. derzeit nur bei etwa 18,6 v.H., also keineswegs überproportional hoch. Pro Kopf beliefen sich die Sozialleistungen 1997 im Osten auf 15 174 DM. Im Westen waren es 15 329 DM (vgl. ebenda, S. 279). Insbesondere sind die an das allgemeine Einkommensniveau gekoppelten sozialpolitischen Einkommensleistungen in den neuen Ländern noch deutlich niedriger als in den alten. Da das Produktionsniveau Ostdeutschlands jedoch nach wie vor erheblich niedriger ist, ist die *Sozialleistungsquote*, die das Verhältnis des Sozialbudgets zum Bruttoinlandsprodukt zum Ausdruck bringt, im Osten sehr viel höher als im Westen (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Sozialleistungsquoten in Ost- und Westdeutschland 1991 – 1997 (in v.H.)

Jahr	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Ostdeutschland	60,2	66,8	60,6	55,8	55,1	56,0	54,5
Westdeutschland	28,7	29,2	30,4	30,5	31,3	32,1	31,7

Quelle: BMA 1998, S. 279.

Die Sozialleistungen sind, soweit man sie *insgesamt, pro Kopf* und *im statistischen Durchschnitt* betrachtet, gemäß den Vereinbarungen der »Sozialunion« und dem geltenden Sozialrecht der Bundesrepublik, zwischen Ost- und Westdeutschland weitestgehend angeglichen, nicht aber die wirtschaftliche Leistungskraft. Die Umverteilung innerhalb des Sozialbudgets und mithin das Fließen beachtlicher Transfers von West nach Ost sind also Folge des wirtschaftlichen Gefälles zwischen West- und Ostdeutschland unter den Bedingungen der nationalen Einheit und bundeseinheitlicher Sozialstandards. Eine Angleichung der Sozialleistungsquoten ist nur denkbar vor dem Hintergrund einer steigenden Wirtschaftskraft Ostdeutschlands. Solange hier eine Lücke gegenüber Westdeutschland klafft, sind Sozialtransfers erforderlich, um die verfassungsseitig gebotene »Gleichwertigkeit« der Lebensverhältnisse wenigstens annähernd zu sichern bzw. auf immer höherem Niveau zu realisieren.

Es liegt nahe, von der Angleichung der Sozialausgaben in Ost und West auf eine *Niveaugleichheit* der Sozialleistungen zu schließen. Dies wäre allerdings ein Fehlschluß, denn hier gibt es immer noch ganz erhebliche Unterschiede. Die wirtschaftliche Schwäche Ostdeutschlands korreliert mit einer Reihe strukturell ungünstiger Positionen (Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Überalterung usw.), was zur Folge hat, daß das *tatsächliche* Niveau individueller sozialer Leistungen zwischen Ost und West nach wie vor erheblich differiert. »Es zeigt sich, daß die weitgehende rechnerische Identität der Pro-Kopf-Ziffern in West- und Ostdeutschland zu einem großen Teil auf die ostdeutschen Arbeitsmarktprobleme zurückzuführen ist« (BMA 1998, S. 192). So betragen die Pro-Kopf-Sozialausgaben im Bereich »Beschäftigung« in Ostdeutschland 1996 fast zweieinhalbmal so viel wie in Westdeutschland. Trotzdem lag das individuelle Leistungsniveau bei den Betroffenen, vor allem das Leistungsentgelt, hier erheblich niedriger als in Westdeutschland. Da der Beschäftigungsbereich im Osten mehr als 25 Prozent des Sozialbudgets absorbiert, im Westen dagegen nur gut 10 v.H., verbleiben hier weniger Mittel für die anderen Funktionsbereiche, zum Beispiel für »Gesundheit«, wo das Leistungsniveau nur 84 Prozent des Westniveaus beträgt, für »Ehe und Familie«, wo es 72 Prozent sind oder für »Sparen/ Vermögensbildung«, wo erst 59 Prozent des Westniveaus erreicht sind (BMA 1998, S. 190f, 213). Eine Niveaugleichung in diesen Bereichen, ohne daß hierfür produktionsseitig dafür die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen wären, würde eine Zunahme der Transfers implizieren und die Sozialleistungsquote im Osten noch weiter erhöhen. Eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft dagegen würde nicht nur eine Rückführung der Sozialleistungsquote und mithin der Transfers bewirken, sondern auch eine strukturelle Verbesserung der Leistungen und damit eine Anhebung des individuellen Leistungsniveaus.

Fazit

Aus den bisherigen Darlegungen geht vor allem dreierlei hervor: *Erstens*, daß Begrifflichkeit und Abgrenzung der »Sozialtransfers« in der gegenwärtigen Diskussion höchst fragwürdig sind. Immer-

Die Sozialausgaben sind, soweit man sie *insgesamt, pro Kopf* und *im statistischen Durchschnitt* betrachtet, in Ost- und Westdeutschland in etwa gleich hoch. Daraus darf jedoch nicht auf ein gleiches Niveau der in Anspruch genommenen Sozialleistungen geschlossen werden. Dieses ist in Westdeutschland nach wie vor *deutlich höher* als in Ostdeutschland.

»Brandenburgs Ärzte und Apotheker haben eine Volksinitiative gegen die ... Benachteiligung ostdeutscher Patienten in der medizinischen Betreuung und Versorgung gestartet. Hintergrund sei vor allem, daß im Land für jeden Versicherten 61 Mark weniger als im Bundesdurchschnitt für Arznei- und Heilmittel zur Verfügung stünden...«
Die Welt vom 8. April 1999.

Mit der deutschen Einheit wurde die Aufgaben- und Ausgabenverteilung der Bundesrepublik im großen und ganzen unverändert auf Ostdeutschland übertragen. Die Transferleistungen finden daher in den Grundprinzipien der deutschen Finanzverfassung ihre formale Rechtfertigung. Danach gibt es keine Konnexität zwischen Einnahmen und Ausgaben in einer Teilregion

des Bundesgebietes; »vielmehr gilt das Non-Affektationsprinzip, das eine Kopplung zwischen einzelnen Einnahme- und Ausgabekategorien untersagt. Von ihrer Begründung her sind die Transferleistungen zugunsten Ostdeutschlands daher nicht ein Zeichen der Solidarität mit den neuen Ländern, sondern im Endeffekt Folge des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland auf Basis von Art. 23 GG. In einem formalen Sinne können diese Transferzahlungen daher nicht als ›Sonderleistung‹ für die neuen Länder gewertet werden« (IWH 1998b, S. 9).

Der Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, plädiert für die Zeit nach 2004 für »ein steigendes Transfervolumen«, da sich der Osten nur in diesem Fall langfristig von seinen Geldgebern im Westen emanzipieren könne, denn »es gibt eine Relation zwischen Höhe und Dauer der Hilfen«. Bernhard Vogel in: Die Welt vom 10. März 1999.

hin stellen ca. zwei Drittel der hierunter subsumierten Positionen keine Leistungen der Sozialversicherungsträger dar. *Zweitens* wird deutlich, daß die Höhe und die Dynamik der Sozialausgaben in Ostdeutschland vor allem vom Sozialleistungsniveau der Bundesrepublik insgesamt bestimmt werden, ferner von demographischen Faktoren sowie vom wirtschaftlichen Gefälle Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland. Besondere Unterstützungsmaßnahmen für Ostdeutschland, wie zum Beispiel das Wohngeld-Ost, das Hochschülerneuerungsprogramm (HEP) oder das Vorruhestand- und Altersübergangsgeld, spielen dagegen nur eine ganz untergeordnete Rolle. *Drittens* ist erkennbar, daß das *tatsächliche* Sozialleistungsniveau in Ostdeutschland trotz beachtlicher West-Ost-Transfers noch immer *deutlich niedriger* liegt als in Westdeutschland.

Angesichts der Tatsache, daß zumindest mittelfristig nicht davon ausgegangen werden kann, daß die ökonomische Leistungskraft Ostdeutschlands westdeutsches Niveau erreicht, andererseits aber der Sozialstandard im Osten mindestens beibehalten, wenn nicht erhöht werden wird, zeichnet sich für die Sozialtransfers perspektivisch die Tendenz einer *relativen Stabilität* ab. Sie kurzfristig zurückführen zu wollen, würde ebenso an der Einheit Deutschlands scheitern wie an sozialstaatlichen Grundsätzen. Dies gilt auch für die Nettoleistungen der Sozialversicherungsträger, wie aus den Tabellen 3 bis 5 hervorgeht. Als Ausdruck stabiler, von den besonderen Umständen der Transformation zunehmend *losgelöster* vertikaler und horizontaler Umverteilungsprozesse wird es aber immer fraglicher, diese Zahlungen als *West-Ost-Transfers* auszuweisen und sie anderen innerstaatlichen und interregionalen Umverteilungsprozessen gegenüberzustellen. Zumal sie weder ausschließlich *transformatorisch* bedingt, noch in einem überschaubaren Zeitraum als *transitorisch* einzustufen sind. Was in bezug auf bestimmte wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die den ungünstigen Standortbedingungen im Osten geschuldet sind, einer zeitlichen Begrenzung unterliegen und ausschließlich den neuen Ländern zugute kommen, durchaus Sinn macht, nämlich sie als »Hilfen« des Westens für den Osten herauszustellen, scheint hier, in bezug auf die Sozialausgaben, zunehmend fraglich. Noch dazu, wenn es sich bei diesen Leistungen letztlich um nichts anderes handelt als um die finanzielle Konsequenz realökonomischer und demographischer Disparitäten sowie regionaler Disproportionen, wie sie auch, wenn auch weniger ausgeprägt, zwischen bestimmten Regionen des Altbundesgebietes bestehen. Während es jedoch unter den Bedingungen der alten Bundesrepublik »undenkbar gewesen wäre«, im Falle »überproportionaler Lasten der Bundesanstalt für Arbeit an Arbeitslose und für andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen« oder regional unterschiedlicher Ausgaben der Rentenversicherungsanstalten »von Transferleistungen zugunsten bestimmter Länder oder Regionen zu sprechen« (Wollmann u.a. 1997, S. 13f.), ist dies in bezug auf die neuen Länder durchaus an der Tagesordnung.

Natürlich darf nicht übersehen werden, daß das Umverteilungsvolumen nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik sprunghaft angestiegen ist. Dies ist jedoch ein rein *quantitatives* Phänomen. *Grundsätzlich* hat sich dadurch am föderalen

Ausgleichsmechanismus der Bundesrepublik absolut nichts geändert. Auch sind die in den letzten Jahren evident gewordenen Probleme, etwa beim Länderfinanzausgleich, bei den Subventionen, bei der Finanzierung der Rentenversicherung, bei der Krankenversicherung und bei der Arbeitsförderung, eigentlich *keine neuen*, dem Beitritt der neuen Länder geschuldeten Probleme, sondern Defizite und Schwierigkeiten, die schon vorher existierten, aber nicht gelöst wurden, und die nun, durch die Mehrbelastung der Leistungssysteme infolge der deutschen Einheit, offen hervortreten und mit Macht eine Lösung erheischen.

Die Zweifel an der zutreffenden Charakterisierung der nicht durch entsprechende Einnahmen im Osten gedeckten Sozialausgaben in den neuen Ländern als *West-Ost-Transfers* lassen sich prinzipiell auch auf andere Leistungen übertragen, so zum Beispiel auf die Ausgaben des Bundes im infrastrukturellen Bereich. Bei den »Sozialtransfers« aber werden sie besonders stark empfunden. Hier offenbart sich die Begriffswahl ganz offensichtlich als ein kameralistisches Relikt und ein politischer Fehlgriff, knapp ein Jahrzehnt nach der Vereinigung. In der Literatur findet man deshalb auch kaum eine Quelle, die in bezug auf diese »Sozialtransfers« nicht mit Einschränkungen und Vorbehalten operiert (vgl. zum Beispiel IWH 1998a, S. 22ff.; 1998b, S. 14ff.; DBB 1996/10; Wollmann 1997, S. 13f.; Mager/Voigt 1997, S. 9ff.). Andererseits aber handelt es sich gerade bei diesen Leistungen im finanzwissenschaftlichen Verständnis zweifelsfrei um *Transfers*, das heißt um die Gewährung bestimmter Leistungen aus öffentlichen Haushalten *ohne* marktliche Gegenleistung. Die »Rechtmäßigkeit« der Inanspruchnahme dieser Leistungen beruht allein auf zwei Voraussetzungen, zum einen der Bedürftigkeit der Leistungsempfänger und zweitens der Zugehörigkeit dieser zu dem entsprechenden Gemeinwesen – der Bundesrepublik Deutschland. Beide Anspruchsvoraussetzungen sind seitens der ostdeutschen Bezieher von Altersrenten, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, BAföG usw. gegeben. Bei dem notwendigen Saldenausgleich der Versicherungsträger bzw. dem Zuschuß seitens des Bundes an die Versicherungsträger handelt es sich also eher um einen *finanztechnischen* Tatbestand als um einen West-Ost-Finanztransfer im eigentlichen Sinne. Dies gilt erst recht für die anderen, unter den Begriff »Sozialtransfers« subsumierten Ausgaben des Bundes wie Kindergeld, BAföG usw. Da die sogenannten Sozialtransfers, wie eingangs gezeigt, aber rund die Hälfte des Transfervolumens ausmachen, ergeben sich aus diesen Überlegungen einschneidende Konsequenzen für die Bewertung der Transfers insgesamt: Es bleiben immer weniger Leistungen übrig, die als *spezieller* Beitrag für Ostdeutschland angesehen werden können, das heißt die *außerhalb* der föderalen Normalität gewährt werden, als *zusätzliche* Hilfen, Solidarbeitrag o.ä., und die somit im engeren Sinne des Wortes tatsächlich Transferleistungen *des Westens* für den *Osten* darstellen.

Im finanzwissenschaftlichen Verständnis sind *Transfers* Leistungen öffentlicher Haushalte, denen keine speziellen Gegenleistungen gegenüberstehen, *Übertragungen* also von Ressourcen *ohne* marktliche Gegenleistung, *ohne* Entgelt. Demgegenüber bezeichnet der außenwirtschaftliche Begriff *Transfer* zwischenstaatliche Transaktionen, das heißt, einen Ressourcenzu- bzw. -abfluß über die Grenzen einer Volkswirtschaft hinaus.

Literatur

Andel, N. (1993): Die Rentenversicherung im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II, Berlin, S. 63-111.

- BMA (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (1998): Sozialbericht 1997, Bonn.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.): Finanzbericht, Bonn.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (mtl.): Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte, Bonn.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) (1996): Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa, Dokumentation Nr. 407, Bonn.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) (1998a): Wirtschaftsdaten Neue Länder, November, Bonn.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) (1998b): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1998, Dokumentation Nr. 441, Bonn.
- Boss, A./Rosenschon, A. (1996): Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 269, Kiel.
- Bundesregierung (1997): Mittelfristiges Förderkonzept der Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern nach 1998, Bonn.
- Bundesregierung (1999a): Entwurf des Bundeshaushalts 1999, Bonn.
- Bundesregierung (1999b): Jahreswirtschaftsbericht 1999 der Bundesregierung »Neue Wege zu mehr Beschäftigung«, Bonn.
- Busch, U. (1998): Sieben fette Jahre? Kritische Bemerkungen zu Charakter und Umfang der Transfers, in: Berliner Debatte INITIAL, 9(1998)2/3, S. 89-103.
- Die Verträge zur Einheit Deutschlands (1990), München.
- DBB (Deutsche Bundesbank) (1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, Monatsbericht Oktober, S. 17-32.
- DBB (Deutsche Bundesbank) (lfd.): Monatsberichte.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1995): Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen, SH 154, Berlin.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1997): Vereinigungsfolgen belasten Sozialversicherung, Wochenbericht 40, S. 525-729.
- DIW/IfW/IWH (1995ff): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Berichte.
- Flassbeck, H. (1995): Die deutsche Vereinigung ein Transferproblem, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 3, S. 404-413.
- IW (Institut der deutschen Wirtschaft) (1996): West-Ost-Transfers. Steiniger Weg zum Abbau, in: iwd Nr. 24, Köln.
- IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1997a): Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, Tagungsband, SH 1, Halle.
- IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1997b): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, SH 4, Halle.
- IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1998a): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern, SH 1, Halle.
- IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1998b): Transfers, Exportleistungen und Produktivität, SH 2, Halle.
- IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1998c): Deutschland 1998/99 – Binnennachfrage stärkt Aufschwung, in: Wirtschaft im Wandel, 9-10, S. 3-25.
- Kleinhenz, G. (1997): Sozialpolitischer Systemwechsel: Von der sozialistischen zur marktwirtschaftlichen Sozialpolitik, in: Hauser, R./Olk, T. (Hrsg.): Soziale Sicherheit für alle?, Opladen, S. 41-73.
- Lichtblau, K. (1995): Von der Transfer- in die Marktwirtschaft, Köln.
- Mackscheidt, K. (1993): Die Transferaktivität der Bundesanstalt für Arbeit nach der deutschen Einigung – Dynamik und Effizienz, in: Hansmeyer, K.-H. (Hrsg.) Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit II, S. 113-153.
- Mager, R./Voigt, M. (1997): Transferleistungen im geeinten Deutschland. Nur eine Einbahnstraße von West nach Ost?, in: Blickpunkt: Wirtschaft und Umwelt, Rundbrief 9, Bonn.
- Ragnitz, J. (1996): Zur Kontroverse um die Transferleistungen in den neuen Bundesländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 5, S. 3-7.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1992): Für Wachstumsorientierung – gegen lähmenden Verteilungsstreit, Jahresgutachten 1992/93, Stuttgart.
- Sechs-Thesen-Papier (1996): Sechs-Thesen-Papier der ostdeutschen Finanzminister zur wirtschaftlichen und finanzpolitischen Situation der neuen Bundesländer, o.O.
- Statistisches Bundesamt (1998): Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, 4.
- Wollmann, H./Derlien, H.-U./König, K./Renzsch, W./Seibel, W. (Hrsg.) (1997): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, KPSW, Bd. 3.1., Opladen.

HERBERT NIEMANN

Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten – Was nun?

Voraussetzungen einer zukunftsorientierten Wirtschaftsordnung

Wie immer man es wendet, die jeweiligen ökonomischen Verhältnisse bestimmen Aussehen und Schicksal dieser Welt. Die Ökonomie ist nachprüfbar den Gesetzen unterworfen und deshalb exakte Wissenschaft mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit, auch wenn dies in der von Interessengegensätzen beherrschten Meinungsvielfalt von heute oft anders erscheint.

Die ausreichende Verfügbarkeit natürlicher Reichtümer (Rohstoffe), sei es durch Vorhandensein im eigenen Land oder durch Tausch eigener gegen ausländische Produkte und Rohstoffe ist die Grundvoraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung jeder Volkswirtschaft. Durch das Maß der Verfügbarkeit werden dem angestrebten Wohlstand von vornherein natürliche Grenzen gesetzt.

Der Lebensstandard eines Volkes kann nie höher sein, als die verfügbaren natürlichen Reichtümer im Zusammenwirken mit Zahl und Qualifikation der vorhandenen Arbeitskräfte – unter Berücksichtigung der Gesamtbevölkerungszahl –, Güterproduktion und folglich Wirtschaftsentwicklung zulassen. Dies gilt selbst bei optimaler Zusammenführung der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren und Ausnutzung aller bestehenden Tauschmöglichkeiten. Das Verhältnis von verfügbaren natürlichen Reichtümern zur Bevölkerungszahl begrenzt die Möglichkeiten weiteren wirtschaftlichen Wachstums. Selbst bei nominal erheblichem Wirtschaftswachstum kann der allgemeine Lebensstandard in einem Gemeinwesen dann nicht steigen, wenn als Folge eines Bevölkerungszuwachses der zusätzliche Güterbedarf höher ist als das gleichzeitige Wachstum des Sozialprodukts.

Besteht ein Mißverhältnis zwischen wirtschaftlichen Möglichkeiten, Bevölkerungszahl und Bevölkerungswachstum und ergibt sich daraus eine Verelendung breiter Massen eines Landes, kann nur Geburtenkontrolle und -beschränkung auf Dauer helfen. Dies aber ist eine Aufgabe, die das jeweils betroffene Land selbst leisten muß. Hier zu einem ökonomisch vertretbaren Gleichgewicht zu kommen, liegt nicht zuletzt im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft wegen der aus der Überbevölkerung sich sonst ergebenden Gefahren für den Weltfrieden.

Da die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme – und dies gilt für alle Sicherungssysteme, auch die privater Art – auf dem sogenannten Generationenvertrag beruht, ist dessen Stabilität vor allem dadurch gefährdet, daß – wie zunehmend in der BRD –

Herbert Niemann – Jg. 1924; Jurist. Langjährige Tätigkeit in der Sozialversicherung, veröffentlichte zuletzt in »UTOPIE kreativ«, Nr. 85/86 (November/Dezember 1997): »Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft«.

»Als Tauschmittel erscheint Geld als notwendiger Vermittler zwischen Produktion und Konsumtion. In dem System des entwickelten Geldes produziert man nur, um auszutauschen, oder man produziert nur indem man austauscht. Das Geld weggestrichen, würde man also entweder auf eine niedrigere Stufe der Produktion zurückgeworfen ... oder man würde zu einer höheren fortgehen, worin der Tauschwert nicht mehr die erste Bestimmung der Ware, weil die allgemeine Arbeit, deren Repräsentant [er] ist, nicht mehr als nur zur Gemeinschaftlichkeit vermittelte Privatarbeit erschiene.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 143.

»Für den Wert, der sich als Wert festhält, fällt schon deswegen Vermehren mit Selbsterhalten zusammen, und er erhält sich eben nur dadurch, daß er beständig über seine quantitative Schranke hinaustreibt, die seiner Formbestimmung, seiner innerlichen Allgemeinheit widerspricht. Das Bereichern ist so Selbstzweck. Die zweckbestimmende Tätigkeit des Kapitals kann nur die der Bereicherung, d.h. der Vergrößerung, der Vermehrung seiner selbst sein.«

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 196.

geburtenschwache Jahrgänge durch die Altersfürsorge für eine zahlenmäßig starke Vorgeneration überfordert werden. Eine kinderfreundliche Familienpolitik, die für einen ausgewogenen Bevölkerungsaufbau sorgt, ist daher eine wichtige Aufgabe staatlichen Handelns. Aber eine solche Politik kostet Geld. Wenn aktuelle Finanzierungsprobleme gerade hier zu ›Knausrigkeit‹ und Einsparungen führen, erweist dies sich auf Dauer als kurzsichtig und gefährdet Wohlstand und soziale Sicherheit zukünftiger Generationen.

Allein menschliche Arbeit und natürliche Reichtümer bringen über ihre Zusammenführung in der Produktion in Verbindung mit internationalem Handelsaustausch den Wohlstand der Nationen hervor. Der Einsatz menschlicher Arbeit, die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe und die Vermarktung der erwirtschafteten Produkte muß organisiert sein. In einem Gemeinwesen – und wie sich immer mehr herausstellt, auch global – kann dies nur einheitlich, das heißt nach einer wohldurchdachten, vorgegebenen Wirtschaftsordnung geschehen. Sie muß, soll sie von allen Gesellschaften auf der Erde dauerhaft akzeptiert werden, krisen- und zukunftssicher sein.

Im Gegensatz zu den Lehrsätzen der vorherrschenden volkswirtschaftlichen Theorien ist das Vorhandensein von ertragbringendem Geldkapital kein für das Funktionieren einer Wirtschaft notwendiger oder gar unabdingbarer Produktionsfaktor. Der Geldkapitalbildung ist immer erst die Güterproduktion, das heißt das Zusammenfügen von Arbeit und Rohstoffen vorausgegangen. Sind Produkte hergestellt und kommen sie auf den Markt, stehen sich Arbeitgeber als Verkäufer und Arbeitnehmer als Käufer gegenüber. Dies gilt unabhängig von der Wirtschaftsordnung, in der sich diese Beziehung entwickelt. Für seine Arbeitsleistung erhält der Arbeitnehmer Geldlohn, den er zum Kauf von lebensnotwendigen oder ihm wichtig erscheinenden Gütern (z.B. auch für Investitionen in den Eigenheimbau oder die Einrichtung eines Gewerbebetriebes) verwendet. Ertragbringendes Geldkapital als Basis des kapitalistischen Systems entsteht erst durch Konsum- bzw. Investitionsverzicht auf der Einkommenseite und produktive Verwendung der so gesparten Geldmittel als Investitionen auf der Produktionsseite. Anstelle des Sparers verwendet ein anderer das gesparte Geld. Für die Überlassung des gesparten Geldes als Kredit zahlt der Kreditnehmer Zinsen an den Kreditgeber.

Durch die Verselbständigung dieses Mechanismus entsteht eine künstlich aufgepfropfte, im Grunde völlig überflüssige neue, die originären Produktionsfaktoren Arbeit und Rohstoffe überlagernde, auf Geldschneiderei und Ausbeutung über den Zins hinauslaufende Wirtschaftsbeziehung, die als Kredit- und Zinswirtschaft mehr und mehr eine gesamtwirtschaftlich beherrschende Stellung einnimmt. Die Verwertungsinteressen der Geldvermögensbesitzer gewinnen im gesamten wirtschaftlichen Geschehen – auch im staatlichen Bereich – die Oberhand. Die Förderung des Gemeinwohls als wesentliches Staatsziel wahrer Demokratie gerät immer mehr ins Hintertreffen.

Was als Geldkapital investiv verwendet (angelegt) worden ist, kann, weil verbraucht, nicht noch einmal verwendet werden, auch wenn es auf der Gläubigerseite in der Bilanz als »Guthaben« er-

scheint. Guthaben dieser Art gleichen einer Fiktion und dienen nur noch als Basis zur Begründung davon ausgehender Zinsansprüche. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken sie langfristig strangulierend, da alle produktiven wirtschaftlichen Aktivitäten immer mehr eingeeignet werden. Der von den Zinsforderungen ausgehende Wachstumszwang, der am Ende nicht mehr befriedigt werden kann, ist der »Knackpunkt« des kapitalistischen Systems (vgl. meine diesbezüglichen Beiträge in »UTOPIE kreativ«, Heft 52 und 73/74).

Sind Arbeitskräfte und ausreichend Rohstoffe vorhanden, die in einem krisenfreien Wirtschaftssystem auf Basis des technischen Fortschritts beständig in wirkungsvoller Weise neu kombiniert werden, ist – wenn gewünscht – Wirtschaftswachstum theoretisch dauerhaft möglich. Verzinsten Geldkapitals bedarf es hierzu nicht. Die notwendigen finanziellen Mittel können im Umlageverfahren, über Steuern und Abgaben beschafft werden. Wird so verfahren, erweist sich ertragbringendes Geldkapital als überflüssig wie ein Kropf. Es bringt volkswirtschaftlich keinen Nutzen. Im Gegenteil wird mit seinem Anwachsen das Gemeinwohl immer mehr beeinträchtigt.

Aus der Endlichkeit der benötigten Rohstoffe und aus den mit zunehmender Produktion wachsenden Umweltbelastungen erwächst allerdings eine grundlegende Beschränkung der Wachstumsmöglichkeiten. Die Vorstellung unbeschränkten Wachstums bleibt am Ende eine Illusion. Der durch die Kredit- und Zinswirtschaft implizierte Wachstumszwang muß also notwendig an seine Grenzen stoßen und an ihnen scheitern. Wird jedoch in einer neuen Wirtschaftsordnung dieser Wachstumszwang aufgehoben, ist es möglich, ein effizientes System der Bedarfsdeckung mit der Erhaltung der natürlichen (lebenssichernden) Umwelt in Übereinstimmung zu bringen. Jede Volkswirtschaft kann dann eigenständig darüber entscheiden, welcher Lebensstandard als ausreichend angesehen wird und ob es hierzu weiteren Wachstums bedarf.

Um eine zukunftssichere zinsfreie und wachstumsunabhängige Wirtschaftsordnung zu etablieren, ist die Änderung des bisherigen Finanzierungssystems unabdingbar. Für die Aufrechterhaltung des Produktionsapparates, seinen Auf- und Ausbau, seine Erneuerung und Anpassung an den neuesten Stand der Technik bedarf es in jeder geldwirtschaftlichen Ordnung der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Wenn Selbstfinanzierung an Stelle von Fremdfinanzierung stattfindet, erübrigt sich die für kapitalistische Verhältnisse typische Akkumulation ertragbringenden Geldkapitals. Die für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen (finanziellen) Aufwendungen könnten – so wie dies in der kapitalistischen Marktwirtschaft in bezug auf die Zinsaufwendungen auch jetzt geschieht – von den Betrieben über die Preise refinanziert werden. Darüber hinaus wäre auch ein *von der Wirtschaft für die Wirtschaft* im Umlageverfahren finanzierter Kapitalfonds denkbar, aus dem – gegebenenfalls gegen moderate Zinsen, die wiederum dem Kapitalfonds zufließen – größere Investitionen und Hilfen für notleidende Betriebe ermöglicht würden.

Aus Steuermitteln finanzierte staatliche Subventionen sollten nur dort verwendet werden, wo sie bereits im derzeit herrschenden Finanzierungssystem zu finden sind: Anschubfinanzierung neuer

»Eine Strategie der nachholenden Industrialisierung (wird), sofern sie in aller Welt verfolgt wird, auch an ökologischen Grenzen scheitern. Denn die für industrielle Produktionsprozesse verfügbaren materiellen und energetischen Ressourcen sind ebensowenig grenzenlos wie die Kapazität der Senken für die Emissionen der Industriegesellschaften. (...) An der Grenze der Tragfähigkeit von öffentlichen Gütern befinden sich alle Akteure in dem »Gefangenendilemma«, das sie nur meiden können, indem sie äußeren Regeln ausgesetzt werden, die eine mäßigende Wirkung erzwingen. Wirtschaften braucht also ein äußeres Maß gegen die selbstreferentiell konstituierte Schrankenlosigkeit. Es ist kein Verlaß auf die Regeln des Rationalkalküls mikroökonomischer Einheiten und auf die Abstimmung durch den Markt.«
Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 530, 531.

»Die politische Ökonomie hat es mit den spezifischen gesellschaftlichen Formen des gesellschaftlichen Reichtums oder vielmehr der Produktion des Reichtums zu tun. Der Stoff desselben ... erscheint zunächst allen Produktionsweisen gemeinsam. (...) Was darüber allgemeines gesagt zu werden pflegt, beschränkt sich auf Abstraktionen, die einen historischen Wert hatten in den ersten Versuchen der politischen Ökonomie... Später werden sie zu lederen Gemeinplätzen, um so widerlicher, je mehr sie mit wissenschaftlicher Präntention auftreten. Es gilt dies vor allem, was die deutschen Ökonomen unter der Kategorie von ›Gütern‹ abzuschwatzen pflegen.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 741.

Produktionsstätten, Einführung neuer Techniken, zur Entlastung vorübergehend in Schieflage geratener Produktionszweige und bei hohem öffentlichen Interesse, wenn die sonst zu fordernden Preise nicht mehr akzeptiert werden, z.B. im öffentlichen Nahverkehr und im Kulturbereich.

Es ist aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellung und Zielsetzung durchaus sinnvoll, die Wirtschaftswissenschaften in Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre zu unterteilen. Im neueren Schrifttum wird gern von Mikro- und Makroökonomie gesprochen, was den Eindruck erwecken soll, als ob die für Einzelbetriebe geltenden Gesetze weitgehend auch auf die Volkswirtschaft übertragen werden könnten.

Gegenstand der Volkswirtschaftslehre ist es, die Voraussetzungen für den Wohlstand der Nationen zu ergründen. Sie ist dazu berufen, unabhängig von Ideologien, Einzel- und Gruppeninteressen die Zusammenhänge gesamtwirtschaftlichen Geschehens aufzudecken und Wege für volkswirtschaftlich richtige Entscheidungen zu finden und aufzuzeigen. Wohlstand ist auf Dauer angelegt. Die Volkswirtschaftslehre hat deshalb nicht nur das kurzfristige Heute und Morgen, sondern mit großem Ernst auch die überschaubare Zukunft in ihre Überlegungen einzubeziehen. Nirgends wird dies so deutlich wie bei der Problematik des Umweltschutzes und des schonenden Umgangs mit natürlichen Reichtümern.

Alle wirtschaftlichen Aktivitäten, welcher Art auch immer, haben ihre Grundlage im Handeln des einzelnen, der als Produzent von Gütern oder durch Erbringen von Dienstleistungen allein oder im Zusammenwirken mit anderen tätig wird. Die Betriebswirtschaftslehre beschäftigt sich damit, wie im Einzelbetrieb optimale Wirtschaftsergebnisse zu erzielen sind. Diese Zielsetzung gilt sowohl für eine kapitalistische als auch für eine – richtig verstandene – sozialistische Wirtschaft, so daß es verfehlt wäre, von einem kapitalistisch oder sozialistisch ausgerichteten Einzelbetrieb zu sprechen. Es führt deshalb auch zu nichts, wenn rein schematisch von *der* kapitalistischen Produktionsweise gesprochen wird, die es durch eine andere zu ersetzen gilt. Der Unterschied, von der Art der Finanzierung als wichtigstem Kriterium abgesehen, besteht einzig und allein darin, inwieweit der Einzelbetrieb an volkswirtschaftliche Vorgaben gebunden ist.

Die Einzelbetriebe zusammen bilden die Volkswirtschaft. Beim Zusammentreffen vieler Einzelunternehmen mit dem gesamtstaatlichen Interesse ergeben sich zwangsläufig Wechselwirkungen, die nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn in einem Gemeinwesen Wohlstand für alle erreicht werden soll. Der Einzelbetrieb steht unaufhörlich im Spannungsfeld und unter dem Einfluß gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen. Nur wenn der Einzelbetrieb ständig die gesamtwirtschaftlichen Abhängigkeiten (innerstaatliche und äußere Zwänge), deren Rückwirkungen und mögliche Störfaktoren beachtet, kann betriebliche und volkswirtschaftliche Stabilität erreicht werden und gewahrt bleiben. Dies erfordert gesamtwirtschaftliches Mitdenken. Das Gemeinwohl darf dabei nicht außer acht gelassen werden. Produktion und Produktionsweise der Betriebe haben sich den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten unterzuordnen und anzupassen.

Aufgabe und Ziel der Einzelbetriebe ist es, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in guter Qualität so preisgünstig wie möglich zu befriedigen und bei der Produktion alle Effektivitätspotentiale und Möglichkeiten des technischen Fortschritts unter Beachtung des Gemeinwohls zu nutzen. Weil einzelbetrieblicher Gewinn dem Betrieb seine Existenz sichert und die Erfüllung seiner Aufgaben für die Zukunft erleichtert, ist jeder auf eigene Rechnung selbständig wirtschaftende Betrieb von seiner Aufgabenstellung her auf Gewinnerzielung oder mindestens auf Erreichen der Gewinnschwelle ausgerichtet. Ohne Gewinn kein wirtschaftliches Wachstum. Solange gesamtwirtschaftliches Wachstum notwendig oder erstrebenswert ist, kann auf Gewinne durch die Unternehmen nicht verzichtet werden. Sie dürfen deshalb auch nicht verteufelt werden. Profite auf der Grundlage ertragbringenden Geldkapitals oder im Sinne müheloser Einkünfte allerdings bringen keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen, sondern schaden im Gegenteil.

Die Volkswirtschaft als Makrostruktur bildet den Rahmen für die Aktivitäten der Einzelbetriebe. Das Aufgabengebiet der Volkswirtschaftslehre ist damit ungleich weiter gesteckt als der Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre mit ihrem Ziel der einzelbetrieblichen Gewinnoptimierung. Genauso wie das soziale Sicherungssystem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen festen Platz einnehmen muß, bilden auch Umweltschutz, Forschung, Innovation, Kultur und Bildungswesen einen integralen Teil des volkswirtschaftlichen Ganzen. Damit wachsen der Volkswirtschaftslehre Aufgaben zu, die sie im großen und ganzen bisher nur beiläufig und am Rande in ihre Überlegungen einbezogen hat.

Die heute dominierende neoliberale Wirtschaftstheorie leugnet die Notwendigkeit wirtschaftlicher Steuerung grundsätzlich. Sie vertraut auf die »Kräfte des Marktes«, die alles autonom mit »unsichtbarer Hand« richten sollen. Wenn auf dem Markt freie Preisbildung stattfindet, wird nach dieser Ansicht das »Chaos« der Millionen einzelbetrieblicher Entscheidungen »wie durch ein Wunder« in eine volkswirtschaftlich effektive Ordnung verwandelt. Es versteht sich von selbst, daß dann auch der Lohn im marktwirtschaftlichen Sinne nur der »Preis« geleisteter Arbeit sein kann. Erklärtes Ziel der Apologeten dieses Systems ist es zu erreichen, daß auch die Löhne dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Am leichtesten wäre dieses Ziel durchzusetzen, wenn die Lohnverhandlungen – anders als beim Flächentarifvertrag – den Einzelbetrieben überlassen würden. Ohne starke Gewerkschaften wären die Unternehmerverbände mit diesem Vorhaben schnell am Ziel. Ein Abwägen zwischen einzelbetrieblichem Gewinninteresse und möglichen negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen findet in diesem System am Ende nicht mehr statt. Alles orientiert sich nach neuestem Sprachgebrauch nur noch am »shareholder value«. Das Betriebsinteresse fixiert sich auf den höchstmöglichen Gewinn, um die Dividenden der Aktionäre zu steigern. Arbeitnehmerinteressen und Gemeinwohl bleiben dabei immer mehr auf der Strecke.

Antriebsmotor aller privatwirtschaftlichen Aktivitäten ist das individuelle Gewinninteresse, das unmittelbar aus dem Privateigentum an Unternehmen oder aus der Beteiligung an diesen folgt.

»Die Neoklassik fußt ausdrücklich auf klassischen Ansätzen, lehnt aber grundsätzlich die von David Ricardo, Adam Smith und Karl Marx begründete Arbeitswertlehre ab. Anknüpfend an Adam Smiths »Freiheit des Individuums« wurde eine individualistische Nutzungslehre konzipiert. (...) Demnach informiert der Preis die Marktteilnehmer, er zeigt die Grade der Knappheit an und garantiert im Gleichgewichtszustand die beste Versorgung der Gesellschaft mit Gütern. Je weniger in den Markt interveniert werde, desto größer sei der Wohlstand. (...) Die verschiedenen neoklassischen Konzepte erfreuen sich wohl deshalb so großer Beliebtheit, weil sie ein einfaches ideologisches Gerüst anbieten (Individualismus, Freiheit des einzelnen) und sie eine eindeutige Absage an staatliche Regulierungen und vor allem an kollektive Lösungen enthalten. Der Neoklassik gelang es, ... den Marxismus in die Defensive zu drängen und die Grenzen des Keynesianismus deutlich zu machen.« Robert Kappel: Von der Ökologie der Mittel zur Ökologie der Ziele? Die Natur in der neoklassischen Ökonomie und ökologischen Ökonomie, in: Peripherie, Nr. 54 (August 1994), S. 64, 65.

Private Gewinnanreize bestehen aber nur und nur solange, wie die Gegebenheiten des Marktes hinreichend günstige Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals gewährleisten. Je geringer das wirtschaftliche Wachstum, desto geringer die Gewinnchancen und -erwartungen. Der marktwirtschaftliche Mechanismus von Wettbewerb, Eigennutz und Eigeninteresse wird den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr gerecht. Die sich selbst überlassene Wirtschaft wird zunehmend steuerungslos. Dies ist am Ende die zwangsläufige Folge des kapitalistischen Systems, wenn die die Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten durch wirtschaftliches Wachstum nicht mehr ausgeglichen werden und immer mehr Betriebe die Gewinnzone nicht mehr erreichen.

Die »freie« Marktwirtschaft versteht sich ausdrücklich als »Konkurrenzwirtschaft«. Über die Konkurrenz sollen die wirtschaftlichen Aktivitäten indirekt gesteuert und auf Effizienz ausgerichtet werden. Was der Einzelbetrieb an Wettbewerbsvorteilen zu nutzen versucht – seien es Leistungsverbesserungen oder Kosteneinsparungen –, wird in der Regel auch von anderen Wettbewerbern in gleicher Weise angewandt. Geht das wirtschaftliche Wachstum jedoch zurück, nimmt der Konkurrenzdruck zu. Es kommt zu einem ruinösen Wettbewerb, in dem jeder Betrieb den anderen nicht zuletzt durch größere Kostenersparnis oder Preissenkung zu verdrängen sucht. Gesamtwirtschaftlich erweisen sich alle derartigen Überlebensstrategien der Einzelbetriebe, seien es Rationalisierungsmaßnahmen oder Einsparungen bei den Lohnkosten, als wirkungslos, wenn ausreichendes Wirtschaftswachstum nicht mehr Gewinne für alle sichert und für viele das Abrutschen in die Verlustzone unvermeidlich wird. Der Weg in die Pleite ist für alle Betriebe vorgezeichnet, die im Wettbewerb – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr mithalten können.

Ohne stetes ausreichendes Wachstum können in einem kapitalistischen System auch alle noch so rigorosen Sparmaßnahmen – weder in den Einzelbetrieben noch im staatlichen Bereich – nicht die infolge der Zinswirtschaft entstandenen Ungleichgewichte dauerhaft beseitigen. Der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang zwischen Nachfrage (Kaufkraft) und Produktion ist eben mit den Gegebenheiten im privaten Haushalt, wo Sparen im Bedarfsfalle durchaus ein geeignetes Mittel sein kann, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen, nicht vergleichbar. Bei unzureichendem Wachstum kann eine Bilanzverbesserung der Unternehmen und ein Haushaltsausgleich im staatlichen Bereich mittels einer auf Kosten- und Ausgaben senkung ausgerichteten Sparpolitik nur um den Preis volkswirtschaftlichen Niedergangs erreicht werden. Ein dauerhaftes wirtschaftliches Gleichgewicht ist auf diese Weise nicht zu erreichen, weil die systemgemäß vorhandenen und weiter wachsenden Zinslasten dies verhindern.

Besondere Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang das dem kapitalistischen System immanente Zurückbleiben der Nachfrage hinter dem Angebot. Eine Tendenz, die mit wachsender Verschuldung der Volkswirtschaft zunimmt und die über eine radikale Spar- und breite Bevölkerungsschichten treffende Steuererhöhungspolitik weiter verstärkt wird.

Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht kann daher nicht erreicht werden, wenn die einzelbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen und Kosteneinsparungen zu immer höherer Arbeitslosigkeit führen. Der daraus resultierende Lohnausfall bedeutet zugleich Nachfrageausfall. Die durch Reallohnsenkungen ausgelösten Wirkungen werden noch verstärkt. Der Nachfrageausfall führt zu Produktionsrückgängen und so zu weiterer Arbeitslosigkeit. Der Weg in die Krise wird durch allein an einzelbetrieblichen Vorteilen orientierte Maßnahmen nicht aufgehalten. Das gleiche gilt für Steuererschenke an Firmen. Wenn sie nicht aus gesamtwirtschaftlichem Wachstum gespeist werden, ist es unvermeidlich, daß sie am Ende durch die breite Masse der Steuerzahler und Käufer finanziert werden müssen und so zu weiterem Nachfrageausfall führen.

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob und inwieweit unternehmerisches Fehlverhalten, eine falsche Lohn- und Tarifpolitik oder eine unausgewogene Steuerpolitik für den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfall in der BRD mit verantwortlich sind. Lügen hier die Ursachen, müßten die Fehlentwicklungen zu korrigieren sein.

Bei genauer Betrachtung ergibt sich, daß die wesentlichen Gründe für den weltweiten unaufhaltsamen wirtschaftlichen Verfall im kapitalistischen Finanzierungssystem zu suchen sind. Die weitgehende Fremdfinanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten jedweder Art führt zu einem stetigen Anstieg der Zinslasten. Können die die Volkswirtschaft überziehenden Zinsforderungen infolge zurückgehenden Wachstums nicht mehr bedient werden, ist bei Aufrechterhaltung dieses Systems der gesamtwirtschaftliche Abschwung nicht zu verhindern. Da das für das Funktionieren des Kredit- und Zinssystems notwendige, unablässig steigende Wirtschaftswachstum in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten in Zukunft nicht mehr zu erwarten ist, ergibt sich unausweichlich die Notwendigkeit, zu einer wachstumsunabhängigen Wirtschaftsordnung überzugehen. Unabdingbare Voraussetzungen hierfür sind die Überwindung der Kredit- und Zinswirtschaft, eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln sowie Einrichtung funktionstüchtiger Steuerungsmechanismen.

Grundelemente einer sozialistischen Wirtschaftsordnung

Beseitigung der Kredit- und Zinswirtschaft bedeutet die Reduzierung der vagabundierenden Geldkapitalmenge auf ein volkswirtschaftlich vernünftiges Maß. Ohne Fremdfinanzierung durch *privates* Geldkapital sind *private* Einzelbetriebe, soweit sie die Größe von Kleinbetrieben überschreiten, jedoch nicht lebensfähig. Wenn anstelle des bisherigen ein Finanzierungssystem treten soll, das die gewünschte wirtschaftsstabilisierende und zukunftssichere Wirkung hat, gibt es zur Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum keine Alternative. Dies schließt die Eigentumsrechte an Grund und Boden als einer für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems wichtigen Quelle müheloser Einkünfte ein. Eine Unterscheidung zwischen Verfügungs- und Nutzungsrecht könnte hier insbesondere eine dauerhafte Lösung des für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit eminent wichtigen Wohnungsproblems bringen (vgl. »Wohnungskatastrophe. Ursachen

»Die kapitalistische Produktionsweise ist durch einen immanenten Widerspruch gekennzeichnet, der die Steigerung der Ausbeutung produktiver Arbeit in Gegensatz zur Verwertung des Kapitals treten läßt. Dieser Widerspruch, der auch als Widerspruch zwischen Rate und Masse des Mehrwerts gefaßt werden kann, entspringt den modernen Methoden der Produktivitätssteigerung, durch die der einzelne Arbeitstag produktiver gemacht wird, indem die Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage reduziert wird. Nur über ein bestimmtes Tempo der Kapitalakkumulation erhält dieser immanente Widerspruch der kapitalistischen Mehrwertproduktion eine ruhige Bewegungsform...«
Stephan Krüger: Konjunktur und Krise, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/98, S. 4.

»Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen« ist das Stichwort, das in diesem Jahrhundert die Rückbindung zunächst selbstständiger gesellschaftlicher Reproduktion ausdrückt. Sie funktioniert nur, wenn Individuen sich selbst zu Gegenmächten organisieren – freilich ein Paradoxon. Diese zu Mächten assoziierten Individuen bringen aber nur dann neue Selektions- und Evolutionskriterien in den Kommunikations- und Regulationsprozeß, wenn sie zugleich auch an Lebenswelten gebunden bleiben. Die Entleerung der politischen Kommunikation durch Parteienparlamentarismus und Gewerkschaftsbürokratie zeigt, daß dies durchaus ein prekäres Problem ist...«

Rainer Land: Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar?, in: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne?, Hamburg 1991, S. 190.

und Auswege« in: Sozialismus, 2/94 S. 41). Damit werden tiefgreifende Verfassungsfragen berührt (Art. 14 GG), zu denen auch das Recht auf angemessene Entschädigung gehört (vgl. dazu meine Überlegungen in: UTOPIE kreativ, Nr. 85/86).

Soweit die Überführung privaten Eigentums in Gemeineigentum erforderlich ist, darf das damit verfolgte Ziel nicht durch eine zu großzügige Entschädigung unterlaufen werden. Richtschnur ist das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20 I GG). Im Zentrum steht dabei die Frage, ob die gegenwärtige Wirtschaftsordnung mit ihren ökonomischen Zwängen und Folgen, vor allem mit der Aufspaltung der Gesellschaft in arm und reich, in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose noch mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Davon hängt ab, was notwendig zu tun ist. Ein »Selbstmord« von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus ideologisch motivierter Treue zu einem ruinösen Wirtschaftsmodell wird von keiner Verfassung gedeckt.

Aufgabe aller staatlichen Gewalt ist es, Wirtschaft und Gesellschaft so zu ordnen, daß im Rahmen des Möglichen Wohlstand für alle erreicht wird. Wohlstand findet seinen Ausdruck in der Produktivität der Einzelbetriebe, in der Kaufkraft der Bevölkerung sowie nicht zuletzt im Stand von Kultur, Bildung und Gesundheitswesen. Wenn der in der BRD erreichte Wohlstand jetzt und in Zukunft nicht gefährdet und gleichmäßiger auf alle sozialen Schichten verteilt werden soll, muß das verteilbare Sozialprodukt (Volkseinkommen) in seinem derzeitigen Umfang stabil gehalten werden. Trotz demographisch bedingten Rückgangs des ökonomisch aktiven Teils der Bevölkerung kann der bisherige Wohlstand für alle, auch bei heutigem Rentenniveau, weiterhin gesichert werden, wenn es gelingt, wieder Vollbeschäftigung zu erlangen und zu sichern. Das Erreichen der Vollbeschäftigung kann daher in seiner gesellschaftlichen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, da nur so der im Zusammenhang mit der Sicherheit des Rentensystems immer wieder diskutierte (und zum Teil auch in Frage gestellte) »Generationenvertrag« auf Dauer aufrechtzuerhalten ist. In allen sozial ausgerichteten Gesellschaftssystemen müssen die zu gegebener Zeit jeweils verfügbaren Güter auf die lebenden Generationen gerecht verteilt werden. Es ist absurd, dabei von der Ausbeutung der Jüngeren durch die Alten zu sprechen, weil ohne die vorherige produktive Leistung der (jetzt) Alten eine Produktion auf dem gegenwärtigen Niveau gar nicht möglich wäre. Das wahre Ausbeutungspotential, das bewußt verschwiegen wird, liegt im heutigen kapitalistischen System in den Folgen der Kredit- und Zinswirtschaft, die in der BRD mit jährlichen Zinslasten in Höhe von mehreren Hundert Milliarden D-Mark die gesamten Rentenleistungen bei weitem übersteigen dürften.

Bei Vollbeschäftigung führt in der Rentenversicherung das nach individueller Leistungsfähigkeit abgestufte Umlageverfahren neben der Finanzierungssicherheit zu größtmöglicher sozialer Gerechtigkeit. Die von interessierter Seite (Unternehmen, Versicherungskonzernen und Banken) immer lauter geforderte Umstellung der Rentenfinanzierung auf das Kapitaldeckungsverfahren ist nicht geeignet, das Rentensystem langfristig zu sichern. Die angesammelten Kapitalbeträge sollen in diesem Modell genau wie andere Sparein-

lagen auch über die Finanzierung von Investitionen zinsbringend angelegt werden. Das heißt, die zukünftig fälligen Rentenzahlungen könnten außer aus den dann noch anfallenden Beitragszahlungen zum größten Teil nur aus den dann zu erwartenden Zinsleistungen und Vermögenserträgen erbracht werden. Kommt es jedoch zu einer ernststen Wirtschaftskrise oder gar zum Zusammenbruch des Kredit- und Zinssystems, erweist sich die angepriesene ›private Zukunftsvorsorge‹ als hehre Illusion. Weil die ›erwarteten‹ Kapitalerträge nicht zur Verfügung stehen, können auch die zugesagten privaten Renten nicht gezahlt werden. Dazu kommt, daß völlig offen ist, wie eine derartige Umstellung des Rentenfinanzierungssystems sozial verträglich bewerkstelligt werden könnte.

Wer den Wohlstand von heute sichern und für die Zukunft erhalten will, kommt nicht daran vorbei, alle Quellen müheloser Einkünfte zu verstopfen. Das betrifft nicht nur Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Kapitalbeteiligungen und Bodeneigentum, sondern auch überhöhte Gehälter und sonstige Einkünfte, die gemessen am Durchschnittseinkommen in keinem angemessenen Verhältnis zu der für die Gesellschaft erbrachten Leistung stehen. Diese Zahlungen gehen zu Lasten der nicht daran teilhabenden Arbeitnehmer, die sie erwirtschaften müssen und dann um ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt gebracht werden. Die großen Vermögen einzelner, seien es Eigentumsrechte an Produktionsmitteln, an Grund und Boden, sei es akkumuliertes Geldkapital, entspringen nicht der individuell für die Gesellschaft geleisteten Arbeit. Sie sind Folge und Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsform mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Erzielung müheloser Einkünfte. Übersteigt das Einkommen mehr oder minder dauerhaft die für eine angemessene Lebensführung erforderliche Höhe, eröffnet die zinsbringende Anlage des Überschusses die Möglichkeit zu seiner unbegrenzten Vervielfachung. Seine extremsten Auswüchse findet dieses System in der Finanzspekulation, die letztlich zu Lasten der breiten Masse geht. Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein! Dies ist nicht ein abgegriffenes Schlagwort von gestern, sondern ein nach wie vor aktuelles Gebot allgemeiner Gerechtigkeit.

Um endlose, politisch-ideologisch aufgeladene Debatten zu vermeiden, wäre unter einer sozialistischen Wirtschaftsordnung – ideologiefrei – eine Gesellschaft zu verstehen, die auf Kredit- und Zinswirtschaft sowie alle Möglichkeiten der Erzielung müheloser Einkünfte verzichtet. In einem solchen System ist die rasche Anpassung an veränderte wirtschaftliche Erfordernisse und an einen sich ändernden Bevölkerungsaufbau über entsprechende politische Zielsetzungen kein besonderes Problem mehr. Da das System nicht zwanghaft auf Wachstum und Kapitalakkumulation fixiert ist, kann es flexibel reagieren. Voraussetzung ist allerdings eine effektiv arbeitende gesellschaftliche Organisation, durch die Reibungsverluste, die infolge des ständigen strukturellen Wandels auftreten, so gering wie möglich gehalten werden.

Der Einzelbetrieb ist in die Gesamtwirtschaft eingebettet. Sein Erfolg hängt deshalb entscheidend davon ab, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kontinuierlich verläuft. Dies setzt Stabilität in allen ökonomischen Bereichen voraus. Dazu bedarf es Rah-

»Die administrativ-bürokratische Planung der Produktion hat ein Spiegelbild in der Diktatur der Bedürfnisse. Eine dynamische Wirtschaft, die den materiellen Reichtum vergrößert, die Erweiterung der Bedürfnisse erlaubt und die zur materiellen Reproduktion notwendige Arbeitszeit verkürzt, setzt die Wechselwirkung der Veränderung von Produktion und Bedürfnis voraus und damit die Selbststeuerung eines Reproduktionsprozesses, der nicht durch direkte Vorgaben an der Veränderung gehindert wird. Die mit der Reproduktion sich verändernden Bedingungen der Reproduktion schließen strenge Planungsvorgaben aus.

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990, S. 49.

menbedingungen, die bewußt geschaffen bzw. vorgegeben werden und langfristig gelten, damit sich der Einzelbetrieb verläßlich darauf ausrichten kann. Produktion, Kaufkraft, öffentliche Aufgaben und nicht zuletzt auch der Umweltschutz müssen so aufeinander abgestimmt sein, daß höchste Effektivität erreicht wird. Auch die Bevölkerungsentwicklung muß sich in diesen Rahmen einpassen. *Oberste Richtschnur ist das Gemeinwohl und das Gebot der sozialen Nützlichkeit.*

Die Möglichkeiten, einen effizienten und realistischen Volkswirtschaftsplan aufzustellen, waren noch nie so günstig wie in der Gegenwart. Mit Hilfe elektronischer Systeme können die benötigten Daten schnell erfaßt und so verarbeitet werden, daß sie für untergeordnete Planungsstellen und Einzelbetriebe eine verläßliche Orientierung darstellen, ohne daß das Planungssystem selbst notwendig unflexibel würde. Wer gegen Wirtschaftsplanung polemisiert und auf die nicht zu beschönigenden Erfahrungen des »Realsozialismus« von gestern verweist, muß sich fragen lassen, ob er das sich anbahnende ökonomische Chaos in der Welt von heute vorzieht.

Es ist unbestreitbar, daß die Wirtschaftsleistung des ehemaligen sozialistischen Lagers erheblich hinter der führenden westlichen Industriestaaten zurückgeblieben ist. Es wäre aber unaufrichtig und ungerecht, die aus den Zwängen des »Kalten Krieges« sich ergebenden Benachteiligungen der sozialistischen Staaten zu übersehen. Hier wären vor allem die gewaltigen Rüstungsaufwendungen zu nennen, die aus einem um ein Vielfaches geringeren Sozialprodukt bestritten werden mußten. Erschwerend kam der weithin fehlende Zugang zu den dem Westen offenstehenden Rohstoffquellen und zu den vom Westen besetzten Märkten hinzu. Der Westen war zur damaligen Zeit ökonomisch größer, reicher, stärker und effektiver. Der immense Unterschied im Lebensstandard zwischen den »reichen« hochindustrialisierten westlichen Ländern und dem sozialistischen östlichen Lager war der Urgrund für den schnellen Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems. Es war nicht so sehr sein sozialistischer Charakter, den es zu überwinden galt, sondern die vorgegaukelte Konsumwelt des Westens, die schnell für ein besseres Leben errungen werden sollte. Die sich aus dem »Kalten Krieg« ergebenden Zwänge sind nun entfallen, aber die als nachahmenswert bewunderte Ökonomie des Westens erweist sich aus systemimmanenten Gründen als nicht zukunftssträchtig und selbst als transformationsbedürftig.

Verläßliche und vorausschauende Planung ist unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Dies gilt für die Unternehmen wie die gesamte Volkswirtschaft. Es versteht sich von selbst, daß eine »Staatwirtschaft«, in der der Staat alles bis zum letzten Nagel reglementiert und den Einzelbetrieben vorschreibt, was sie zu tun haben, nicht das Ziel sein kann. Planung und Kontrolle können und sollten daher weitgehend autonomen, nur der Dienstaufsicht des Staates unterstellten Einrichtungen überlassen werden, die eng mit den Unternehmen zusammenarbeiten.

Im Grunde können die Einzelbetriebe im Sozialismus so weitergeführt werden wie bisher, nur daß die Eigentumsverhältnisse und die Art der Finanzierung sich ändern. An die Stelle des Privatei-

gentums an den Produktionsmitteln tritt gemeinwirtschaftliches Eigentum. *Es versteht sich dabei von selbst, daß volkswirtschaftlich gebotene Vorgaben beachtet werden müssen..*

Den Einzelbetrieben muß eine hohe Autonomie und Eigenverantwortlichkeit erhalten bleiben, da sie die sich vor Ort ergebenden Verhältnisse und Bedingungen besser beurteilen können als die Planungsstellen. Nur so kann auch die Eigeninitiative der Führungskräfte und Mitarbeiter als unerläßlicher Antriebsmotor am wirkungsvollsten in den Dienst der Sache gestellt werden.

Gemeinwohl bezweckt mit dem Wohle des eigenen Volkes und aller Völker zugleich das Wohl jedes einzelnen in Gegenwart und Zukunft. Staat und Wirtschaft dürfen nie Selbstzweck und noch weniger Selbstbedienungsladen einiger weniger sein. Dies gilt für jede Staats- und Wirtschaftsform, wenn sie von Dauer sein soll. Hierzu ist eine auf das Funktionieren der Gesamtwirtschaft und deren Stabilität ausgerichtete Planung unerläßlich. Die Effektivität von Planungsbehörden ist am größten, wenn sie möglichst geräuschlos arbeiten und nicht im politischen Interessenstreit (im Wahlkampf oder zur Selbstdarstellung) mißbraucht werden. Kritik an ihrer Arbeit ist unerläßlich, darf aber niemals Selbstzweck sein.

Eine sozialistisch ausgerichtete Wirtschaft ist nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit spontan einsetzendem Wohlstand und betrieblicher Effektivität. Diese Ziele können nur mit Hilfe harter Arbeit, richtiger Globalsteuerung und angemessenen politischen Zielvorgaben errungen werden. Sozialismus ist Abkehr von der Zins- und Kreditwirtschaft. Für die Firmen bedeutet dies, daß die Investitionen über die Preise, über Steuern und im Umlageverfahren der Betriebe finanziert werden. Innerbetrieblich richtet sich die Führung und der Ablauf der betrieblichen Vorgänge nach den gleichen Regeln und Kriterien, wie sie auch im kapitalistischen System gelten und praktiziert werden. Ziel ist hier allerdings nicht privater Gewinn um jeden Preis, sondern ein am Gemeinwohl orientierter höchstmöglicher Gewinn unter optimaler Ausnutzung natürlicher Ressourcen sowie sachlicher und personeller Mittel. Strikte Rationalität ist selbstverständliches Gebot.

Die Preisbildung sollte wie auch in der marktwirtschaftlichen Ordnung in aller Regel auf der Grundlage der Selbstkosten erfolgen. Das macht Subventionen weitgehend überflüssig. Dies zwingt die Betriebe zur Gewinn- und Verlustrechnung, läßt sie die Ursachen für Verluste schnell erkennen, macht die Leistungsfähigkeit der Betriebe durchsichtiger und erleichtert Vergleiche. Ob und inwieweit Privatbetriebe erlaubt sein können, inwieweit Verpachtung eine Alternative sein kann, richtet sich ausschließlich danach, daß neben angemessener Entlohnung der betrieblichen Leitungsarbeit keine mühelosen Einkünfte erzielt werden dürfen, die dann wieder als Quelle neuer kapitalistischer Betätigung dienen können – und nach bisheriger Erfahrung auch würden.

Antriebsmotor des kapitalistischen Systems ist der individuelle Eigennutz. Das Streben nach Nutzen und Vorteilen ist dem Menschen angeboren wie der Sinn für Gerechtigkeit, jedenfalls soweit es um das eigene Ich geht. Soll das Gemeinwohl nicht gefährdet werden, kommt es darauf an, dieses Streben nach Eigennutz so mit

»Ausgangspunkt einer modernen Sozialismuskonzeption für die kapitalistischen Metropolen ist also die erreichte sozialstaatliche Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung und Konkurrenz. Mit der entschiedenen Ausweitung der Rechte der Lohnabhängigen in Richtung auf eine demokratische Unternehmensverfassung und den Ausbau der schon praktizierten gesellschaftlichen Steuerung eröffnet sich eine Struktur des Gemeinwesens, in dem wirtschaftlicher Wettbewerb über Märkte und gesellschaftliche Rahmenplanung vereinbar sind.«

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990, S. 55.

den gesellschaftlichen Interessen zu verbinden, daß Eigennutz und Gemeinwohl miteinander korrespondieren. Leistungswille und Leistungsbereitschaft sind auch die Triebfeder im dargestellten sozialistischen System. Leistung und Entgelt müssen daher einander entsprechen. Wer mehr leistet, hat Anspruch auf bessere Bezahlung. Leistung darf weder zum Fetisch erhoben werden noch eine humane Gestaltung des Arbeitsprozesses in Frage stellen, noch darf sie verteufelt werden.

Lohngerechtigkeit führt zu einer auf Leistung aufbauenden Einkommensschichtung. Auch wenn die Struktur der Gesellschaft hiervon nicht unberührt bleibt, wird dies allgemein akzeptiert, solange die Einkommensunterschiede nicht zu neuen Herrschaftsverhältnissen führen. Daher kommt der Bemessung der Arbeitseinkommen am individuell erbrachten gesellschaftlichen Nutzen größte Bedeutung in einer sozialistisch ausgerichteten Gesellschaft zu. Unangemessen hohe Gehälter sind genauso abzulehnen wie die ›Ausbeutung‹ der Tüchtigen und Fleißigen durch die weniger Leistungswilligen oder zur Sicherung von Partei- und Funktionärsprüfständen. Für eine soziale Hängematte ist kein Platz. Daß Menschen mit Behinderungen besonderer Unterstützung und beruflicher Förderung bedürfen, versteht sich von selbst und steht dazu nicht im Widerspruch.

Auf der Ebene der Volkswirtschaft geht es darum, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten den höchst erreichbaren Wohlstand zu erreichen. Dazu dient letztlich auch der internationale Austausch von Handelsgütern. Dieser darf aber weder zu Lasten der eigenen Volkswirtschaft noch zu Lasten anderer Staaten gehen.

Für jede stabile Volkswirtschaft ist eine ausgeglichene Handelsbilanz deshalb oberstes Gebot. Wenn dennoch unter Berufung auf den freien Welthandel in den kapitalistischen Ländern – entgegen jeder Vernunft – bis zum Übermaß gegen dieses Gebot verstoßen wird, hat dies natürlich ökonomische Beweggründe. Antrieb für die die Stabilität der eigenen Volkswirtschaft außer acht lassenden Außenhandelsgeschäfte sind die in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen. Sie ermöglichen einen von Land zu Land unterschiedlichen Herstellungspreis. Dadurch, daß im internationalen Handel Preisdifferenzen als Gewinne realisiert werden können, ist der Export oder der Import von Waren auch dann attraktiv, wenn ein ausreichend großer Binnenmarkt besteht.

In der Volkswirtschaftslehre wird das ›Kostengefälle‹ zwischen einzelnen Ländern als »Theorie der komparativen Kosten und Vorteile« behandelt. Demnach ist es auch für ein Land, das einem anderen in nahezu allen Produktionszweigen absolut unterlegen ist, wirtschaftlich vorteilhaft, Außenhandel zu betreiben, weil es für das überlegene Land wirtschaftlich zweckmäßig ist, nur diejenigen Güter zu erzeugen, bei denen es die größte Überlegenheit besitzt. Dieses ›Prinzip‹ liegt der modernen internationalen Arbeitsteilung zugrunde. Da aber die entwickelten Industrienationen vorwiegend als Lieferanten von Gütern mit hohem technischen »know how« auftreten, fungieren die ärmeren Länder im Welthandel gewissermaßen als verlängerte Werkbank und Rohstofflieferanten. Dies ist

für sie jedoch nur so lange hinnehmbar, wie ihre Handelsbilanz insgesamt ausgeglichen ist.

So gesehen, bestehen z.B. keine außenhandelspolitischen Bedenken, wenn die Produktion von Waren mit hohem Arbeitsanteil, wie etwa in der Textilindustrie, ins Ausland verlagert wird, solange dies die Vollbeschäftigung im eigenen Land nicht beeinträchtigt und vom Exportland im gleichen Wertumfang Importe getätigt werden. Vollzieht sich der Waren- und Leistungsaustausch auf solcher Basis von Gegenseitigkeit, gedeihen die internationalen Handelsbeziehungen zu allseitigem Nutzen. Um die Ausgewogenheit zwischen Exporten und Importen zu sichern, bedarf es aber nationaler Kontrolle und Steuerung. Wird der Außenhandel dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, treten regelmäßig verhängnisvolle Entwicklungen ein. Die Importländer sehen, soweit es um einströmende Billigware geht, den eigenen Binnenmarkt gefährdet und versuchen, dies im Rahmen des Möglichen durch Protektionismus und Exportsubventionen zum Schutz der eigenen Industrie auszugleichen. Um ihren eigenen Exportanteil zu halten oder zu erhöhen, versuchen die Exportländer ihre Wettbewerbsposition vor allem zu Lasten der eigenen Arbeitnehmer zu verbessern.

Wenn gegenwärtig von wirtschaftlichem Strukturwandel die Rede ist, wird als Begründung in der Regel die sich abzeichnende weltwirtschaftliche Globalisierung ins Feld geführt. Abseits des rhetorischen Verwirrspiels verbirgt sich dahinter nichts anderes, als daß die weltweit operierenden Unternehmen versuchen, die unterschiedlichen Arbeits- und Herstellungskosten einzelner Länder im Rahmen des Möglichen zu ihren Gunsten auszunutzen. Diese Strategie geht aber letztendlich auch immer zu Lasten der leistungsstärkeren Volkswirtschaften, die – ohnehin unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit stehend – durch Abwanderung von Industriebetrieben und Kapital sowie Beschäftigung von Billigarbeitern zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden. Geht als zwangsläufige Folge die Nachfrage in den entwickelten Volkswirtschaften zurück, hat dies entsprechende Rückwirkung auf die weniger entwickelten Länder, die zwar vorübergehend von der Globalisierung profitiert haben, bis auch der Absatz der von ihnen billiger produzierten Güter wie auch die Beschäftigung ihrer billigeren Arbeitskräfte stockt und die Auslandsschulden nicht mehr bedient werden können. Auf längere Sicht sind alle Volkswirtschaften negativ betroffen.

Antriebsmittel des freien Welthandels, so wie er gegenwärtig interpretiert wird, ist der freie grenzüberschreitende Kapitalverkehr. Er nimmt keine Rücksicht auf die Ausgewogenheit von Export- und Importbilanz. Maßstab sind allein vermeintliche Gewinnaussichten einzelner Unternehmen.

Handelsbilanzüberschüsse und -defizite zeigen an, daß Ex- und Importe wertmäßig auseinanderlaufen. Exportüberschüsse haben zur Folge, daß die Warenlieferungen nicht durch Exporteinnahmen der Partnerländer gedeckt sind. Möglich werden sie nur, wenn die die Importe übersteigenden Ausfuhren auf Kredit geliefert werden. *Wer Exportüberschüsse erzielt, gewährt Kredite. Wer Handelsdefizite ausweist, lebt von Krediten.*

»Im Unterschied zum nationalstaatlichen und parteipolitischen Neoliberalismus/ Neokonservatismus der 70er Jahre erfährt in der kapitalistischen Globalisierung der 80er und 90er Jahre der Angriff auf den Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine wesentlich machtvollere Rechtfertigung als allein durch die neokonservative Ideologie...: der Neoliberalismus erscheint als alternativer ›Sachzwang‹, dessen Durchsetzung über die Gewalt der Konkurrenz- und Zwangsverhältnisse des Weltmarktes abgesichert wird... Kapitalistische Globalisierung bezeichnet also einen Prozeß, mit dem die neoliberale Reform mit den weltwirtschaftlichen ›constraints‹ rückgekoppelt wird, um sich nachhaltig und unabhängig von Regierungsmehrheiten durchzusetzen.« Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster 1997, S. 20.

Je mehr die Handelsdefizite steigen, desto höher werden Zins- und Tilgungsraten. Die auf Kredit gelieferten Waren sind längst verbraucht, die Kreditkosten aber müssen immer weiter abbezahlt werden. Ohne Schaden für die eigene Volkswirtschaft könnten die Schulden nur durch ein die Kreditkosten ausgleichendes oder übersteigendes Wirtschaftswachstum aufgefangen oder abgebaut werden. Je höher der Schuldenberg, desto schwieriger ist diese Aufgabe zu lösen. Reicht das Wirtschaftswachstum zur Bedienung der aufgelaufenen Schulden nicht mehr aus, muß aus der Substanz getilgt werden, d.h. der Verfall von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist nicht mehr aufzuhalten. Wohin dies führt, hat nicht zuletzt die seit 1997/98 andauernde schwere Wirtschaftskrise in Asien gezeigt, die inzwischen auch Rußland und Lateinamerika erreicht hat.

Die rasch zunehmende Verarmung in weiten Teilen der unterentwickelten Welt hat ihren Ausgangspunkt in einer falschen, den betroffenen Ländern aufgenötigten Handels- und Wirtschaftspolitik. Die aus den ihnen gewährten Krediten erwachsenden Zins- und Tilgungslasten haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie vielfach durch Exporterlöse nicht mehr bedient werden können und deshalb rapide weiter anwachsen. Aber auch für die Menschen in Ländern mit Handelsüberschüssen – die Kreditgeber – entstehen unübersehbare Nachteile. Die ins Ausland vergebenen Kredite stehen als Investitionen im Inland nicht mehr zur Verfügung. Geraten diese Darlehn dann noch unter Refinanzierungsdruck, gehen die Banken schließlich dazu über, die entstandenen Einbußen über den Zins auf die inländischen Kreditnehmer überzuwälzen, wodurch sich der Realzins erhöht.

Gemessen an ihren Absichtserklärungen schicken sich die Staaten Europas an, einen hoch integrierten gemeinsamen Wirtschaftsraum zu bilden. Noch liegen die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen der einzelnen Länder zum Teil weit auseinander. Solange dieser Zustand besteht, ist ein tatsächlich einheitlicher Markt mit einem von jeder Regulierung befreiten grenzüberschreitenden Warenverkehr, freier Wahl des Arbeitsplatzes und beliebiger Verlagerung von Produktionsstätten nicht möglich.

Der EU-Agrarmarkt mit seinen Regulierungen läßt ahnen, was geschehen würde, wenn diese Reglementierungen beseitigt würden. Genauso verhängnisvoll wäre ein völlig freier Markt auch für alle anderen Bereiche. Billigwaren und Billigarbeitskräfte der weniger entwickelten Länder würden die wirtschaftlich stärkeren Länder überziehen und deren Volkswirtschaften ruinieren. Dies kann niemand wollen. Deshalb könnte als Beginn eines weitgehend freien (Binnen)Marktes nur ein Zusammenschluß solcher europäischen Länder versucht werden, bei denen schon jetzt in hohem Maße angenäherte Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen bestehen. Es müßte dann Aufgabe dieser stärkeren Länder sein, die schwächeren auf dem Weg zur Angleichung so zu unterstützen, daß dieses Ziel längerfristig für alle erreicht wird.

Wie beim derzeitigen Zustand eine einheitliche Währung auf dem Wege zur Integration weiterhelfen soll, ist unerfindlich. Zwar wird es nunmehr nach Einführung der Währungsunion keine Mög-

»Ein Erfolg des Euro würde einen Teil der Weltwährungsreserven aus dem Dollar abziehen und eine Aufwertung des Euro bewirken. Das könnte mittelfristig zwar die Handelsposition der USA verbessern und die der EU verschlechtern, und eben dadurch in Richtung auf ein Handelsgleichgewicht wirken. Kurzfristig würde sich jedoch eine sehr instabile Wechselkursituation zwischen den drei führenden Weltwährungen oder möglicherweise sogar ein Währungsduopol von Dollar und Euro ergeben. Eine solche Situation enthält Chancen für eine auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Stabilität, kann aber auch zu konkurrenzieller Instabilität führen. Auf jeden Fall besteht die Gefahr von schnellen Wechselkurschwankungen mit exzessiven Ausschlägen nach oben und unten, also ein ideales Betätigungsfeld für die Währungsspekulation.«
Jörg Huffschmied/Geert Reuten/Robert Went:
Euroland. Herrschaft des Finanzkapitals – Chancen für eine neue Ökonomie, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/99, S. 6.

lichkeit mehr geben, unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsländern durch Wechselkursänderungen der nationalen Währungen auszugleichen. Daraus erwächst aber keine gemeinsame Lohn- und Preisstabilität. Die weiterhin bestehenden unterschiedlichen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialbedingungen müßten naturgemäß im Laufe der Zeit bei einheitlicher Währung anstelle von Wechselkursänderungen zwangsläufig zu entsprechenden direkten Veränderungen im Lohn- und Preisgefüge der Mitgliedsländer führen. Dies aber ist ein mühsamer und schwieriger Weg. Gelingt es nicht, auf diese oder jene Weise die Ungleichgewichte im Zahlungs- und Handelsverkehr auszugleichen, sind zunehmende handelspolitische Spannungen zwischen den Mitgliedsländern unvermeidlich.

Geht, wie allgemein zu erwarten, das Wirtschaftswachstum weiter zurück, wird dies aus systemeigenen Gründen genau wie bei den bisher unterschiedlichen Währungen in ganz Europa zu mehr Arbeitslosigkeit und Lohnabbau und im Falle der Gegensteuerung durch Lohnanhebungen zu mehr Inflation führen. Ein einheitliches Europa kann und wird nicht funktionieren, wenn und solange nicht übergeordnete Institutionen für eine einheitliche Ausrichtung wie gegenseitige Anpassung der beteiligten Volkswirtschaften und eine Befolgung zentraler volkswirtschaftlich wichtiger Vorgaben sorgen.

Die Europäische Union von heute ist ein vom freien Handel im freien Spiel der Marktkräfte ausgehendes kapitalistisch orientiertes Gebilde. Wenn im Rahmen einer unerläßlichen allgemeinen wirtschaftlichen Neuordnung die Kredit- und Zinswirtschaft überwunden wird, hat die *heutige* Union ihre Basis verloren. Sie sollte dann zunächst auf die Funktionen beschränkt werden, die als Vorstufe eines vereinten sozialistischen Europas unerläßlich sind.

Trotz des Aufwands, mit dem sich gegenwärtig die EU-Kommission mit ihrem gewaltig aufgeblähten Apparat um Regulierungsmaßnahmen bemüht, ist der in ganz Europa spürbare wirtschaftliche und soziale Niedergang nicht verhindert oder aufgehalten worden. Die Schwächen des kapitalistischen Systems lassen sich eben auch auf überstaatlicher Ebene nicht lösen, solange das System nicht geändert wird.

MARTIN HOLTZHAUER

Risiko Gentechnik!?

Martin Holtzhauer – Dr. rer. nat. habil., von 1973 bis 1996 am Zentralinstitut für Molekularbiologie bzw. Zentralinstitut für Herz-Kreislauf-forschung der Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin/Universität Potsdam tätig, arbeitet zur Zeit bei BioGenes GmbH Berlin e-mail: holtzhauer@biogenes.de

Gentechnik – Komplex molekularbiologischer, chemischer, physikalischer Methoden zur gezielten Veränderung innerhalb eines Gens mit der Folge der Veränderung des Genprodukts (Struktur, Funktion, Kombination, verschiedenen Eigenschaften *Fusionsgene*) oder der Einfügung von Genen anderer Spezies in einen Wirtsorganismus oder der Veränderung der Umsetzungsprozesse (z.B. verstärkte oder verminderte Umsetzung in Genprodukte, Ausschaltung von Genprodukten).

Die Gentechnik ist seit Jahren ein Gebiet der Biowissenschaften, das mit großem materiellen und personellen Aufwand international beforscht und wegen seiner Möglichkeiten und Wirkungen heftig diskutiert wird. Beobachtet man die Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Gentechnik, stellt man fest, daß die Argumente über die Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren seit geraumer Zeit sich nur noch wenig ändern, daß die Positionen festzustehen scheinen. Die Meinungen reichen dabei von totaler Ablehnung – »*Genetic engineering has the potential to become the most highly refined grossest form of bestiality yet discovered.*« (Gentechnik besitzt das Potential, zur perfektsten, maßlosesten Form der Barbarei zu werden, die bisher entwickelt wurde; The Green Dictionary) – über eingeschränkte Zustimmung bis zur euphorischen Lobpreisung – »*Applied to gene technology in medicine and agriculture, the comparative risk analysis – risk of using transgenic organisms vs. risk of liberately not introducing gene technology – is so much in favour of employing transgenic systems that it would be inhuman to refrain from using gene technology.*« (Bei Anwendung einer vergleichenden Risikoanalyse – Risiko der Nutzung der Gentechnik gegenüber dem Risiko, die Gentechnik nicht einzusetzen – spricht so viel für die Nutzung transgener Systeme, daß es inhuman wäre, eine Anwendung der Gentechnik zu unterlassen; Hans Mohr).

Eine Grundvoraussetzung einer Diskussion ist, daß die Diskutanten sich auf eine gemeinsame Terminologie verständigen, damit der Meinungsstreit nicht aufgrund verschieden verwendeter Begriffsinhalte von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Deshalb sind in den Marginalien einige Begriffsdefinitionen angeführt, die in den Biowissenschaften gebräuchlich sind.

Wenn über ein Mittel der menschlichen Erkenntnis oder ein Produktionsmittel gesprochen wird, sollte es als selbstverständlich gelten, daß die Gesprächsteilnehmer über die wesentlichen Inhalte dieses Mittels informiert sind. Leider sind aus vielen Gründen grundlegende Kenntnisse der Gentechnik nicht Allgemeingut – weder bei einem Großteil der Bevölkerung noch speziell bei den sogenannten Intellektuellen. Das ist nicht zuletzt der Fall, weil die Gentechnik sich erst seit relativ wenigen Jahren entwickelt hat, so daß ihre Grundlagen noch nicht oder nur unzureichend in das allgemeine Bildungssystem Aufnahme gefunden haben und weil die Nutzer sich eines Fachjargons bedienen, der für Außenstehen-

de den Eindruck einer Geheimsprache erweckt. Und Geheimnisumwittertes, Unverständliches erzeugt Ablehnung. Welche Blüten daraus erwachsen, kann man in der öffentlichen Publizistik verfolgen¹, oder bei Umfragen beobachten (so waren etwa 50 Prozent der durch die Zeitschrift »Nature« befragten deutschen Gymnasiasten der Meinung, daß »natürliche« Tomaten im Gegensatz zu »Gen-Tomaten« keine Gene enthielten...). Aber auch der Glaube (oder die Ignoranz), man könne über moderne Naturwissenschaft genau so oberflächlich parlieren wie über einen Kinofilm, ist ein Grund für mangelndes Verständnis der Gentechnik, ebenso wie eine Ur-Aversion, auch bei sogenannten Intellektuellen, gegenüber Naturwissenschaft und -wissenschaftler (man denke nur an die häufige Darstellung und Bezeichnung von *Natur* Wissenschaftlern als »Eierköpfe«), die nicht zuletzt von Massenmedien geschürt wird.

Doch gehen wir zunächst der Frage nach, ob und welche Vorteile die Gentechnik der menschlichen Gesellschaft bieten kann, auf welchen Feldern von Forschung und Produktion sie eingesetzt wird.

Da ist einmal die biowissenschaftliche Grundlagenforschung. Die Neugierde auf Erkennen der Lebenszusammenhänge, darauf, »was die Welt im innersten zusammenhält«, erfordert neue Methoden in der Forschung. Wie funktionieren Organismen oder »nur« Zellen? Warum sind Proteine und andere bioorganische Makromoleküle so optimal in ihrem Zusammenwirken? Was unterscheidet Protein X der Spezies A vom in vielerlei Hinsicht ähnlichen Protein Y in der Spezies B? Warum ist der Mensch kein Affe und umgekehrt? Auf diese Fragen können mit der Gentechnik Antworten gefunden werden, indem man z.B. Proteine, die wegen des Umstandes, daß sie in der Natur nur in geringsten Mengen vorkommen oder aus ethischen Gründen nicht zugänglich sind, gentechnisch in solchem Maße erzeugt, so daß sie mit dem Instrumentarium der Biochemie, Biophysik oder Zellbiologie untersuchbar werden. Oder: Wie ist ein Genprodukt aufgebaut, wie funktioniert es, läßt es sich in bestimmter Weise für bestimmte Anwendungen außerhalb der Zellen optimieren?

Oder: Was läuft in einem erkrankten Organismus anders ab als im gesunden, was im alten im Vergleich zum jungen? Zur Lösung dieser Fragen lassen sich die fertigen Genprodukte nur sehr schwer definiert verändern, einfacher, wenn auch nicht einfach, ist es auf der Ebene des Genoms, zu dessen Bearbeitung (ich hüte mich, das Reizwort »Manipulation« zu verwenden, obwohl es besser geeignet wäre) die Gentechnik ein hervorragendes Methodenarsenal bereit hält. Und viele Hilfsmittel für diese Forschungen werden mit gentechnisch veränderten, sogenannten überexprimierenden Mikroorganismen hergestellt.

Ein weiteres wichtiges Feld, in dem sich Forschung und kommerzielle Nutzung überschneiden, ist die medizinische Diagnostik. Der Nachweis viraler Infektionen oder genetisch bedingter Anomalien lassen sich in ihren Frühphasen oft nur mit molekularbiologischen (gentechnischen) Methoden nachweisen. Zahlreiche Diagnostika sich nur mittels gentechnischer Verfahren mit vertretbarem Aufwand herzustellen. Dann sind weiter technologische Ansätze zu besseren Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sehen.

DNA – Substanz der Erbinformation; Makromolekül, das Informationen über Proteine, über die Regulation der Umsetzung dieser Informationen in Genprodukte, über das Zellgeschehen (Alterung, Reifung von Zellen, Entartung des normalen Stoffwechsels u.a.m.), über die strukturelle Organisation des DNA-Makromoleküls während bestimmter Lebensstadien der Zelle sowie über Fremdinformationen (Viren etc.) enthält. Die DNA ist in Zellen im Zellkern bzw. Zellkernäquivalent, in den Mitochondrien und in spezieller Form im Zellplasma enthalten.

Gen – DNA-Abschnitt, der für ein bestimmtes Protein (Genprodukt) kodiert und neben den Codes für dieses Genprodukt regulatorische Abschnitte für die Steuerung zellulärer Prozesse enthält. Eine Zelle eines höheren Organismus (Pflanze oder Tier) enthält mehrere 10 000 bis 100 000 Gene, die aber während eines bestimmten Lebensprozesses nur zu einem geringen Teil aktiv sind. Die im Gen enthaltene Information kann innerhalb eines DNA-Abschnitts linear fortlaufend oder durch nichtcodierende Sequenzen unterbrochen sein. Durch die spezielle Struktur der DNA können in einem DNA-Abschnitt verschiedene Gene überlappend zu finden sein.

Protein (Eiweiß) – Makromolekül, das von Zellen synthetisiert oder aufgenommen oder abgegeben wird und das für zelluläre und/oder suprazelluläre Strukturen, Stoffwechselvorgänge oder Informationsübertragungen verantwortlich ist. Ein Protein kann mehrere dieser Funktionen gleichzeitig ausführen.

Genom – gesamte Erbinformation eines Organismus, nach heutiger Erkenntnis in der zellulären DNA manifestiert.

Zellkultur – biochemisch-technische Methodik, isolierte Zellen oder Zellverbände unter künstlichen Bedingungen am Leben zu erhalten, gegebenenfalls zu vermehren und so bestimmte Zellprodukte zu gewinnen.

Transgene Lebewesen – Lebewesen (Pflanze, Tier, Mikroorganismus), dem mit molekularbiologischen Methoden ein oder wenige Fremd-Gene gezielt in das Genom eingebaut oder bei dem bestimmte Gene definiert ausgeschaltet oder entfernt wurden.

Differenzierung – hier verstanden als (natürliche) Veränderung der Genaktivität einer Zelle mit dem Ziel, speziellere Funktionen in einem Zellverband (Organismus) ausführen zu können. Dabei können in einer differenzierten im Vergleich zur un- oder weniger differenzierten Zelle Gene eliminiert oder zu neuen Genen rekombiniert werden. Das Genom einer differenzierten Zelle ist also nicht zwangsläufig identisch mit dem einer un- oder weniger differenzierten Zelle des gleichen Individuums.

Nehmen wir das Beispiel Insulin, eines von zahlreichen heute schon realisierten gentechnisch hergestellten Medikamenten. Dieses Protein-Hormon wird zur Therapie von Millionen an Diabetes mellitus leidenden Menschen in großen Mengen benötigt. Früher wurde es aus Schlachttieren gewonnen und direkt oder nach chemischer Modifizierung verwendet. Doch obwohl tierisches Insulin auch im Menschen die gleiche Funktion erfüllt wie menschliches, ist seine Anwendung bei der nötigen Dauerbehandlung nicht unproblematisch, da kleine, aber wesentliche Unterschiede bestehen. Es ist nun möglich, das menschliche Insulin-Gen in das Genom von Mikroorganismen oder kultivierbaren Säugetier-Zellen einzuschleusen und diese zur Produktion von menschlichem Insulin anzuregen, das dann in ausreichender Menge ohne Langzeitfolgen verwendbar ist.

Im Experiment konnte auch gezeigt werden, daß tierische (menschliche) Proteine in transgenen Pflanzen produziert werden können. Diese Pflanzen, die sich von den Ausgangspflanzen um ein einziges zusätzliches Gen unterscheiden, lassen sich relativ leicht in großen Mengen produzieren – eine neue Gruppe von Arzneipflanzen.

Gentechnisch veränderte Zellen (Mikroorganismen oder Zellen höherer Lebewesen) eignen sich auch für die Produktion von Stoffen mit neuartigen Eigenschaften oder von Stoffen, die in der Natur nicht in ausreichender Menge erhältlich sind. Genprodukte, die normalerweise nur in Frühphasen der Zell- oder Individualentwicklung auftreten, lassen sich durch Einschleusen des interessierenden Gens in eine differenzierte, kultivierbare Zelle in den für andere Zwecke nötigen Mengen im Labor oder Technikum erzeugen.

Durch die gezielte Veränderung der Zellen lassen sich technologische Prozesse einfacher und/oder ökonomischer gestalten. Zum Beispiel wird durch Veränderung im Genom von Kartoffeln anders strukturierte Stärke produziert als in den herkömmlichen Sorten. Diese Stärke, ein bedeutender nachwachsender industrieller Rohstoff, erfordert in ihrer modifizierten Form wesentlich weniger Energie bei der Weiterverarbeitung als bisher aus Zuchtsorten gewonnene.

Gentechnische Verfahren können auch dazu beitragen, mit ihren Produkten den Energieverbrauch zu senken. Man denke nur an die Waschmittelenzyme, die es ermöglichen, bei niedrigeren Temperaturen und mit weniger ›Chemie‹ zu waschen, an Enzyme aus gentechnisch optimierten Mikroorganismen bei der Lebensmittelherstellung oder die schon erwähnte Gen-Tomate, die mit wesentlich geringerem Transport- und Kühlaufwand zum Verkauf kommen kann.

Es sei angemerkt, daß auch die ›klassische‹ Genetik und Züchtung das Genom ihres Objekts gravierend durch Kreuzung und Selektion des Erbmaterials verändert, sonst gäbe es keine neuen Sorten und wir müßten uns noch heute von den Samen der Wildgräser, Wildfrüchte und von Wildtieren ernähren (es wäre ein Qualitätsverlust, wenn es statt Tafelobst nur noch die ursprünglichen Holzapfel und -birnen gäbe, und Eier gäbe es nur im Frühjahr, wenn die Vögel zur Fortpflanzung der Art Eier legen). Allerdings wird bei der Züchtung die Genomveränderung dem Zufall über-

lassen – und über die »Bekömmlichkeit« der Züchtungsprodukte für Mensch und Umwelt wird erst im Großversuch, wenn die neuen Früchte auf dem Marktstand angeboten werden, entschieden.

Bei der Erzeugung von mittels Laborverfahren genetisch veränderten (transgenen oder mutierten) Lebewesen (Individuen), gleichgültig ob Pflanzen oder Tiere, sind allerdings noch große prinzipielle Schwierigkeiten zu überwinden und auch viele grundlegende Fragen offen, die erforscht und in der wissenden Öffentlichkeit diskutiert werden müssen. Schwierigkeiten bestehen u.a. darin, daß das Einfügen von fremden Genen nicht zwangsläufig zur Produktion der erwünschten Genprodukte führen muß, daß nicht vorher abgeschätzt werden kann, wie das transgene Lebewesen auf die Veränderung in seinem Genom reagiert, da Leben immer das Wechselspiel vielfältigster Einflüsse und Faktoren ist, daß häufig das transgene Lebewesen sich gegen die Manipulation »wehrt«, indem es das Fremdgen wieder eliminiert, u.a.m. Das ist auch aus der klassischen Biologie bekannt: Pflanzenhybride sind oft steril, ein Obstbaum ist nicht nur aus den Früchten vermehrbar. Und das ist auch ein Grund, weshalb transgene Tiere, die einen bestimmten Wirkstoff produzieren, geklont und nicht natürlich vermehrt werden.

Ohne Experiment läßt sich auch nicht klären, ob und wie das Fremdgen innerhalb einer Spezies oder zwischen verschiedenen Spezies weitergegeben wird und ob es dann am neuen Ort unbekannte Effekte auslöst. Solches Weiterreichen von veränderten genetischen Informationen ist jedoch eines der Grundprinzipien des Lebens, denn sonst wäre eine Veränderung und Anpassung von Arten nicht möglich: Jedes Kind unterscheidet sich im Genom von seinen Eltern.

An dieser Stelle kann kurz auf die Genanalyse eingegangen werden. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms (im öffentlichen Sektor durch das multinationale »Human Genome Project« vorangetrieben) ist eines der ehrgeizigsten Ziele internationaler Forschungskooperation auf molekularbiologischem Sektor, bei dem universitäre und außeruniversitäre Forschergruppen zusammenarbeiten, teilweise in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Teams. Einerseits erhofft man sich von diesen Arbeiten Erkenntnisse darüber, wie das biologische System Mensch organisiert ist und wie es funktioniert, andererseits, mit erheblichen ökonomischen Interessen verbunden, erhofft man sich von der Entschlüsselung des menschlichen Genoms neue Ansätze für Diagnostik, Prävention und Therapie von Krankheiten sowie für die Entwicklung neuer Medikamente.

Die Leichtigkeit, mit der schon heute Genomanalysen durchgeführt werden können, birgt vor allem die Gefahr, massiv in die Persönlichkeitssphäre von Menschen einzugreifen. So sind (mögliche) Forderungen von Versicherungen oder Personalbüros nach molekularen Gesundheitszeugnissen heute technisch machbar, aber prinzipiell aus ethischen und persönlichkeitsrechtlichen Gründen abzulehnen. Dagen ist aber der Nachweis von Gendefekten in Embryonen oder nachgeburtlich unter Abwägung ethischer und medizinischer Erfordernisse von Fall zu Fall gerechtfertigt und begrüßenswert: Während einerseits bei manchen Krankheitsbildern

Individuum – hier verstanden als Lebewesen mit einem nur für dieses selbst charakteristischen Genom.

Klon – Gruppe (Population) von Lebewesen mit *identischem* Genom.

Spezies – hier verstanden als Gruppe von Lebewesen mit *im wesentlichen übereinstimmenden* Genom

eine genetische Diagnose frühzeitig zu einer Therapie mit Heilung oder langanhaltenden Verbesserung der Lebensqualität führt und damit die Gendiagnostik rechtfertigt, stellt sich andererseits die Frage, ob es human ist, einem Menschen mitzuteilen, daß er in einigen Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit an einer schweren Krankheit leiden oder sterben wird. Doch diese Probleme sind nicht Probleme der *Gentechnik*, sondern ihrer *Anwendung* in einer menschlichen Gesellschaft. Auch hier gilt es, einen Konsens darüber herzustellen, daß nicht alles, was machbar ist, auch gemacht wird.

Mancher wird sicher sagen, daß sind die sattem bekannten Lobeshymnen und deren taktische Abschwächungen auf die Gentechnik, mit denen die Gefahren kaschiert werden sollen. Es ist völlig richtig: über die atemberaubenden Möglichkeiten darf man die Risiken nicht zu klein achten. Es gibt mehrere Gruppen von Risiken in der Gentechnik. Doch vor der Erörterung dieser Risiken eine fast banale, aber wichtige Feststellung: Die *Gentechnik selbst* als Methodenarsenal stellt kein Risiko dar, ihre *Anwendung durch den Menschen* kann gefährlich sein!

Daß vor allem Mikroorganismen (Bakterien, Pilze, Viren) mit weitreichenden negativen Folgen für Mensch und Umwelt im Verlaufe von gentechnischen Experimenten entstehen, ist eine der großen Gefahren, die seit Beginn gentechnischer Arbeiten auch in Fachkreisen intensiv diskutiert werden. Unbedachtes Arbeiten, die Auswahl falscher Objekte, die Vernachlässigung notwendiger Sicherheitsstandards kann solche Mikroorganismen erzeugen und/oder freisetzen. Das Risiko wird dadurch erhöht, daß infolge einer kurzsichtigen Forschungspolitik (Erfolgszwang in immer kürzeren Zeitabständen, praktische Abschaffung des Lebensberufs ›Wissenschaftler‹ für die Mehrheit der forschend Tätigen, Zurückziehen des Staates aus der Forschungsförderung) Personen mit ungenügender Qualifizierung und/oder unter Zeitdruck unausgereifte Experimente vornehmen. Aber auch hochqualifizierte, hochmotivierte Wissenschaftler können gefährliche Mikroorganismen erzeugen: bewußt, gezielt – bei der Entwicklung biologischer Waffensysteme. Diese letztere Gefahr scheint mir immer in Diskussionen über die Gentechnik als zu gering bewertet – arbeiten doch Gentechniker in vielen Ländern, ›demokratischen‹ wie ›totalitären‹, staatlich oder halbstaatlich gefördert an solchen Projekten. Gegenüber dieser Gefahr ist das Klonen, d.h. die identische Vervielfältigung einzelner Menschen, eher eine Arabeske der Forschung, vielleicht auch nur ein Witz: Man stelle sich den geklonten Bundestag vor: die CSU-Fraktion besteht nur noch aus Stoibers, die der CDU aus Schäubles, die der FDP aus Gerhards, die der Grünen aus Fischers und die der SPD aus Schröders – die konkurrierenden Eitelkeiten würden in kürzester Zeit zu energischst kontrolliertem Klon-Verbot führen... Doch im Ernst: Die Klonierung von Mensch und Tier ist aus praktischen Gründen (es muß ja der Embryo in einer echten Mutter heranwachsen und braucht dann noch bekanntermaßen viele Jahre bis zur Reife – und der geklonte Mensch ist dann nur noch eine *genetische, aber nicht in allen Persönlichkeitsmerkmalen identische* Kopie) zahlenmäßig limitiert. Eine ganz andere Frage ist beim Klonieren höherer Lebewesen, aber nicht nur hierbei, ob das,

was machbar ist, auch gemacht werden muß und ob nicht eine ethische Sperre errichtet werden muß. Hier wären eigentlich diejenigen, die sich sonst so gerne auf die Werte des christlichen Abendlandes berufen, besonders gefordert.

Welches Risiko besteht bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln? Beispiel Gen-Soja. Wie gesagt: in der Soja-Pflanze wurden zu mehreren Zehntausend Genen *einige* (weniger als fünf) weitere hinzugefügt. Und diese Gene führen nicht zur Produktion eines mengenmäßig bedeutsamen Eiweißes. Sicherlich, dieses eine neue Eiweiß könnte unter Umständen bei Menschen Allergien hervorrufen. Genauso wie tropische Früchte oder neue (traditionelle) Züchtungen. Bei der herkömmlichen Züchtung werden auch Gene von einer Sorte oder Rasse auf die andere übertragen und kein Mensch weiß vorher, welche Gene mit welchen Folgen – doch niemand hat bisher gefordert, Lebensmittel aus genetisch auf diese Weise veränderten Lebewesen oder Pflanzen zu kennzeichnen. Es wäre also ratsam, bei Lebensmitteln aus gentechnisch veränderten Rohstoffen genau so vorzugehen wie bei Lebensmitteln aus neu gezüchteten Sorten oder Rassen: ohne Aufgeregtheit überprüfen und dann entscheiden. Angst vor dem Neuen war noch nie ein guter Ratgeber.

Und wie sieht es aus mit den Resistenzgenen gegen z.B. Unkrautvernichtungsmittel, die jetzt in Pflanzen eingebaut werden? Können diese Resistenzgene nicht unkontrolliert von Nutz- zu Wildpflanzen weitergegeben werden und so zu Monster-Pflanzen führen? Laut Radio Jerewan: Im Prinzip ja. Die Wahrscheinlichkeit ist zwar gering, aber die ungewollte ›Züchtung‹ von arzneimittelresistenten Mikroorganismen (ohne Gentechnik, nur durch verantwortungslosen Umgang mit diesen Wirkstoffen in Medizin und Landwirtschaft) kennt man inzwischen aus dem hemmungslosen Umgang mit Antibiotika. Doch im Ernst: genaueres weiß man erst, wenn entsprechende Versuche mit aller Umsicht vorgenommen wurden. Die Warner vor solchen Versuchen sind mit Sicherheit hilfreich und notwendig, indem sie mögliche Schwachpunkte der Arbeitshypothesen und der Experimente aufzeigten. Nun müssen experimentelle, wissenschaftlich fundierte Daten erhoben werden, bevor ein Schluß gezogen werden kann, was an ausgerissenen oder zertrampelten Pflanzen nicht möglich ist. Deshalb den ›entschiedensten‹ Gentechnik-Gegnern zur Erinnerung: Nicht die neuen Webstühle waren an der Verelendung der Weber schuld!

Ein weiteres, ernsthaftes und großes Gefahrenpotential bei der Anwendung der Gentechnik sehe ich in der Ansiedlung und der Finanzierung der gentechnischen Arbeiten. Selbst in Deutschland sind die für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben eingesetzten personellen und finanziellen Mittel in öffentlichen Forschungseinrichtungen nur ›peanuts‹ gegenüber dem, was die Industrie einsetzt. Ganz zu schweigen davon, daß die Industrie wegen knapper öffentlicher Mittel auch angefleht wird, noch Potentiale an Hochschulen und Forschungsinstituten zu kaufen (nein: mit Drittmitteln auszustatten).

Es ist denkbar, daß unbeabsichtigt oder beabsichtigt bei gentechnischen Experimenten aggressive, neuartige Mikroorganismen entstehen, die zu unkontrollierbaren Epidemien führen. Es ist denkbar,

daß Pflanzen entstehen, die optimal an ihren Lebensraum angepaßt sind, daß sie alles andere überwuchern. Sind diese Gefahren nicht ebenso groß wie die der Kernenergie? Ja und nein. Ja: Wir wissen nicht, welche ökologische Nischen sich für die genetisch veränderten Lebewesen auftun und welchen Schaden sie anrichten, wenn sie außerhalb des Labors lebensfähig sein sollten. Nein, weil im Gegensatz zu radioaktiven Stoffen diese Lebewesen an konkrete Lebensräume und Lebensvoraussetzungen gebunden und weil sie sterblich sind. Ein abgetötetes Lebewesen ist für immer verschwunden, es verendet, wenn die Lebensbedingungen unzureichend sind, ein Atomreaktor im Betonsarkophag oder Atom Müll im Container strahlen aber auch dann noch, wenn der Beton und die Kindekinder der Erbauer zu Staub zerfallen sind.

Und, um es noch einmal zu sagen, nicht alles, was im Zusammenhang mit der Gentechnik denkbar oder vielleicht auf dem Papier machbar ist, läßt sich in lebensfähige Praxis umsetzen. Bisher sind fast stets die Produkte von Genmanipulationen Homunkuli, die nur innerhalb ihrer schillernden Phiole, sprich: unter künstlich aufrecht erhaltenen Lebensbedingungen, existieren können und in der rauen Umwelt schlechte Karten haben.

Die Methoden der Gentechnik stellen ein verfeinertes Instrumentarium dar, tiefer in das Verstehen der Lebensprozesse einzudringen und Wege für ein angenehmeres, vielleicht auch gesünderes Leben aufzuzeigen. Mittels transgener Mikroorganismen, Zellen höherer Lebewesen oder transgener Tiere oder Pflanzen lassen sich durch das definierte Ein- oder Ausschalten bestimmter Gene komplexe Vorgänge auf relativ überschaubare Untersuchungsmodelle reduzieren und so leichter studieren. Viele Krankheitsbilder konnten so in ihren molekularen Ursachen aufgeklärt werden. Allerdings wäre es naiv anzunehmen, daß die Lebensprozesse, zu denen auch die Krankheiten gehören, mit gentechnischen Methoden *allein* zu erkennen und mit relativ einfachen Labormethoden zu optimieren seien. Ein Organismus ist ein hochkomplexes, nichtlineares System, bei dem eine Ursache viele Wirkungen in unterschiedlichem Ausmaß und zu verschiedenen Zeiten hervorrufen kann und das auch in der Lage ist, verschiedene Wirkungen zu tolerieren oder zu kompensieren.

Die Methoden der Gentechnik sind auch hervorragende Hilfsmittel, neue Technologien und Produkte zu entwickeln und einzuführen – ob diese Produkte in jedem Fall notwendig sind, sei dahin gestellt, aber häufig machen sie das Leben bunter und leichter. Und in der Regel haben neue Technologien auch zu einer für viele Menschen erreichbaren Nutzung geführt (man nehme nur das Beispiel der Mikroelektronik), was aber nicht heißen soll, daß jede technische Applikation als konkrete Umsetzung einer neuen Technologie unbesehen auf Mensch und Umwelt losgelassen werden soll.

Aus diesen Gründen sollte die Gentechnik/Molekularbiologie alle Förderung erfahren, ein Bremsen würde einzig Unaufrichtigkeit bewirken. Nebenbei: Es ist töricht anzunehmen, daß Wissen, das einmal von Menschen erworben wurde, wieder unter Verschluß gebracht werden könnte, schon gar nicht in unserer Zeit.

Pandora, die Allbeschenkte, erhielt von den Göttern ein Gefäß mit Gaben. Alle Übel ließ sie entweichen, nur die Hoffnung hielt sie zurück. Versuchen wir doch einmal, aus der Geschichte zu lernen und die uns übergebenen Geschenke, die von uns selbst gemachten Geschenke wie Wissen und Können, zu prüfen und die Auswahl so zu treffen, daß wir weder aus Furcht vor möglichen Übeln Segensreiches ängstlich verhindern noch aus ungezügelter Neugierde, Rücksichtslosigkeit oder Ignoranz Pandoras Büchse zur gefälligen Selbstbedienung offen stehen lassen.

Gegen die realen Gefahren der Gentechnik, bewußter Mißbrauch oder mangelnde Sorgfalt, hilft nur eins: eine qualifizierte, kompetente Öffentlichkeit herzustellen, zu verlangen, daß alle gentechnischen Vorhaben und Anwendungen in ihren Grundzügen und Zielrichtungen offengelegt und kontrollierbar gestaltet werden und keine staatlichen oder kommerziellen Grauzonen oder Schlupflöcher zuzulassen. Gegen einen Mißbrauch oder einen kurzsichtigen, weiterreichende Folgen nicht bedenkenden Einsatz der Gentechnik helfen juristische Mittel wenig. Allerdings wird eine Öffentlichkeit, die mit Ammenmärchen à la Jurassic Park gegen die Gentechnik zu Felde zieht, kaum Befürworter dieser Technik zum Innehalten bewegen können.

Eine verantwortungsvolle Diskussion um Möglichkeiten, Gefahren und Grenzen moderner biowissenschaftlicher Forschung und Technologie muß die Forderung nach einer dem Wissensstand, der sowohl naturwissenschaftliches als auch sozial- und geisteswissenschaftliches Wissen beinhaltet, unserer Zeit adäquaten Volksbildung einschließen. Auf der Basis gesicherten Wissens ist dann abzuwägen, welche gentechnischen Experimente und Technologien statthaft sind und ob im konkreten Fall die Entwicklungen im gesellschaftlichen Konsens akzeptabel sind. Diese Abwägung sollte je nach Komplexität und Tragweite des Vorhabens auf unterschiedlichen regionalen, nationalen und internationalen Ebenen vorgenommen werden, zu der alle Betroffenen gleichberechtigt und fair eingeladen werden müßten.

- Es wäre denkbar, eine qualifizierte Kontrollorganisation in Analogie zur Internationalen Atomenergiebehörde zu schaffen. (Allerdings ist die Durchführung von Kontrollen auf dem Gebiet der Gentechnik ungleich schwieriger als bei der Atomenergie.)

- Es wäre sinnvoll, neue Nahrungsmittel und ihre Rohstoffe solchen gesetzlichen Prüfverfahren und Zulassungsbedingungen zu unterwerfen, wie sie z.B. für Humanpharmaka gelten. Besondere Sorgfalt ist hierbei bei der Festlegung der Tests und Modellbedingungen zu treffen. Vorhande Regelungen sollten ausgeweitet und internationalisiert werden

- Es ist sicher nicht ganz unvernünftig zu fordern, daß Produkte für die Anwendung an Mensch und Tier aus gentechnisch veränderten Lebewesen solange ebenso streng wie radioaktive Substanzen überwacht werden, bis ihre Unbedenklichkeit bei sachgerechter Anwendung erwiesen ist.

- Es wäre wünschenswert, wenn vor demokratisch organisierten »Aufsichtsräten« oder parlamentarischen Kontrollausschüssen Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit gentechnischem

Inhalt verteidigt würden mit der Konsequenz, daß Mittel auch verweigert und energische Sanktionen erlassen werden können – Aufsichtsräte und Ausschüsse, die von Laien und Fachleuten mit natur-, sozial- und geisteswissenschaftlichem Hintergrund besetzt würden. Vorhandene staatliche Aufsichtsbehörden oder institutionelle Gremien wie z.B. die Ethikkommissionen medizinischer Fakultäten sollten personell ergänzt und in ihren Befugnissen erweitert werden.

- Es wäre mehr als nur eine Geste, wenn eine Patentierung genomischen Materials, genomischer Informationen oder von lebensfähigen Systemen ausgeschlossen würde, weil dann eine breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit an den Ergebnissen biotechnologischer/molekularbiologischer Arbeiten teilhaben könnte.

Wissenschaftliche Entwicklung ist eine Frage nicht nur der freien Entwicklung der Wissenschaftler, sondern *aller* Menschen auf dieser Erde jetzt und in der Zukunft. Forschung oder ihre Beschränkung nutzt oder schadet über kurz oder lang der ganzen menschlichen Gesellschaft. Deshalb sollte die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschriebene Forschungsfreiheit von (biowissenschaftlich) Forschenden und Nicht-Forschenden akzeptiert werden. Denn: »*Freiheit des Willens heißt daher nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können.*«³ Oder, mit den Worten eines Zweihundertfünfzigjährigen: »*Freiheit ist nichts als die Möglichkeit, unter allen Bedingungen das Vernünftige zu tun.*«⁴

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. die Äußerungen des »Chefkochs« der Wochenzeitung »Die Zeit« und die Erwiderung der Molekularbiologin Prof. Nüßlein-Vollhard: Gentechnik für Gourmets, in: Die Zeit, 48/98, S. 49-50.
- 2 Die anfängliche Euphorie in der Molekularbiologie, als man entdeckte, daß der genetische Code universell ist, daß man deshalb, »wenn man E-coli (Escherichia coli, das »Haus-Bakterium der Molekularbiologie) kenne, auch E-lephant kenne« (J. Monod), hat sich als zu simpel herausgestellt.
- 3 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 106.
- 4 Johann Wolfgang Goethe: Gespräch mit F.v.Müller 20.6.1827 in: Werke, Bd. 23, Zürich 1948 (ff.), S. 481.

RUDOLF WODERICH

Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen der »langen Dauer«?

Das Phänomen der ostdeutschen Identität erfährt in sozialwissenschaftlichen Diskursen derzeit eine gewisse Konjunktur: In mehreren Publikationen und Übersichten hat insbesondere die soziologische Umfrageforschung das Problem ostdeutscher Identitätsbildungen knapp ein Jahrzehnt nach der deutsch-deutschen Vereinigung entdeckt¹. Ex post wurden jene frühen, empirisch gestützten Überlegungen und Hypothesen bestätigt, die ostdeutsche Sozialwissenschaftler bereits in den ersten Jahren nach dem Umbruch des Systems vorgelegt hatten². Sie fanden im Mainstream der Diskurse nur eine marginale Beachtung, wurden entweder als »Befindlichkeitssoziologie« diskreditiert oder als weitgehend irrelevant abgewiesen. Denn vermeintlich handelte es sich um kurzfristige Friktionen und Irritationen, die komplizierten Anpassungsprozessen an neue institutionelle und Regelsysteme geschuldet seien. Demgegenüber besteht heute in den Diskursen der Profession, die sich auf Datensätze der Umfrageforschung stützen, weitgehend Konsens darüber, daß sich »die Ostdeutschen eine kollektive Identität als Ostdeutsche (auf)bauen«³. Das Argumentationsmuster ist davon geleitet, daß die Wertorientierungen zwar einem Prozeß der Angleichung unterliegen, in gleichem Maße jedoch die Selbstidentifikation der Ostdeutschen und partielle Distanzierung von den Westdeutschen deutlich angewachsen sei. Die im Transformationsprozeß entstandenen Defizite, Probleme und enttäuschten Erwartungen würden »externalisiert« und nicht mehr auf das Scheitern des Staatssozialismus zurückgeführt, sondern dem »Partner in der Vereinigung«, den Westdeutschen, zugerechnet. Den zumeist als »Selbstaussgrenzung« respektive »Abgrenzungsidentität«⁴ definierten Identifikationsprozessen wird nun immerhin ein begrenztes Verständnis entgegengebracht. Keinesfalls jedoch sollten die Ostdeutschen auf diesem Wege bestärkt werden: Gewarnt wird vor der »Falle« (Heiner Meulemann), in die sie sich begeben könnten, denn Ost-Identität erschwere schließlich »Selbsthilfe und Hilfe«.

Datenbasis und Argumentationsmuster der Umfrageforschung scheinen darauf gerichtet zu sein, das in Rede stehende Problemfeld einzugrenzen, auf ein Residuum der Vereinigung zu reduzieren, sozusagen auf »kleiner Flamme« zu kochen und in einem provinziellen Format zu belassen. Auf internationale Vergleiche und diskursive Kontexte wird weitgehend verzichtet⁵; methodische Standards und Instrumentarien der neueren regionalen und kulturellen Identitätsforschung können größtenteils allein deshalb aus-

Rudolf Woderich – Jg. 1947, Sozialwissenschaftler, Studium der Journalistik und Kulturwissenschaft in Leipzig, Promotion 1981, Promotion B 1988, Mitarbeiter und Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften; seit 1990 Mitarbeiter und Projektleiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien.

Arbeitsgebiete: Transformationsforschung, Kultursoziologie und Biographieforschung. Veröffentlichungen (Aufsätze): »Beziehungsstrukturen Neuer Selbständiger im Fallvergleich«, Frankfurt/New York 1996; »Peripherienbildung und kulturelle Identität« Opladen 1996; »Chance oder Chimäre? Endogene Entwicklung in ostdeutschen Regionen«, DA 4/1998.

1 Vgl. Heiner Meulemann: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim 1996. Ders. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen 1998.

2 Vgl. u.a. Jürgen Hofmann u.a.: Zwischen Anschluß und Ankunft. Identitätskonflikte und Identitätssuche der Ostdeutschen auf dem Weg zum Bundesbürger, 1992. Thomas Koch: Von der Renaissance ostdeutschen

Wir- und Selbstbewußtseins, in: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft, Berlin 1994. Rudolf Woderich: Peripherienbildung und kulturelle Identität, in: Raj Kollmorgen, Rolf Reißig, Johannes Weiß (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen 1996.

3 Heiner Meulemann: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 17.

4 Vgl. Detlef Pollack: Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, in: Werte und nationale Identität a.a.O., S. 301-318.

5 Selbst in dem von Robert Hettlage herausgegebenen, sehr informativen und innovativen Sammelband »Kollektive Identität in Krisen« (Opladen 1997), in dem west- und osteuropäische wie nordamerikanische Identitätsprozesse behandelt werden und auch die bayrische Ethnizität zur Sprache kommt, bleiben ostdeutsche Identitäten außen vor.

6 Erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach Abschluß der Sonderprogramme der Transformationsforschung, wurden komplexer angelegte universitäre Projekte installiert, die sich mit Problemen kollektiver Identitäten in Gegenwart und Geschichte befassen: Ein Sonderforschungsgebiet an der Universität Leipzig zu Identitäten in Sachsen, ein Graduiertenkolleg an der Universität Halle.

7 Vgl. Manfred Kuechler: Vereint und doch getrennt?, in: Werte und nationale Identität..., a.a.O., S. 292.

geblendet werden, weil sie mit dem (quantitativen) Datenmaterial der Umfrageforschung nicht hinreichend kompatibel sind. Es erweist sich zweifellos als ein erheblicher Nachteil, daß weder die systematische Rekonstruktion der Strukturen der DDR-Gesellschaft noch der Biographiemuster und -konzepte ihrer Bewohner, erst recht nicht komplexer angelegte Identitätsstudien Gegenstand der institutionalisierten und öffentlich geförderten Transformationsforschung gewesen sind⁶. Diesbezüglich wächst einer historisch und kultursoziologisch orientierten Forschung ein immenses Aufgabenfeld zu, denn es handelt sich um eine Problematik, die im Zusammenhang mit den Prozessen der Globalisierung und Europäisierung – für viele Beobachter noch immer überraschend – eine ganz neue Relevanz und politische Brisanz erfahren hat. Denn über eine »folkloristische Possierlichkeit« (Manfred Kuechler) hinaus gewann die Herstellung und Wahrung der sozialen und kulturellen Identität – weltweit – in den letzten zehn, zwanzig Jahren für die Lösung von Problemen des Zusammenlebens ethnisch oder kulturell definierter Gruppen erheblich an Bedeutung⁷.

Auf Grund der grob skizzierten Forschungslage scheint ein Zeitpunkt erreicht zu sein, auf übergreifende konzeptionelle Ansätze und Erklärungsmodelle zu verweisen, die mittlerweile verfügbar sind und zur Interpretation ostdeutscher Identitätsbildungen herangezogen werden. – In einem ersten Schritt sollen der Darlegung drei relevante Ansätze vorgestellt und knapp kommentiert werden; sodann folgen einige skizzenhafte Bemerkungen zur Unterscheidung von inszenierten und gelebten Identitäten in Ostdeutschland; resümierend soll schließlich auf das Wechselverhältnis von PDS und ostdeutscher Identität Bezug genommen werden.

Erklärungsmodelle zum Problemfeld ostdeutscher Identitätsbildungen. Peripherienbildung und Kolonisierung

Im Anschluß an Richard Münchs Überlegungen zum Prozeß der Nationenbildung (nation building) könnte man davon sprechen, daß der politische Modus von staatlicher Vereinigung und Systemtransformation, insbesondere die Übertragung externer Institutionen sowie die Dominanz »fertiger Akteure« (ready made actors) einen geschichtlichen Prozeß in Bewegung setzte, der als Peripherienbildung begriffen und beschrieben werden kann. Zeitlich gerafft, vielfach gebrochen und überlagert vollzieht sich jener Vorgang, der für nation building im westeuropäischen Raum charakteristisch ist: Mit der inneren Homogenisierung (Wohlfahrts-politik, Institutionentransfers, Entstehung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes) geht auch die Herstellung neuer Ungleichheiten entlang der früheren territorialen Grenze vonstatten.

Mithin ist die Differenzierung von Zentrum und Peripherie ein komplementärer Prozeß zur (nationalen) Identitätsbildung durch Inklusion. Wie Münch beschrieben hat, brechen in der Peripherie je ältere Lebensformen und soziale Netzwerke zusammen, ohne sofort durch neue, kulturell legitimierte Lebensformen ersetzt zu werden. Der einheimischen Kultur werden neue materielle Existenzweisen nahegelegt, ohne »daß deren Institutionen der Demokratie, der sozialen Wohlfahrt, der Bildung und Kultur schon rich-

tig Fuß gefaßt hätten, da diese erst in einem langsameren Entwicklungsprozeß heranreifen können«⁸.

Peripherienbildungen werden in der Literatur auch als innere Kolonisierungen begriffen und beschrieben. Prominente Autoren der sozialwissenschaftlichen Profession beziehen sich inzwischen positiv auf den Modus der inneren Kolonisierung Ostdeutschlands, das, wie Klaus von Beyme formulierte, »zum funktionalen Äquivalent der früheren, verlorenen Ostgebiete«⁹ geworden sei.

Der soziologisch relevante Kerngehalt besteht darin, daß Kolonisierung für bestimmte Beziehungsstrukturen und -muster zwischen externen (ortsfremden) und internen (einheimischen) Akteuren oder Personen steht. Wolfgang Ludwig Schneider hatte herausgearbeitet, daß Fremdheitserfahrungen (im eigenen Land) soziale Beziehungen in dem Maße strukturieren, wie jene asymmetrische Figur entsteht, da die Plätze zwischen den Einheimischen und den Fremden vertauscht wurden: die lokal eingelebte Ordnung hat ihr Geltungsprivileg an die von Fremden importierte Ordnung abgetreten¹⁰.

Das vorgestellte Erklärungsmodell vermag eine gewisse Rahmung zu bieten und als Vergleichsfolie zu heuristischen Zwecken verwendbar sein, es kann jedoch spezifische Entstehungs-, Konstruktionsprozesse, etwa das »Identitätsmanagement« ostdeutscher Selbstzurechnungen nicht erklären.

Figurationstheoretische Deutungen: Außenseiter und Etablierte

In Anlehnung an Klassiker der deutschen Soziologie (Norbert Elias, Georg Simmel) hatte Sighard Neckel die Figuration von Außenseitern und Etablierten auf die deutsche Vereinigung und den Transformationsprozeß bezogen¹¹. Ausgangspunkt der Überlegungen bildet das Konzept von Norbert Elias, demzufolge Figurationen als Beziehungsgeflechte zwischen Menschen und sozialen Gruppen vorzustellen sind. Die Mitglieder einer Figuration sind durch viele Abhängigkeiten aneinander gebunden. Für den Wandel von Figurationen werden längerfristige Zeiträume veranschlagt, Elias spricht von mindestens drei Generationen. Das Modell von Außenseitern und Etablierten war von Elias als eine soziale Grundkonstellation moderner Wandlungsprozesse ausgezeichnet und am empirischen Material analysiert worden (alteingesessene und zugewanderte englische Arbeiterfamilien in einem lokalen Raum am Ende der fünfziger Jahre d.Jh.). Die Rangüberlegenheit der Einheimischen wurde durch die Selbstzuschreibung überlegener Eigenschaften stabilisiert, zugleich wurden die habituellen, soziokulturellen Merkmale der Neuankömmlinge stigmatisiert. Diese Machtkonstellation äußerte sich darin, daß die Etablierten ein »Gruppencharisma« ausbildeten und den Außenseitern eine »Gruppenschande« zuschrieben.

Sighard Neckel hat Elias' Modell mit Bezug auf die Konstellation in Deutschland um die Figur des »Dritten« erweitert, der in relativ stabile Außenseiter-Etablierten-Konstellationen dynamische Momente hineinbringe. Mit dieser dynamischen Modellierung gewann Neckel eine komplexe Operationsbasis, die es ihm ermöglicht, historische Prozesse mit aktuellen Phasen und Sequenzen der Systemtransformation vor allem in machttheoretischer Perspektive

8 Richard Münch: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 23.

9 Klaus von Beyme: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme, in: Berliner Journal für Soziologie Heft 3/1996, S. 295-297.

10 Wolfgang Ludwig Schneider: Überhebliche Wessis - (n)ostalgische Osis, in: Heinz Sahrer (Hrsg.) Gesellschaften im Umbruch, 27. Kongreß der DGS, Halle an der Saale, Kongreßband II, Opladen 1995, S. 544-547.

11 Vgl. Sighard Neckel: Etablierte und Außenseiter und das vereinigte Deutschland, in: Berliner Journal für Soziologie Heft 2/1997, S. 205-215.

zu verbinden und damit flexibel zu hantieren. Als jeweils Dritte der deutsch-deutschen Figuration fungieren die Hauptverbündeten, die USA und die UdSSR. Sodann verwandelt sich die BRD (alt) in einen, wie Neckel schreibt, überlegenen und »lachenden Dritten«, der die paralytisierte Machtsituation innerhalb der bisherigen DDR (zwischen Etablierten und Außenseitern) zu einem Mittel für seine Zecke machen kann.

Mit dem Fortgang der Transformation würden innerhalb Ostdeutschlands vielfältige Etablierten/Außenseiter-Figurationen fortbestehen, die in der Zwischenzeit wiederum mehrfach Wandlungen erfahren hätten. Es stellte sich eine neue »klassische« Etablierten-Außenseiter-Konfiguration zwischen den westdeutschen Alteingesessenen und den ostdeutschen Neuankömmlingen ein, die sich verstetigt, da die Westdeutschen das Gruppencharisma aktualisieren und die Ostdeutschen mit der Gruppenschande belegen.

Neckel räumt schließlich ein, daß der politische Umbruch figurativ an jene gesellschaftlichen Verhältnisse anschloß, die er zu überwinden unternahm: Für nicht wenige Ostdeutsche repräsentiere die Geschichte der deutschen Vereinigung deshalb eine Kontinuitätserfahrung politischer Abhängigkeit.

Das Modell der Außenseiter-Etablierten-Konfiguration ermöglicht es, zumindest eine wichtige Dimension des Phänomens ostdeutscher Identitäten, nämlich auf der Ebene typisierter wechselseitiger Zuschreibungen, zu erfassen. Offen bleibt jedoch, wie der »schnelle« und mehrfache Wechsel der Figurationen (innerhalb nur eines Jahrzehnts) mit den Vorstellungen von Elias über längerfristige figurative Stabilitäten und historische Wandlungsprozesse zur Deckung gebracht werden kann. Außerdem wird der Vorteil der Komplexität und Attraktivität des Modells zugleich mit einem erheblichen Nachteil erkaufte: Die anhaltende Dramatik des Machtgefälles und der Fremdheitsverhältnisse auf der Ost-West-Ebene wird durch die zahlreichen Wechsel der Konstellationen und die gleichsam spielerisch-ironische Einfügung von »Dritten« erheblich relativiert und entschärft.

Der konstruktivistische Ansatz

Der konstruktivistische Diskurs stützt sich auf die zeitgenössische Diagnose, daß besonders in Gesellschaften mit hoher Mobilität, starker Außenlenkung oder unter dem Eindruck von Umbruchsituationen, die mit sozialer Desintegration verbunden sind, die Suche nach identitätsstiftenden Momenten des kollektiven Lebenshaushalts anwächst. In Anlehnung an Konzepte der interaktionistischen Soziologie (Mead; Goffman) hat Robert Hettlage folgende strukturierende Gesichtspunkte besonders herausgestellt:

a) Kollektive Identitäten sind Selbstbildnisse, welche Mitglieder einer Gruppe/eines Gebiets von sich selbst entworfen haben;

b) sie erweisen sich als Antwortmuster auf historisch wechselnde Umstände; auf materielle Bedingungen, Machtbeziehungen und auf die Veränderung von Zeichensystemen und Diskursen in der gesellschaftlichen Kommunikation;

c) ihr Baumaterial sind Normen, Modelle, Symbole sowie für verbindlich gehaltene Werte¹².

12 Vgl. Robert Hettlage: Identitätsmanagement. Soziale Konstruktionsvorgänge zwischen Rahmung und Brechung, in: Weltrends Nr. 15, Sommer 1997, S. 7-23.

Kollektive Identitäten sind mithin kein soziales Datum im Sinne eines meßtechnisch erfassbaren, stabilen, sich selbst gleichbleibenden, kategorialen Systems, wie es die positivistische Umfrageforschung nahelegt, sondern ein gesellschaftlicher Definitions- und Konstruktionsvorgang. Selbstkonzepte der Mitglieder einer Gruppe werden transparent, indem bestimmte gemeinsame Gruppenmerkmale ausgewählt werden, um sich selbst abzugrenzen und nach außen darzustellen (die Präferenz für Ostprodukte; das Beharren auf tradierten sprachlichen Formen und Fügungen; der Rekurs auf alte Filme, Stars, literarische und musikalische Titel; der ironisch-spielerische, gleichwohl rituelle Umgang mit den Symbolen und Emblemen der alten Macht etc.)

Vergleichende Analysen ebenso wie aktuelle Diskurse veranlassen zu der Annahme, daß ostdeutsche Selbstbilder und -zuschreibungen als symbolische Konstruktionen kultureller Identität vorgestellt werden können¹³:

– Symbolisch konstruierte Identitäten können gerade deshalb sozialintegrativ wirksam werden (klassen- u. schichtenübergreifend), weil mitgeführte Symbole, die als Zeichen für Verbindendes stehen, mit unterschiedlichem Sinn aufgeladen und verschieden ausgelegt werden können – je nach der Interessenlage der jeweiligen Interpretationsgemeinschaft. »Kulturelle Symbole integrieren nicht, weil sie einen allen gemeinsamen Sinn beinhalten, sondern weil man glaubt, daß sie es tun«¹⁴.

– Demzufolge schließen Konstruktionen kultureller Identität selbstverständlich immer auch Erfindungen, kreative Umformungen historischen Materials ebenso ein wie Legenden und Nostalgien (wie etwa das schottische Beispiel zeigt). Retrospektive Idealisierungen, die empirischer Überprüfbarkeit nicht standhalten, sind also immer auch im Spiel. Wiewohl nach Datenlage von Erhebungen und deskriptiven Feldstudien eine sozial relevante DDR-Nostalgie nicht nachweisbar ist, sind für Ostdeutschland ebenso wie für alle partikularen Identitätsbildungen Bindungen und Anhänglichkeiten an frühere Lebensformen und Alltagspraktiken, Symbolfiguren der Kultur und Erlebnisse der Vergangenheit charakteristisch und allenthalben beobachtbar. – Gerade diesbezüglich sollte man sich nicht vom gelegentlichen Getöse der Medien erschrecken und in die Irre führen lassen: Auch Nostalgie ist ein ambivalentes Phänomen. So hat Jean Baudrillard unlängst daran erinnert, daß Nostalgie immer auch »das Vorgefühl für das bewahrt, was schon einmal geschehen ist und erneut stattfinden könnte«. Denn sie sei: »der umgekehrte Spiegel der Utopie, die niemals gestillt wird«¹⁵.

Der in dem skizzierten Muster argumentierende konstruktivistische Diskurs ist nun mit Bezug auf Ostdeutschland in zwei Richtungen radikalisiert worden, die hier mit den vorläufig-provisorischen Begriffen der Verfestigung (Fixierung) einerseits und der Verflüchtigung (Fiktionalisierung) andererseits erfaßt werden sollen.

Für die Tendenz einer verfestigenden Fixierung steht die exponierte Position, ostdeutschen Identitäten auch die Qualität einer ethnischen Gruppe zuzusprechen. Dafür kann exemplarisch auf die Einlassung des amerikanischen Soziologen Marc Howard verwie-

13 Vgl. Rudolf Woderich: Peripherienbildung und kulturelle Identität, in: Kollmorgen, Reißig, Weiß (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 81-99.

14 Josef Bleicher: Die kulturelle Konstruktion sozialer Identität am Beispiel Schottlands, in: Hans Haferkamp (Hrsg.): Sozialstruktur und Kultur, Frankfurt/M., S. 328-346.

15 Jean Baudrillard: Die Illusion des Endes oder der Streik der Ereignisse, Berlin 199, S. 186.

sen werden, der unter Berufung auf moderne Ethnizitätskonzepte vor allem drei Kriterien geltend gemacht hat:

- Die vorrangige biologische Selbstreproduktion einer Bevölkerungsgruppe;
- die Existenz grundlegender kultureller Werte, die in kulturellen Formen realisiert wird und ein eigenes Kommunikations- und Interaktionsfeld schafft;
- die Mitglieder der Bevölkerungsgruppe definieren sich selbst als Bestandteil einer Kategorie und werden von anderen gleichfalls als solche identifiziert¹⁶.

16 Marc Howard: Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung des geeinten Deutschlands, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5 1995, S. 119-131.

Auffallend ist hier – kennzeichnend wiederum für die konstruktivistische Position –, daß keine sogenannten »primordialen« Elemente wie etwa eine eigene Sprache, Abstammung oder Rasse herangezogen werden müssen.

Howard stützt sich auf Wahrnehmungen und Beobachtungen verschiedener Autoren sowie auf eine Vielzahl empirischer Belege, denen zufolge die Zirkel intensiver Kommunikation und Kollegialität, Freundschaften und Heiraten noch immer nach Ost und West geteilt sind. Das Bewußtsein der Spaltung schein nach mehreren Jahren der Vereinigung eher anzuwachsen, noch immer könne von zwei Gesellschaften die Rede sein. – Die jüngst publizierte Medienanalyse, die zwei voneinander getrennte Wahrnehmungswelten in Deutschland diagnostiziert hatte, scheint Howards Diagnose neuerlich zu bestätigen¹⁷.

17 Vgl. Otfried Jarren: Getrennte Wahrnehmungswelten, in: Der Tagesspiegel v. 2./3. 10. 1997, S. 45

Inszenierte und gelebte Identitäten

Radikalisiert wurde die Diskussion um ostdeutsche Identitäten auch in der entgegengesetzten Richtung, die oben als Tendenz der Verflüchtigung oder »Fiktionalisierung« bezeichnet worden war.

Dieses Interpretationsschema läßt sich knapp wie folgt skizzieren: Die den Ostdeutschen widerfahrene Diskriminierung durch die Westdeutschen, die ihnen versagte Anerkennung werde mit einer »Abgrenzungsidentität« beantwortet. Aus diesem Grunde erfahren die Institutionen des bundesrepublikanischen Systems eine Abwertung; die Leistungen der Sozialordnung des DDR-Systems und dessen Institutionen werden aufgewertet. Mithin seien Ost-West-Differenzen ein Instrumentarium, auf dem sich trefflich spielen ließe: Ein apartes soziales Rollenspiel finde statt, in dessen Rahmen der Westdeutsche den Gewinner spiele und den Ostdeutschen die Rolle des Verlierers aufdränge. Da nun ostdeutsche Identitäten am Bild des anderen konstruiert würden, kämen ihnen auch keine eigenen Inhalte zu¹⁸. – Was wäre einem derartigen Deutungsmuster entgegenzuhalten?

18 Vgl. Thomas Gensicke: Ostdeutschland 1989-1995 im Wandel. Objektive und subjektive Umbrüche, in: Journal für Sozialforschung 1996, Heft 1 sowie Detlef Pollack: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, in: Aus politik und zeitgeschichte, B 13, S. 3-14.

Tiefer lotende Längsschnittanalysen mehrerer Datensätze hatten nämlich gezeigt, daß die Westdeutschen keineswegs so distinktiv auf die »Brüder und Schwestern« im Osten fixiert sind, wie entsprechende Deutungen nahelegen. Auch Mitte der neunziger Jahre sind westdeutsche Mehrheiten viel stärker auf westeuropäische, nordamerikanische sowie auf Lebensformen in Entwicklungsländern orientiert als auf ostdeutsche Personen, Probleme und Lebensverhältnisse, wie die Forschungsgruppe um Haeger und Mummen- day zeigen konnte¹⁹. Der Soziologe Wolfgang Zapf hatte von

19 Haeger G., Mummen- day u.a.: Zum Zusammen- hang von negativer sozialer Identität und Vergleichen zwischen Personen und Gruppen, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie 27, S. 259-277.

einer bedauernswerten »nachträglichen Abstandnahme« der Westdeutschen gegenüber den Landsleuten im Osten gesprochen. Allerdings läßt sich auch diese Auslegung in zeitgeschichtlicher Perspektive nicht aufrechterhalten. Denn die Daten der Umfrageforschung der Bundesrepublik aus den siebziger und achtziger Jahren scheinen die These von der nachträglichen Abstandnahme nachdrücklich zu widerlegen:

– Eine ARD-Umfrage von 1979 hatte ergeben, daß 52 Prozent der Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren die DDR als Ausland betrachten.

– Nach einer Befragung des Allensbacher Instituts für Demoskopie verbanden 1981 mit dem Begriff der »deutschen Nation« 43 Prozent der Probanden die BRD; 32 Prozent die Bundesrepublik und die DDR.

– Auf die Frage, »was verbinden Sie mit Deutschland?« im Rahmen eines ZDF-Politbarometers aus dem Jahre 1984 nannten 66 Prozent der bis 29jährigen die BRD; 21 Prozent die BRD und die DDR; 4 Prozent dieser Altersgruppe dachten an das Deutsche Reich.

– Ebenfalls im Jahre 1984 wiederholte das Forschungsinstitut EMNID eine Frage, die bereits im Jahre 1974 gestellt worden war: Stellen die Bundesrepublik und DDR eine Nation dar? – Hatten 1974 noch 70 Prozent der Befragten mit Ja geantwortet, so waren es im Jahre 1984 nur noch 42 Prozent. (Für Nein entschieden sich 1974 nur 29 Prozent, zehn Jahre später waren es bereits 53 Prozent)²⁰.

Auch in den neueren Debatten über Identitäten in Deutschland wird aus der Perspektive der Umfrageforschung auf derartige Befragungsdaten verwiesen und konzediert, daß die Sozialverfassungen der beiden deutschen Staaten so konträr waren, »daß sie auch in der Meinung der Bevölkerungen etwa ab 1970 zwei deutsche Nationen darstellten«²¹. Ähnlich gelagert ist die These des Vordenkers der ostdeutschen Kulturwissenschaft Dietrich Mühlberg, dem zufolge die Zweistaatlichkeit zwei deutsche Kulturen erzeugt habe²².

Die Erinnerung an Befragungsdaten der achtziger Jahre, die unmittelbar nach der Vereinigung der Vergessenheit anheim gefallen waren, soll nur andeutungsweise zeigen, daß freilich die vierzigjährige deutsche Zweistaatlichkeit in unterschiedlichen Systemen ins Blickfeld zu rücken ist, wenn der Frage nach Qualität und Reichweite derzeitiger Distinktionen, wechselseitiger Abgrenzungen im deutschen Identitätsdiskurs nachgegangen wird.

Gelebte Identitäten in Ostdeutschland

Im kritischen Bezug auf Tendenzen der »Verflüchtigung« ostdeutscher Identitäten, aber auch im Kontrast zum westeuropäischen Diskurs um neue partikuläre Identitätsbildungen ist wohl eine weitere, wichtige Unterscheidung zu beachten: Während sich regionale Identitätsprozesse im westeuropäischen Raum einem vergleichsweise langsamen strukturellen und sozialen Wandel verdanken, handelt es sich in Ostdeutschland um einen gleichsam eruptiven systemischen Transformationsprozeß, der mit der Vereinigung zweier im Nachkrieg entstandener Staaten (Völkerrechtssubjekte)

20 Vgl. Barbara Hille, Walter Jaide: Einstellungen Jugendlicher zur nationalen Frage. Im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung, in: Die Frage nach der deutschen Identität, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 221, Bonn 1985, S. 23-44.

21 Heiner Meulemann: Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 16.

22 Vgl. Dietrich Mühlberg: Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1999, S. 4/5.

verbunden ist. Folglich verdient die Ebene der lebensweltlichen, soziokulturellen Basierung ostdeutscher Identitätsbildungen im Unterschied zu symbolisch konstruierten, in öffentlichen Räumen und Handlungen sichtbaren und inszenierten Identitätskonstrukten eine besondere Gewichtung.

Eigensinnige und oftmals verquere Identitätsbildungen lassen sich besser erschließen, wenn ein Verständnis zugrunde liegt, demzufolge Individuen und Gruppen auf radikale systemische Diskontinuitäten mit lebensweltlichen Kontinuitäten, der Restabilisierung tradierter Lebensmuster antworten, auch dann, wenn diese Umbrüche demokratisch legitimiert sind. Anthony Giddens hatte darauf aufmerksam gemacht, daß »Kontinuität auch während der radikalsten Phasen der Transformation (besteht) – außer dem Grenzfall, daß alle Mitglieder einer Gesellschaft physisch ausgerottet werden«²³.

Am Beispiel von Familienstudien ebenso wie an Milieustudien in industriellen und Arbeitermilieus; an Studien zur beruflichen Mobilität, zum Wandel von Erwerbsmustern u.ä. konnte im Rahmen der Transformationsforschung gezeigt werden, wie erhebliche Anstrengungen und Leistungen gefordert waren, um das Alltagsleben zu sichern und aufrechtzuerhalten; wie dabei tradierte Deutungs- und Beziehungsmuster aus der sozialen Erlebnis- und Erfahrungswelt kreativ eingesetzt und aktiviert worden sind²⁴.

Eigene biographisch orientierte Analysen verweisen darauf, daß von einem Zusammenfallen systemischer und biographischer Transformation nicht die Rede sein kann. Denn der Wandel individueller Strukturen ist eben nicht, wie häufig deterministisch unterstellt wird, als eine abhängige Variable äußerer Stimulationen zu begreifen. Vielmehr läßt sich zeigen, wie die radikale systemische Diskontinuität des Umbruchs eine Kontinuierung individueller biographischer Muster bewirkt hat²⁵. Dem entspricht eine Wahrnehmungsform in der Fremdperspektive, die ostdeutschen Personen eine auffallende »biographische Schwere« bescheinigt: Ostdeutsche Biographien werden vorrangig nicht deshalb »hartnäckig verteidigt«, weil ihnen die Anerkennung als Lebensleistung versagt bleibt, sondern schlicht, weil ein anderes als das gelebte und biographisch sedimentierte Selbstkonzept oder Orientierungsmuster in der Regel nicht verfügbar ist.

Für fundamentale gesellschaftliche Umbrüche, in denen ja immer auch die Sinnhaftigkeit individuellen Daseins »dramatisiert« wird, kann dieser Zusammenhang offenbar generelle Geltung beanspruchen: Biographien als Selbstidentifikation gewinnen immer dann eine besondere Dringlichkeit, wie z. B. Alois Hahn gezeigt hat, wenn bisher tragende Ordnungen erschüttert sind²⁶.

Gefolgert werden kann: Thesen über eine geschwinde Anpassung ostdeutscher an westdeutsche Lebensstile und -praktiken müssen vor allem deshalb verworfen werden, weil private Lebensformen, also gelebte Identitäten und alltägliche Sozialbeziehungen sich stärker aus unmittelbaren Lebenserfahrungen und der je eigenen Sozialisationsgeschichte speisen als aus politischen Systementscheidungen. Der Jugend- und Familiensoziologe Hans Bertram hatte resümierend formuliert: »Bestimmte Anpassungsleistungen,

23 Anthony Giddens: Strukturierung und sozialer Wandel, in: Hans-Peter Müller/Michael Schmid (Hrsg.): Sozialer Wandel, Frankfurt/M. 1995, S. 173.

24 Stellvertretend und exemplarisch verwiesen sei lediglich auf die Arbeiten von Jutta Gysi: »Wandel in den Lebensweisen von Familien – Veränderungen in den Einstellungen und familialen Verhaltensweisen von Frauen und Männern, Eltern und Jugendlichen« (DFG-Projekt) sowie von Gert Mutz: »Institutionalisierung reflexiver Erwerbsbiographien in West- und Ostdeutschland«, in: Erika M. Hoernig/Michael Corsten (Hrsg.): Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens, Pfaffenweiler 1995.

25 Vgl. Rudolf Woderich: Biographische Ressourcen und Handlungspotentiale auf dem Wege in die berufliche Selbständigkeit, in: Michael Thomas (Hrsg.): Selbständige – Gründer – Unternehmer. Passagen und Paßformen im Umbruch, Berlin 1997, S. 220-237.

26 Vgl. Alois Hahn: Biographie und Lebenslauf, in: Hans-Georg Brose/ Bruno Hildenbrand (Hrsg.) Vom Ende des Individuums zum Ende der Individualität, Opladen 1988, S. 231-259.

die in Theorien über die Transformation in bezug auf die Betroffenen artikuliert werden, (sind) von den Individuen nicht nachvollzogen worden, denn diese hatten ihre Lebensentwürfe beibehalten«²⁷.

Zusammenfassend: Im Unterschied zur Dimension inszenierter, symbolisch-expressiv vorgetragener Identitätsformen und distinktiver Praktiken beziehen sich gelebte Identitäten vorrangig auf das Alltagsleben, auf Tradierungen eingelebter Muster; sie sind sozialgeschichtlich und biographisch fundiert, werden über die Aufschichtung gemeinsamer oder ähnlicher lebensgeschichtlicher Erfahrungen vermittelt. Formen kollektiven Bewußtseins werden vor allem dann und insofern hervorgebracht, wie fraglos gegebene Selbstverständlichkeiten und vorbewußte Gewißheiten durch radikale gesellschaftliche Einschnitte in den Lebensbedingungen, den politischen und wirtschaftlichen Ordnungen problematisch geworden sind und/oder durch Fremdgruppen (von außen) delegitimiert werden.

Drittens: Resümee. Die PDS und das Problem der Institutionalisierung ostdeutscher Identitäten

Aus transformationstheoretischer Perspektive ist die PDS die einzige relevante (machtvolle) Institution in den neuen Bundesländern, die nicht per Institutionentransfer im blue-print-Verfahren entstanden ist. Sie ist das Produkt einer endogenen Transformation von der Staatspartei zur modernen (links-)sozialistischen Volkspartei, deren Transformationsprozeß gewiß nicht abgeschlossen ist. Der Status einer Volkspartei kann der PDS aus drei Gründen zugeschrieben werden:

- a) sie hat sich verstetigt im gesamtdeutschen Parteiensystem, wiewohl sie nur im Wahlgebiet Ost verankert ist;
- b) ihre Akzeptanz in dem Wahlgebiet, wo sie soziokulturell und politisch verankert ist, ist dreimal so hoch wie dessen Wählerschaft;
- c) ihre Wähler und Mitglieder rekrutieren sich aus allen sozialen Gruppen und Schichten Ostdeutschlands.

Zugleich ist die PDS, wenn auch nicht im programmatischen Selbstverständnis, wohl aber de facto eine Regionalpartei. Wiewohl die erheblichen Leistungen der Partei zur Integration von Personen und Gruppen in das ordnungspolitische System der Bundesrepublik nicht zu bestreiten sind, ist die PDS als regionale Volkspartei per se ein Indikator und Ausdruck ostdeutscher Identitäten, eines besonderen ostdeutschen Wir-Gefühls und Selbstbewußtseins auch dann, wenn sie wahlpolitisch nur ein Fünftel des Elektorats repräsentiert. Die PDS ist in ihrer derzeitigen Verfaßtheit und Gestalt sowohl Ausdruck, Resultat als auch Initiator ostdeutscher Identitäten. Sie ist als politische Institution und kollektiver Akteur derzeit der einzige originäre Vertreter ostdeutscher Interessen, was auch von politischen Gegnern in stärkerem Maße anerkannt wird. Die parteiübergreifende Institutionalisierung ostdeutscher Interessen (ein Erfordernis, das von unterschiedlichen Kräften stärker artikuliert wird), um den Besonderheiten der postsozialistischen »Übergangsgesellschaft« Rechnung zu tragen, würde die PDS von dieser teils intendierten, teils zugeschriebenen Funktion entlasten. Die schärfere politische Profilierung unter dem Aspekt linkssozia-

27 Hans Bertram: Familienentwicklung und Haushaltsstrukturen, in: Wendelin Strubelt u.a. (Hrsg.): Städte und Regionen – Räumliche Folgen des Transformationsprozesses, Opladen, S. 183-215.

listischer Reformalternativen und strategischer Antworten auf soziale Fragen des strukturellen und globalen Wandels scheint direkt von dieser Entlastung als einzige politische Ausdrucksform ostdeutscher Identitäten abhängig zu sein. Die identitätsstiftende Verankerung als ostdeutsche regionale Volkspartei und die gleichzeitige Profilierung als gesamtdeutsche linkssozialistische Partei stellt ein Paradoxon dar, daß allein aus eigenen Antrieben und Kräften nicht aufzuheben ist.

Schon um dieses Dilemma aufzulösen, sind ostdeutsche Interessenrepräsentationen, resp. Kommunikationsformen (Medien) geboten, die den innerostdeutschen Verständigungsprozeß vorantreiben, um sich auf Bundesebene nachhaltiger geltend zu machen, Interessenbildungen also herbeizuführen, die schließlich auch distinkte, manifeste ethnizitätsförmige Identitätskonstrukte schrittweise aufheben könnten.

Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen der »langen Dauer«?

Ostdeutsche Identität indes ist weder auf ein Residuum des Vereinigungsprozesses zu reduzieren noch kann als gesichert gelten, daß es sich um ein Phänomen der langen Dauer handelt. Denn Identität ist das Ergebnis eines aktiven sozialen und kulturellen Konstruktionsprozesses und insofern gleichfalls ein Resultat des prozessierenden Wandels, mithin eine Transformationsgestalt. Offen bleibt ihre Perspektive, aber ein schnelles Verschwinden ist weder zu erhoffen noch zu befürchten, da sich entsprechende Rahmenbedingungen in der dualistisch verfaßten Gesellschaft der Bundesrepublik einstweilen verstetigt haben.

Identität als Konstrukt unterscheidet sich zugleich von Phänomenen der langen Dauer (»longue duree«), die im Sinne der französischen Historiker-Schule (»les annales«) mit der Begrifflichkeit der Mentalitäten erfaßt werden. Tiefer liegende und weiterreichende Mentalitätsbestände gehen zwar als »Baumaterial« selektiv ein in den Konstruktionsprozeß kollektiver Identitäten, betreffen jedoch in ihren Kerngehalten eine andere Ebene sozialen Daseins von Individuen, Gruppen und Gesellschaften.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

HELLA KAESELITZ

Die Ängste der Margaret Thatcher. Einige Aspekte der britischen Haltung zur deutschen Vereinigung*

Die britische Regierung hatte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in zahlreichen Verträgen das Recht der Deutschen auf ein einheitliches Staatsgebiet garantiert und immer wieder bekräftigt. Andererseits hatten 40 Jahre deutsche Zweistaatlichkeit dazu geführt, daß im Bewußtsein vieler Briten die Teilung Deutschlands als unwiderruflich galt, zumal zwei Staaten auf deutschem Boden ein Problem zu lösen schienen, das »im historischen Verständnis der Briten die Katastrophe des 20. Jahrhunderts verursacht hatte«¹. London befürchtete, daß ein wirtschaftlich und politisch erstarktes einheitliches Deutschland das bestehende Kräftegleichgewicht in Europa in Frage stellen könnte, einschließlich nicht vorhersehbarer Folgen für die internationale Sicherheit. Obwohl man offiziell am Ziel einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten als abstraktes Prinzip festhielt, hatte das britische Establishment den status quo akzeptiert und sich mit ihm arrangiert, zumal dessen Vorteile für Großbritannien klar auf der Hand lagen..

Es war deshalb kaum verwunderlich, daß die britische Regierung die sich im Spätsommer 1989 in der DDR anbahnenden Entwicklungen zunächst mit Zurückhaltung und Skepsis beobachtete. Vor allem die britische Premierministerin Margaret Thatcher reagierte sichtlich geschockt. Nach einem Gespräch mit Gorbatschow am 23. September in Moskau, mit dem sie sich in der Ablehnung eines vereinigten Deutschland einig wähnte, stand ihr Entschluß fest, »das damals schon rasante Tempo der Entwicklung zu bremsen«, zumal sie überzeugt war, daß auch andere westliche Spitzenpolitiker, insbesondere der französische Präsident Mitterrand, ihre Meinung teilten. In einer Analyse des britischen Außenministeriums zur deutschen Frage von Ende Oktober kam man zu der Überzeugung, daß die DDR durchaus als eigener Staat bestehen bleiben könnte, auch wenn die kommunistische Existenzbegründung wegfiel. Allerdings sollte man die Wiedervereinigung nicht offen ablehnen, sondern bei der vorsichtigen Sprache der Vergangenheit bleiben.²

Die britische Presse reagierte ebenfalls zunächst überwiegend skeptisch auf die Ereignisse in der DDR. So prognostizierte z.B. ein bekannter Kolumnist der Times das Vierte Reich, falls es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten käme. Andererseits erschienen Prognosen, daß man nicht mehr mit Dekaden, sondern nur noch mit 10 bis 15 Jahren rechnen müsse, ehe die Einheit vollendet sei, bereits sehr gewagt.³ Die britische Öffentlichkeit verhielt

Hella Kaeselitz – Jg. 1930, Dr. sc., Prof. em. für Allgemeine Geschichte, bis 1990 Bereichsleiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

* Eine ausführliche Fassung dieses Beitrages erscheint in dem Band »Das letzte Jahr der DDR - Zwischen Revolution und Selbstaufgabe« (Arbeitstitel) beim Dietz Verlag.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

1 Adolf M. Birke: Großbritannien und die deutsche Einheit, Coburg 1991, S. 2.

2 Philip Zelikow, Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche

Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, S. 147.

3 Julian Bullard: Die britische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung, in: Josef Becker (Hrg.): Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands, München 1992, S. 35 f.

4 Richard Davy: Großbritannien und die Deutsche Frage, in: Europaarchiv Folge 4/1990, S. 140.

5 Bullard, S. 39.

6 Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 506.

7 Ines Lehmann: Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Bd. 1: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, Frankfurt/Main 1996, S. 275.

8 Zelikow/Rice, S. 171.

9 Ebenda, S. 172.

10 Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993, S. 1100.

sich zunächst relativ gelassen. In einer im Oktober 1989 durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich immerhin 70 Prozent der Briten für die deutsche Einheit aus. Nur 16 Prozent zeigten Angst vor einer militärischen Bedrohung durch ein vereinigtes Deutschland, während 36 Prozent eine wirtschaftliche Bedrohung befürchteten.⁴ Doch bis zum Fall der Mauer waren diese Kommentare und Meinungsumfragen eher theoretischer Natur, ohne daß unmittelbare praktische Konsequenzen zu erwarten waren.

Die Situation änderte sich jedoch schlagartig nach dem 9. November 1989. Plötzlich war aus einem abstrakten Prinzip politische Realität geworden. Eine im November durchgeführte Meinungsumfrage ermittelte nur noch bei 55 Prozent der Briten eine Zustimmung zur Wiedervereinigung, und im Januar 1990 waren es gar nur noch 45 Prozent im Vergleich zu 61 Prozent in Frankreich.⁵ Erste offizielle Reaktionen aus Großbritannien auf die Maueröffnung waren von deutlicher Zurückhaltung geprägt. Immer wieder verlautete aus offiziellen Quellen, daß eine Vereinigung Deutschlands nicht auf der Tagesordnung stünde, sondern daß es in erster Linie um die Abhaltung freier, demokratischer Wahlen in der DDR gehe. Insbesondere Margaret Thatcher trat mit Nachdruck für die weitere Existenz der DDR unter demokratischen Vorzeichen ein. In einem Telefonat mit Bundeskanzler Kohl einen Tag nach der Maueröffnung bekräftigte sie, es komme jetzt darauf an, daß die DDR eine wirklich demokratische Regierung bilde.⁶

Ihre Deutschlandpolitik nach dem Fall der Mauer erläuterte die britische Premierministerin erstmalig ausführlich in einer Rede am 13. November beim traditionellen Bankett des Lord Mayor in der Guildhall der Londoner City. Sie forderte, mit Vorsicht auf die Ereignisse zu reagieren. Ziel müsse es sein, in der DDR eine echte Demokratie mit freien Wahlen zu entwickeln. Dies allein wäre schon eine gewaltige Leistung.⁷ Die Frage einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten klammerte sie in dieser Rede völlig aus. Wenige Tage später aber schrieb sie an Präsident Bush: »Wir müssen demonstrieren, daß wir nicht die Absicht haben, die Situation zum Nachteil der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion auszunutzen. Dafür ist unter anderem notwendig, unsere Ansichten deutlich zu machen,.... daß die deutsche Wiedervereinigung kein Thema ist, das gegenwärtig behandelt werden muß.«⁸ Auch bei ihrem Zusammentreffen mit Bush in Camp David am 24. November betonte sie, daß die Demokratisierungsbewegung in Osteuropa, einschließlich der DDR oberste Priorität besitze und daß sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt erhalten bleiben müßten. Besondere Betonung legte sie dabei auf die Rolle der Vier Mächte in Berlin und das KSZE-Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen.⁹

Erbost reagierte Margaret Thatcher auf den Zehn-Punkte-Plan Kohls, den dieser am 28. November vor dem Bundestag verkündet hatte. Sie bezeichnete diesen Vorstoß in Richtung deutsche Einheit, der ohne Konsultation mit den Verbündeten erfolgte, als eindeutigen »Verstoß gegen den Geist des Pariser Gipfeltreffens«.¹⁰ Auf diesem Sondergipfel der EG-Regierungschefs am 18. November waren die Vorgänge in Deutschland besprochen worden, ohne daß Kohl dort seine diesbezüglichen Absichten offenbart hatte. Doch

die britische Premierministerin hielt auch nach Kohls Zehn-Punkte-Plan eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht für unvermeidbar. Frau Thatcher argumentierte, daß die Herstellung der deutschen Einheit nicht allein Sache der Deutschen sei, da auch andere Länder davon ernsthaft betroffen seien. Gleichzeitig war sie sich im klaren darüber, daß sie von der amerikanischen Regierung in dieser Frage kaum Unterstützung zu erwarten hatte. Hingegen hoffte sie beim französischen Präsidenten Verständnis für ihre Haltung zu finden, denn auch Mitterrand stand dem Zehn-Punkte-Plan Kohls sehr kritisch gegenüber. Am Rande des EG-Gipfels in Straßburg am 8. und 9. Dezember traf Thatcher mit Mitterrand zweimal inoffiziell zusammen, um die deutsche Frage zu erörtern. Doch Mitterrand reagierte vorsichtiger als Thatcher, und es kam zu keinen abgestimmten Aktionen zwischen beiden. Auch ein erneutes Gespräch mit Mitterrand am 20. Januar im Elysée-Palast zum Thema Deutschland endete ohne konkrete Ergebnisse.

Der britische Außenminister Douglas Hurd, der vom 22. bis 24. Januar als Gast von Außenminister Fischer in der DDR weilte, agierte vorsichtiger und setzte andere Akzente als die Regierungschefin. Er bekannte sich zum Selbstbestimmungsrecht beider deutscher Staaten, plädierte aber für Besonnenheit beim Einigungsprozeß und empfahl, die Sicherheits- und anderen Aspekte der vier Siegermächte wie der NATO und der EG nicht außer acht zu lassen. Gleichzeitig sprach er sich für die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit mit der DDR auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet aus und äußerte die Gewißheit, daß der Demokratisierungsprozeß in der DDR neue Möglichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen eröffne.¹¹

Es stellt sich die Frage, welche Gründe Margaret Thatcher, eine stockkonservative überzeugte Antikommunistin, bewogen, ihre ganze Persönlichkeit in die Waagschale zu werfen, um die deutsche Zweistaatlichkeit zu erhalten, dabei einkalkulierend, daß die DDR damit im Einflußbereich der Sowjetunion bleiben könnte, einschließlich der weiteren Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR. In ihren Memoiren äußert sie sich dazu sehr freimütig: »Seit der Einigung unter Bismarck hat Deutschland ... stets auf unberechenbare Weise zwischen Aggression und Selbstzweifeln geschwankt.« Die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands hätten das am meisten gespürt. Deutschland dürfe deshalb keine Großmacht werden, die sich auf Kosten anderer Geltung verschafft. »... ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als daß es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre.« Deutschland sei vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge.¹² Für Thatcher war damit das im 19. Jahrhundert von Großbritannien kreierte imperiale Prinzip vom Gleichgewicht der Kräfte immer noch die entscheidende Maxime für ihre Beurteilung der machtpolitischen Konstellationen in Europa. Dieses Gleichgewicht der Kräfte aber sah sie durch die Vereinigung Deutschlands in höchstem Maße gefährdet.

Während eines Essens, das sie für einige ihrer Getreuen kurz vor Weihnachten arrangiert hatte, wurde sie noch deutlicher: »Wir

Die Tatsache, daß diesen Diskussionen zwischen Präsident Mitterrand und mir nur wenige oder gar keine praktischen Schritte in Hinblick auf die Deutsche Frage folgten, bewies seine grundsätzliche Abneigung, die Gesamtrichtung seiner Außenpolitik zu ändern. Im wesentlichen hatte er folgende Wahl: Er konnte entweder den europäischen Einigungsprozeß vorantreiben, um den deutschen Riesen zu bändigen, oder aber diese Linie aufgeben und sich auf jene von General de Gaulle zurückbesinnen – das heißt auf die Verteidigung der französischen Unabhängigkeit und eine Bündnispolitik zur Sicherung der Interessen seines Landes. Er traf die falsche Entscheidung für Frankreich. Darüber hinaus wuchsen wegen seiner Unfähigkeit, vertrauliche Worte mit öffentlichen Taten zu verknüpfen, auch meine Probleme. Allerdings muß man einräumen, daß sich seine Einschätzung, nichts könne die deutsche Wiedervereinigung aufhalten, als richtig erwies. Thatcher: Downing Street No. 10, S. 1104 f.

11 Neues Deutschland v. 23.1.1990.

12 Thatcher, S. 1095.

13 George Robert Urban: *Diplomacy and disillusion at the court of Margaret Thatcher. An insider's view*, London 1996, S. 105.

Freitag, 26. Januar 1990.
Ein ärgerliches Interview von M. Thatcher veröffentlicht heute das *Wall Street Journal*, in dem sie ihre bisherige Zurückhaltung aufgibt und sich unverblümt zur deutschen Frage äußert, wobei sie die Pose einer Beschützerin Gorbatschows annimmt. Wenn die deutsche Einheit zu schnell käme, so erklärt sie, würde das möglicherweise enorme Probleme für Gorbatschow schaffen, der darüber eventuell stürzen könnte, was eine Katastrophe für alle wäre. Die deutsche Einheit könne nur verwirklicht werden, wenn alle andere Verpflichtungen berücksichtigt würden... Harsche Kritik übt sie an der Bundesregierung: Kohl und Genscher sollten ihrer Meinung nach ihre engen nationalistischen Ziele der längerfristigen Sicht der Bedürfnisse Europas unterordnen. Man müsse ihnen diese weitsichtigeren Vision eintrichtern. Die deutsche Einheit ... zerstöre das wirtschaftliche Gleichgewicht der EG, in der Westdeutschland schon heute dominiere. Horst Teltschik: *329 Tage - Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S.115 f.

14 Thatcher, S. 1106.

haben immer für ein Gleichgewicht der Kräfte in Europa gekämpft und dies muß immer und immer wieder bewerkstelligt werden; laßt Euch nicht von Worten täuschen. Sobald sich die Deutschen völlig erholt haben, werden sie wieder ihre hegemonialen Interessen in ganz Osteuropa behaupten.« Gegenargumente ließ sie nicht gelten. Statt dessen ließ sie ihren Gefühlen freien Lauf, indem sie ausrief: »»einmal ein Deutscher, immer ein Deutscher«; »man kann ihnen nicht trauen«¹³. Was die Deutschen nicht durch Weltkriege errungen hätten, versuchten sie nun, durch ökonomischen Imperialismus zu erreichen. Paradoxerweise war das Ergebnis ihrer Überlegungen, nämlich die Erhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit einschließlich einer erneuerten, demokratischen DDR, identisch mit der damals in beiden deutschen Staaten vorherrschenden Meinung im linken Spektrum sowie unter verschiedenen Bürgerrechtsgruppen.

Anfang 1990 sorgte die britische Premierministerin erneut für große Aufregung, als sie in einem Interview für das »Wallstreet Journal« vom 25. Januar betonte, daß ihr die unangebrachte Eile des deutschen Vereinigungsprozesses große Sorgen bereite. Vor allem könne sie für den sowjetischen Staatschef große Probleme mit sich bringen. Die Bundesregierung reagierte äußerst gereizt auf dieses Interview mit dem Ergebnis, daß die britisch-westdeutschen Beziehungen Ende Januar einen absoluten Tiefpunkt erreicht hatten. Wie schon bei früheren Gelegenheiten machte sich Frau Thatcher auch in diesem Interview zum Anwalt von Gorbatschow, dem sie von Beginn ihrer politischen Beziehungen an große Sympathien entgegenbrachte und als dessen Beschützerin sie sich berufen fühlte. Sie äußerte wiederholt die Befürchtung, daß dieser infolge der Entwicklungen in Deutschland seine Macht verlieren und der Reformprozeß in der Sowjetunion ins Stocken geraten könnte. Es muß deshalb für sie eine große Enttäuschung gewesen sein, als Gorbatschow Ende Januar offiziell verlauten ließ, daß er nichts gegen die deutsche Einheit einzuwenden habe.

Auch die Interessen der anderen osteuropäischen Nachbarn Deutschlands, insbesondere Polens, spielten für sie – getreu ihrer Gleichgewichtspolitik, aber auch aus historischen Gründen – eine wichtige Rolle. Von Anfang an forderte sie im Interesse Polens eine Garantie der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, während Kohl dieser Frage immer wieder auswich. »Durch seine Unwilligkeit, einen ordentlichen Vertrag zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenze abzuschließen, war es Bundeskanzler Kohl gelungen, den schlimmstmöglichen Eindruck zu vermitteln.«¹⁴ Bei zahlreichen Gelegenheiten, darunter anlässlich eines Treffens mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki am 14. Februar in London, machte sie vertragliche Grenzgarantien zur Bedingung der deutschen Einheit und erhielt dafür auch von anderen Ländern Beifall und Unterstützung.

Ihr Mißtrauen gegenüber einem vereinten Deutschland dürfte auch von der Tatsache beeinflusst worden sein, daß in ihrem langjährigen Londoner Wahlkreis Finchley viele jüdische Menschen lebten, deren schmerzvolle Erinnerung an den Holocaust sie teilte und denen sie sich deshalb besonders verpflichtet fühlte. Außerdem gehörte sie einer Generation an, die den Zweiten Weltkrieg bewußt miter-

lebt hatte. Die Erfahrungen, die sie als junges Mädchen gesammelt hatte, darunter häufige Luftangriffe der Deutschen auf ihre Stadt sowie die Beherbergung eines jüdischen Mädchens aus Österreich in ihrer Familie, das die barbarischen Verbrechen der Nazis im eigenen Umfeld erfahren hatte, legten den Grundstein für ihr Deutschlandbild. Dies erklärt auch bis zu einem gewissen Grade, daß sie in der Deutschlandfrage überwiegend emotional agierte und reagierte, was so gar nicht ihrer Natur entsprach.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es vor allem folgende Beweggründe waren, die Margaret Thatcher veranlaßten, dem deutschen Einigungsprozeß Widerstand entgegenzusetzen: erstens befürchtete sie, daß ein vereinigtes Deutschland zu einem gefährlichen Machtpotential in geopolitischer, ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht werden und die Rolle Großbritanniens in den internationalen Beziehungen weiter zurückdrängen könnte; zweitens sah sie darin eine Gefahr für Gorbatschow und dessen Reformen in der Sowjetunion und drittens hatte für sie der Reformprozeß in Osteuropa Vorrang vor der Einheit Deutschlands, um u.a. Grenzverschiebungen zuungunsten der östlichen Nachbarn Deutschlands zu verhindern. Hinzu kamen vor allem emotional geprägte Ressentiments gegenüber Deutschland, deren Wurzeln in der deutschen Geschichte lagen.

Wenngleich Margaret Thatcher seit Anfang Februar davon ausging, daß der Fortgang der Dinge nicht mehr aufzuhalten war, »da sich die Deutschen wahrscheinlich für die Vereinigung entscheiden werden«¹⁵, blieb sie zunächst dabei, daß eine längere Übergangsperiode notwendig sei, damit die Vereinigung Deutschlands keine Ängste, sondern größere Sicherheiten schafft. Wenn es ihr schon nicht gelang, die Entwicklung in Richtung Einheit zu blockieren, dann wollte sie diese wenigstens verzögern. Allerdings geriet sie damit zunehmend in Widerspruch nicht nur zur oppositionellen Labour Party, sondern auch zur Mehrheit ihres Kabinetts und ihrer Partei.

Ohne ihre Vorbehalte aufzugeben, begann die Premierministerin ab Ende Februar 1990 eine aktivere Rolle im Vereinigungsprozeß zu spielen. Ihr außenpolitisches Betätigungsfeld fand sie vor allem in der Militär- und Sicherheitspolitik, da sie auf diesem Gebiet die besondere Rolle Großbritanniens als europäische Nuklearmacht und Hauptpartner der USA in der NATO herausstreichen konnte. Außerdem argwöhnte sie, daß ein vereinigtes Deutschland die vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik an die NATO in Frage stellen könnte. Deshalb bestand sie darauf, die militärischen Allianzen zu erhalten und die Westbindung eines vereinigten Deutschland zu gewährleisten. Dazu gehörte auch ihre Forderung, daß amerikanische Truppen in Deutschland verbleiben und modernisierte Nuklearwaffen weiterhin auf deutschem Boden stationiert sein sollten. So machte sie in einem Interview mit dem »Spiegel« Ende März geltend, daß Deutschland auch nach der Vereinigung Mitglied der NATO sein müsse. Gleichzeitig hielt sie es im Gegenzug für möglich, daß einige sowjetische Truppen weiterhin in Ostdeutschland bleiben könnten. Auch in diesem Interview übte sie noch einmal heftige Kritik am deutschen Vereinigungsprozeß und rügte Kohls Haltung in der polnischen Grenzfrage.¹⁶

15 Parliamentary Debates. House of Commons, Bd. 166, Sp. 757.

16 Der Spiegel, 13/1990, S. 160 ff.

Obwohl Margaret Thatcher immer wieder beklagt hatte, daß die außenpolitischen Aspekte bei der deutschen Einigung zu kurz kämen, folgten die Briten eher widerstrebend dem Mitte Februar 1990 auf der Konferenz der Außenminister der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Ottawa verabschiedeten Plan, zu diesem Zweck Zwei-Plus-Vier-Gespräche einzuleiten. Margaret Thatcher hatte zunächst nur Gespräche der Vier oder höchstens Vier-Plus-Zwei-Gespräche im Auge gehabt.¹⁷ Zwar beanspruchte sie später, daß die Ergebnisse zu einem beträchtlichen Teil dem britischen Beitrag zu verdanken seien. In Wirklichkeit aber gingen die wesentlichen Initiativen bei diesen Gesprächen von den USA und der BRD aus, während Großbritannien eher eine Nebenrolle spielte.

Ende März 1990 traf sich Margaret Thatcher auf ihrem Landsitz Chequers mit sechs britischen und amerikanischen Deutschlandexperten, um sich noch einmal zu vergewissern, ob ein vereinigt Deutschland angesichts der jüngeren deutschen Geschichte und des Nationalcharakters der Deutschen Anlaß zur Sorge gebe. Ein drei Monate später veröffentlichtes Protokoll dieser Zusammenkunft verursachte in Bonn großen Wirbel, weil damit der Anschein erweckt wurde, als habe es sich um ein Geheimtreffen gehandelt, bei dem die Fehler des deutschen Nationalcharakters im Mittelpunkt gestanden hätten. Auch bei diesem Treffen machte die Premierministerin aus ihrer Skepsis gegenüber einem vereinigt Deutschland, die sie vor allem historisch begründete, kein Hehl. Immer wieder bezog sie sich auf die beiden Weltkriege und brachte ihr tiefes Mißtrauen den Deutschen gegenüber zum Ausdruck. Obwohl die Gäste sie davon zu überzeugen suchten, daß ein vereinigt Deutschland keine Gefahr darstelle – wenngleich eine gewisse Vorsicht immer nützlich sei –, äußerte sie weiterhin tiefe Zweifel. »Sehr gut, sehr gut, ich bin an diesem Tisch überstimmt. Ich verspreche Euch, daß ich nett zu den Deutschen sein werde, nett zu Helmut, wenn er nächste Woche kommt, aber ich werde nicht besiegt sein. Ich werde nett zu ihm sein, aber ich werde an meinen Prinzipien festhalten.«¹⁸ Bei diesem Treffen ließ Margaret Thatcher auch keinen Zweifel an ihrer persönlichen Abneigung gegenüber Kohl, was allerdings auf Gegenseitigkeit beruhte. Die Chemie zwischen beiden stimmte von Anfang an nicht: für Thatcher war Kohl ein Provinzpolitiker, während er sie für machtbesessen hielt.

Bei dem darauffolgenden Treffen mit Kohl am 30. März, dem ersten und einzigen bilateralen Gespräch zwischen Thatcher und Kohl vom Mauerfall bis zum 3. Oktober 1990 waren allerdings beide bemüht, die gegenseitigen Vorbehalte in den Hintergrund zu schieben. Thatcher hatte sich zu diesem Zeitpunkt offenbar mit der Unvermeidbarkeit einer baldigen deutschen Vereinigung abgefunden. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen u.a. die NATO-Zugehörigkeit des vereinigt Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze. Frau Thatcher drang noch einmal darauf, daß die Grenzfrage mit Polen vertraglich geregelt werden müsse.¹⁹

Margaret Thatcher blieb bis zuletzt skeptisch. So äußerte sie am 2. Oktober 1990 in New York die Befürchtung, daß »Deutschland in Europa sehr dominant sein wird, deshalb ist es Aufgabe von uns übrigen, ihm nicht zu erlauben, den Ton anzugeben.«²⁰ Rück-

17 Angelika Volle: Großbritannien und die deutsche Einheit, in: Jochen Thies, Günther van Well: Auf der Suche nach der Gestalt Europas. Festschrift für W. Wagner, Bonn 1990, S. 137 f.

18 Urban, S. 128.

19 Siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit, S. 996 ff.

20 Anthony Glees: The British and the Germans: From enemies to partners, in: The Germans and their Neighbours. Ed. by Dirk Verheyen/Christian Soe, Boulder 1993. S. 52.

blickend gestand sie später ein, daß sie mit ihrer Politik in der Frage der deutschen Vereinigung gescheitert sei. Deshalb sei jedoch ihre Politik nicht falsch gewesen, wie insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung zeigten. »Die von den Westdeutschen betriebene Einverleibung ihrer benachbarten Verwandtschaft« habe sich als wirtschaftliche Katastrophe erwiesen. Letztendlich habe ihre Politik aber auch positive Auswirkungen gezeigt, da sie die Regierung der Bundesrepublik gezwungen habe, die Grenzfrage mit ihren östlichen Nachbarn zu klären.

Analysiert man die Gründe für das Scheitern ihrer Politik in der Deutschlandfrage, so läßt sich abschließend feststellen, daß Margaret Thatcher die Gefahren für Großbritannien durchaus richtig einschätzte. Sie sah voraus, daß ein vereinigtes Deutschland die internationalen Positionen Großbritanniens weiter schwächen würde, und zwar sowohl in politischer wie auch in ökonomischer Hinsicht. Ihr war auch klar, daß sich ein vereinigtes Deutschland beschleunigend auf den europäischen Einigungsprozeß auswirken würde, was nicht ihren Intentionen entsprach. Sie ging also durchaus von richtigen Fragestellungen für ihr Land aus, das sie bei einer deutschen Vereinigung auf der Verliererseite wähte. Dennoch mußte ihre Politik in der Deutschlandfrage letztendlich scheitern, weil sie nicht in der Lage war, eine positive und konstruktive Antwort auf die Ereignisse zu finden und sich statt dessen immer mehr in die Isolation manövrierte. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Dazu gehörten ihr antiquiertes, rein emotional geprägtes Deutschlandbild, die Differenzen zwischen ihr und ihrem Außenminister bzw. ihrem Kabinett in der Deutschlandfrage (die hier nicht näher ausgeführt werden konnten), die Fixierung auf Gorbatschow, dessen Kapitulation sie schwer getroffen haben muß, die gespannten Beziehungen zu Kohl, aber auch zu Genscher und zu Bush und nicht zuletzt ihre allgemeine Bunkermentalität, die für ihre letzten Regierungsjahre charakteristisch war. Sie verschanzte sich hinter ihre Vorbehalte, wußte selbst nicht mehr, was in ihrer eigenen Partei vor sich ging, und ignorierte die Realitäten in den beiden deutschen Staaten. Obwohl auch andere Länder Zweifel und Vorbehalte gegen das Tempo und die Art und Weise der deutschen Vereinigung hegten, gelang es ihr nicht, diese zu kanalisieren, um dadurch größeren Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu nehmen.

Der einzige Fall, in dem ich mit meiner Linie zu einem außenpolitischen Thema un-zweifelhaft gescheitert bin, war die deutsche Wiedervereinigung. Meine Absicht war, die Demokratisierung der DDR voranzutreiben und gleichzeitig ihre Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland hinauszuzögern. Gegen den ersten Aspekt dieser Politik würde niemand Einwände erheben. Damals waren viele auch mit dem zweiten Aspekt einverstanden, was durch viele Lippenbekenntnisse bekräftigt wurde. Die meisten Beobachter erkannten jedoch nicht, welche nationalistische Begeisterung für die deutsche Einheit in der DDR entbrannt war...Schließlich erwies sich der Wunsch der Deutschen beiderseits der Elbe jedoch als unwiderstehlich. Daher mußte diese Politik scheitern. Thatcher: Downing Street No. 10, S. 1125f.

RICHARD SAAGE

Utopie und Eros. Zu Charles Fouriers »neuer sozietärer Ordnung«¹

I.

Unter den Utopisten, so Theodor W. Adorno, bietet sich niemand dem Vorwurf des Utopismus schutzloser dar als Charles Fourier.² Tatsächlich führten seltsame Annahmen und Voraussagen dieses französischen Visionärs, aber auch seine skurile Kosmologie (vgl. I.91ff) dazu, daß man ihn, sofern seine Werke überhaupt zur Kenntnis genommen wurden, für einen Irren hielt. »Inspiriert durch phantastische Vorstellungen über die Sternenwelt (wie sie z.B. Kepler kannte), nimmt Fourier biologische Eigenschaften der Erde und der Sterne an und erwartete eine Art ›Brunst, durch die das Nordlicht neue zusätzliche Eigenschaften erhält, sich auf der Erde niederläßt und in Gestalt eines Kranzes oder einer Krone emporschwebt. Während das Nordlicht heute nur eine Lichtflut ist, wird es die Eigenschaften erwerben, zusammen mit seinem Licht Wärme zu verteilen«.³

Die Folgen, die Fourier der aus diesem Vorgang resultierenden Erwärmung der Erdatmosphäre zuschrieb, waren für seine zeitgenössischen Kritiker an Phantastik kaum zu überbieten: Sie führten nicht nur zur Schmelzung der Polkappen und zur Erweiterung der Wachstumsgrenze von Wein bis zum 60. und von Orangen bis zum 70. Breitengrad. Darüber hinaus nehme das entsalzte Seewasser Limonadengeschmack an und rufe eine Mutation der Seetiere hervor: »Anti-Haie« und »Anti-Wale« helfen bereitwillig den Menschen beim Fischen. Sie dienen ihm aber auch ebenso als rasche Transportmittel wie die Anti-Löwen auf dem Festland.⁴ Doch auch die Omnipotenz seiner »neuen Menschen«, die nach Einführung der sozietären Ordnung die Welt bevölkern werden, ist kaum zu übertreffen. Sie werden nicht nur »im Durchschnitt 7 Fuß groß und 144 Jahre alt« (I.244, I.118); ihre durchschnittliche Begabung ermöglicht es darüber hinaus, daß »es auf der Erde siebenunddreißig Millionen Dichter wie Homer, siebenunddreißig Millionen Mathematiker wie Newton, siebenunddreißig Millionen Autoren wie Molière geben« wird (I.138).

Diese merkwürdigen Antizipationen haben Fourier die Charakterisierung eingebracht, er sei »unsäglich albern«. Sein Œuvre könnte nicht anders als »die Werke eines Idioten« eingestuft werden, »und wer dies nicht einsehen wolle oder könne, ›der dürfe selbst unter irgend eine Kategorie von Idioten einzureihen sein« (Dühring).⁵ Doch zur gleichen Zeit lobte Friedrich Engels Fourier, er habe »die bestehenden sozialen Verhältnisse mit einer

Richard Saage – Jg. 1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

1 Im folgenden zitiere ich nach folgender Edition: Charles Fourier: Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen. Hrsg. von Theodor W. Adorno. Eingeleitet von Elisabeth Lenk. Deutsche Übersetzung: Gertrud von Holzhausen, Frankfurt am Main 1966. Im folgenden zit. als I. Zusätzlich wurde herangezogen: Charles Fourier: Ökonomisch-philosophische Schriften. Eine Textauswahl. Übersetzt und mit einer Einleitung hrsg. v. Lola Zahn, Berlin 1980. Im folgenden zit. als II. Die Belegstellen der Fourier-Zitate befinden sich, durch runde Klammern gekennzeichnet, im Text. Sie wurden verglichen mit den einschlägigen Textstellen der folgenden französi-

solchen Schärfe, einem solchen Witz und Humor kritisiert, daß man auch ihm seine auf einer genialen Weltanschauung beruhenden kosmologischen Phantasien gerne verzeiht«. ⁶ Anerkennung erntete Fourier aber nicht nur als Zeitdiagnostiker, sondern auch als utopischer Visionär. Jean Jaurès bezeichnete ihn als den einzigen Denker, der die Kraft gehabt habe, »die Möglichkeit einer neuen Ordnung« zu konzipieren. ⁷ In ähnlicher Weise zeigte sich Adorno von Fouriers Fähigkeit beeindruckt, »die Vorstellung des besseren Zustands zu konkretisieren«. ⁸ Heute wird Fourier als Vordenker des Feminismus sowie einer ökologischen Erneuerung und einer den individuellen Bedürfnissen entsprechenden Architektur- und Stadtplanung ebenso ernst genommen wie als Visionär eines auf umfassender Triebbefriedigung beruhenden Begriffs der Arbeit, »jenseits von jeder Art von Gewalt und Zwang und in einer Umgebung äußersten Luxus«. ⁹

In gewisser Weise kann das Werk Fouriers als eine Antwort auf das verstanden werden, woran er in seiner beruflichen Laufbahn scheiterte und was er in seinem bürgerlichen Leben entbehren mußte. ¹⁰ Geboren am 7. April 1772 in Besançon als Sohn eines wohlhabenden Tuchhändlers, besuchte Charles François Marie Fourier »eine weiterführende Schule, wird aber zum Kaufmannsberuf gezwungen, gegen den er offenbar schon früh eine tiefe Abneigung empfindet. 1793 verliert er während des Aufstandes der Girondisten und Royalisten sein Vermögen und wird von den siegreichen Jacobinern verhaftet und zum Tode verurteilt, weil er auf seiten der Aufständischen zu kämpfen gezwungen war. Der Umbruch des Thermidor befreit ihn aus dem Gefängnis. Verarmt muß er fortan als Geschäftsreisender und Angestellter sein Brot verdienen. Sein glanzloses Leben verläuft in »anständiger Armut« in Lyon und Paris, wo er erst während seiner letzten Lebensjahre einen wachsenden Kreis von Schülern um sich scharf: 1837 ist er dort gestorben«. ¹¹ Als 1832 einer seiner Schüler in der Nähe von Rambouillet 500 Hektar Land kaufte, um ein Phalanstère zu gründen, lehnte Fourier diese Initiative ab, weil sie nicht bis ins Detail seinen Vorstellungen entsprach. Andere Versuche z.B. in den Vereinigten Staaten und in Algerien, Assoziationen im Sinne Fouriers zu entwickeln, scheiterten. ¹² Die bekanntesten Kommunen, die sich auf Fouriers Ideen in den USA beriefen, waren die Brook Farm in Massachusetts (1841-1846) sowie die North American Phalanx at Red Bank, New Jersey.

Ohne jemals eine Universität besucht zu haben, verfaßte Fourier seine Bücher als »viel lesender« (Fetscher) Autodidakt. 1808 erschien seine erste große Arbeit Theorie der vier Bewegungen. Vor allem auf diese Arbeit beziehe ich mich im folgenden, weil sie im Kern alle Elemente seiner Konzeption enthält, die er in seinen späteren Werken, nämlich Traktat der häuslichen und landwirtschaftlichen Assoziation, 2 Bände (1822); Die neue industrielle und sozietäre Welt (1829/30) sowie Die falsche, zerstückelte, abstoßende, lügnerische Industrie und das Gegenmittel: die natürliche, wahrhafte und anziehende Industrie (1833/36), weiter entwickelt und entfaltet. Die zweite Einschränkung ergibt sich aus der Fragestellung, die diesem Aufsatz zugrundeliegt. Fouriers

schen Edition: Charles Fourier: Œuvres complètes, 12 vol. Réimpr. de l'éd. de Paris 1841-1845, complété par tous les textes tardifs, dispersés et inédits publiés de 1845 à 1858, Genève 1971.

2 Vgl. Adorno, Vorwort zu Fourier, Theorie (Anm.1), S. 6.

3 Iring Fetscher: Charles Fourier (1772-1837), in: Klassiker des Sozialismus I. Von Babeuf bis Plechanow. Hrsg. v. Walter Euchner, München 1991, S. 73.

4 A.a.O., S. 73f.

5 Dietrich-E. Franz: Saint-Simon, Fourier, Owen. Sozialutopien des 19. Jahrhunderts, Köln 1988, S. 63.

6 Friedrich Engels: Ein Fragment Fouriers über den Handel, in: Ökonomisch-philosophische Schriften (Anm.1), S. 124.

7 Zit. n. Simone Debout-Oleszkiewicz: Fouriérisme, in: Encyclopaedia Universalis, Corpus 9, Paris 1989, S. 751.

8 Adorno, Vorwort (Anm. 2), S. 6.

9 Michael Winter: Fourier, in: Metzler Philosophen Lexikon, Stuttgart 1989, S. 253.

10 Zu Leben und Werk Fouriers vgl. u.a. Friedrich Muckle: Die großen Sozialisten I: Owen – Fourier – Proudhon, 3. Aufl., Leipzig, Berlin 1919; Thilo Ramm: Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Stuttgart 1955, S. 318-311; Günter Behrens: Die soziale Utopie des Charles Fourier, Köln 1977; M.C.Spencer: Charles Fou-

rier, Boston 1981; Helmut Jenkis: Sozialutopien - barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 341-358; Fetscher, Fourier (Anm. 3), S. 58-75; Franz, Saint-Simon (Anm. 5), S. 59-96; Lola Zahn: Einleitung des Herausgebers, in: Ökonomisch-philosophische Schriften Fouriers (Anm.1), S.VII-LIII; Winter, Fourier (Anm. 9), S. 253-256; Emile Poulat: Fourier, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 5 (1968), S. 547f; Edward S. Mason: Fourier and Fourierism, in: Encyclopaedia of the Social Sciences, Vol. 5, New York 1950, S. 402-404; Nicholas V. Riasonovsky: Fourier, in: The Encyclopaedia of Philosophy, Vol. 3, New York, London 1967, S. 215f; A. Perrier: Fourier, in: Dictionnaire de Biographie Française, Tome Quaterzième, Paris 1979; S. 772-776; G. Gengembre: Fourier, in: Dictionnaire des Littératures de Langue Française (A-F), Paris 1984, S. 837f; Simone Debout-Oleszkiewicz: Fouriérisme (Anm. 7), S. 751-753.

11 Fetscher, Fourier (Anm. 3), S. 60.

12 Vgl. hierzu Jenkis, Sozialutopien (Anm. 10), S. 354-358.

Werk ist bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt seiner Rolle als Wegbereiter des marxistischen Sozialismus und neuerdings der Freud'schen Psychoanalyse, der Architekturgeschichte sowie der Ökologieproblematik gelesen und interpretiert worden. Mein Erkenntnisinteresse besteht demgegenüber in der Auseinandersetzung mit der Frage, inwiefern Fourier dem utopischen Paradigma der klassischen Tradition zugeordnet werden kann und in welchen Hinsichten er es sprengt bzw. erneuert.

Worin besteht nun aber die gemeinsame Schnittmenge zwischen Fouriers Ansatz und der klassischen Utopietradition, die einen solchen Vergleich überhaupt erst ermöglicht? Neben anderen Aspekten sehe ich sie vor allem darin, daß sich Fouriers »neue sozietäre Ordnung« dem Leser erst dann ganz erschließt, wenn man sich ihr im Licht jener gesellschaftlichen Fehlentwicklung nähert, denen sein utopisches Konstrukt als die bessere Alternative gegenübertritt. Nicht zufällig berief er sich auf Hobbes und Rousseau, »die in der Zivilisation eine Umkehr der Natur und eine systematische Entwicklung aller Laster sahen« (I.354). Die von Menschen bewohnten Teile der Erde seien zu Dreiviertel von Halsabschneidern und Barbaren bevölkert, »die die Bauern und Frauen versklaven und in jeder Hinsicht eine Schmach für die Vernunft sind«. Die Gauner und Zivilisierten rühmten »sich ihrer Fortschritte, während sie doch nur Armut und Korruption auf die Spitze treiben« (I.87). Die Leidenschaften, an sich die positivste Triebkraft der menschlichen Natur, lösten unter den depravierten Bedingungen der Zivilisation einen »Krieg aller gegen alle« aus (I.106). Die historischen Gesellschaften nach Beendigung des »goldenen Zeitalters« könnten, so Fourier, für das Werk von Teufeln gehalten werden. »Übergabe man den Dämonen die Herrschaft über unseren Erdball, würden sie da eine widerwärtigere Ordnung bewirken können als diese (...) Gesellschaften, die allen Schändlichkeiten Unterschlupf bieten«? (II.240)

Ohne Zweifel findet bei Fourier der Verfall der zwischenmenschlichen Beziehungen in der »Zivilisation« seinen radikalsten Ausdruck in der Unterdrückung der Frau. Die Tyrannei, die der Mann in der monogamen Ehe über die Frau ausübt, ist in der utopischen Literatur kein neues Thema: Sie wurde bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von de Foigny und am Vorabend der Französischen Revolution von Diderot angeprangert. Doch ist mir kein Utopist bekannt, der der Notwendigkeit der Frauenemanzipation eine so große Bedeutung beimaß wie Fourier. »Der soziale Fortschritt«, so schrieb er, »und der Übergang von einer Periode zur anderen erfolgt auf Grund der Fortschritte in der Befreiung der Frau«. Umgekehrt werde der »Niedergang der Gesellschaftsordnung durch die Abnahme der Freiheit für die Frau bewirkt« (I.190). Im Licht dieses Kriteriums hat Fourier die bürgerliche Ehe einer radikalen Kritik unterzogen: Sie sei ein einziger Zwangszusammenhang »und keine freie, leidenschaftliche und auf Wunsch wieder auflösbare Vereinigung« (I.131).

Fouriers Kritik an der Unterdrückung der Frau in der bürgerlichen Ehe muß in den Kontext seiner Analyse der »Zivilisation« und ihrer ökonomischen Mechanismen insgesamt gestellt werden.

Die Liste der Mißstände in den Ländern, die durch die Industrialisierung umgewälzt wurden, reichen vom Bevölkerungsüberschuß und der sich daraus ergebenden Armut und der Unrentabilität individualistisch organisierter Familienbetriebe über die aus ihrer täglichen Fron herrührenden emotionalen Depravierung der Arbeiter und deren materieller Verelendung infolge wirtschaftlicher Rezessionen, bis hin zur Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen der reichen und mittleren Klassen, während die armen Schichten »auf dem Nullpunkt« verharren müssen usw. (II. 41). Hellsichtig konstatierte er darüber hinaus bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts, daß eine umweltzerstörende Industrie durch zersplitterte Ansiedlung ihrer Standorte die Vernichtung der Wälder, die Verunreinigung der Quellen, die Freilegung der Abhänge und die Verschlechterung des Klimas bewirke (II.42). Die Wissenschaft stelle Chemikalien her, die die natürlichen Eigenschaften der das Volk ernährenden Lebensmittel veränderten und verfälschten (II.224). Doch Fourier gab sich nicht mit der bloßen Feststellung dieser zu Lasten des Gemeinwesens sich auswirkenden Tendenzen zufrieden; er versuchte auch, die ökonomischen Mechanismen aufzuzeigen, die die Polarisierung der Gesellschaft hervorrufen. Im wesentlichen führte er sie auf Strukturdefekte der Konsumtion, der Konkurrenz sowie der Zirkulationssphäre zurück.

Die Konsumtion, so Fourier, kranke vor allem daran, daß sie sich nach den Launen der Müßiggänger und nicht nach dem Wohl der Produzenten richte (II.62). Indem sie sich auf den Luxus der Reichen gründe, beschränke sie die Produzenten darauf, »von Abfällen und Wasser zu leben« (II.42). Auch die Auswirkungen der Konkurrenz in ihrer vorherrschenden Form seien katastrophal. In dem Maße, wie sie auf die Vernichtung des wirtschaftlichen Rivalen abziele, fingen die Kaufleute an, sich mit Dumpingpreisen gegenseitig in den Bankrott zu treiben. »Die einen ruinieren sich um der fragwürdigen Ehre willen, große Geschäfte zu machen, die anderen in dem Wahn, sie müßten einen Rivalen ausstechen, dessen Erfolg sie zur Verzweiflung bringt« (I.322). Noch ungünstiger wirke sich die an Profitmaximierung orientierte Konkurrenz auf die lohnabhängig Beschäftigten aus: Sie verursache Lohnsenkungen und stürze das Volk durch die Entwicklung der Industrie in Armut. Die Konkurrenz zwingt die Arbeiter, eine Beschäftigung zu einem Spottpreis auszuüben, und sie veranlasse die Händler, auf betrügerische Mittel zurückzugreifen (II.62). Die Hauptstoßrichtung der ökonomischen Kritik Fouriers zielte jedoch ab auf die Zirkulationssphäre. Ihr Struktureffekt, so hob er immer wieder hervor, bestehe darin, daß ihre Agenten, also Kaufleute und Händler, als Eigentümer der Produkte sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten übervorteilten und das Industriesystem durch Warenhortung, Erpressung, Bankrott usw. durcheinander bringen (ebd.). In der Zirkulationssphäre herrschten unter der Maske der individuellen Freiheit Falschheit und Anarchie, der die Masse zum Opfer falle (II.42). Die Analyse der Räubereien des Handels beweise, daß die Kaufleute im Gegensatz zu den Fabrikanten – »nichts als verbündete Piraten, Schwärme von Aasgeiern sind, die die landwirtschaftliche Arbeit und die der Manufakturen

verschlingen und in jeder Hinsicht das Volk unterjochen« (I.297).

Fourier, so kann zusammenfassend festgestellt werden, bestätigt den seit Morus Schule machenden sozialkritischen Topos, daß die zeitgenössische Gesellschaft durch die Gegensätzlichkeit des kollektiven und des individuellen Interesses charakterisiert ist. Die Wurzel aller Übel bestehe darin, daß das Individuum seine Interessen nur verfolgen könne, indem es die Masse betrügt und dieses auf Täuschung beruhende Konkurrenzverhalten vom Staat legalisiert wird (II.41f). Gleichzeitig komme es aber durch die Industrialisierung und die Entwicklung der Wissenschaft zu einer ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit. Wie schon Saint-Simon vor ihm, von dem er sich in anderen Hinsichten freilich kritisch distanziert, sah Fourier den Kern der gesellschaftlichen Krise seiner Zeit in dem Umstand, daß es der Gesellschaft nicht gelinge, ein »richtige(s) Verhältnis (...) zwischen der gesellschaftlichen Stufe und dem Entwicklungsgrad der Industrie« (II.225) herzustellen. Doch wie ist das Ideal der sozialen Organisation zu charakterisieren, die dem Fortschritt der industriell entfalteteten Produktivkräfte angemessen erscheint?

Auf den ersten Blick scheint es, als ob Fourier in der Tradition des alten utopischen Topos steht, daß das Ganze Vorrang vor dem Einzelnen hat. Gott könne, so argumentierte er, nicht wollen, daß seine Werke vergänglich und ständiger Desorganisation unterworfen sind. Das aber wäre der Fall, »wenn ihre Ausführung auf einzelnen beruhte, die dem Tod und der Unbeständigkeit unterworfen sind«. Daher habe er zur Fundierung seiner Schöpfung den Individuen die »Gruppen oder leidenschaftlichen Vereinigungen« vorgezogen, die sich vervollkommen und unsterblich sind, weil sie von Generation zu Generation Fertigkeiten und praktische Erfahrungen weitergeben (I.377). Zugleich erteilt sein Gesellschaftsideal dem besitzindividualistischen Egoismus eine klare Absage; er sei in der Zivilisation ein »Zentrum der Zerstörung« und präge das Signum einer Sozietät, »in der Falschheit und Unterdrückung herrschen« (I.133). Vielmehr werde in der neuen Gesellschaft »das eigene Glück« der Menschen »mit dem seiner Umgebung und dem der ganzen, heute so hassenswerten Menschheit in Einklang« gebracht, und zwar im Zeichen einer »grenzenlosen Menschenliebe«, ein(es) »allgemeinen Wohlwollen(s)« (I.132).

Es ist aber nicht nur die Verheißung der Einheit von individuellem und kollektivem Glück, die Fourier eindeutig in die utopische Tradition einzuordnen scheint. Er folgt ihr auch in der Hinsicht, daß er immer wieder gegenüber der Unverbundenheit der isolierten Haushalte in der Zivilisation die perfekte nach rationalen Gesichtspunkten erfolgende Organisierung der idealen Gesellschaft der Zukunft hervorhebt: »Jeder Teil«, so lautet seine zentrale Prämisse, »ist für das Ganze notwendig, und fehlte auch nur ein Rädchen, so geriete die ganze Maschine in Unordnung« (I.375). Das Abbild der neuen Gesellschaftsordnung wiederhole sich »in allen festen und flüssigen Teilen des menschlichen Körpers, zum Beispiel in den achthundert Muskeln von Mann und Weib (...)« (I.359). Auch figuriert bei Fourier der Bienenstaat als Symbol der zukünftigen gesellschaftlichen Harmonie (I.360). Tatsächlich ist in Fouriers

neuer sozietärer Ordnung alles und jedermann erfaßt und klassifiziert. Organisatorisch eingebunden in das engmaschige Netz einer strikten Zeitökonomie, ist jedes individuelle Bedürfnis in Übereinstimmung gebracht mit allen anderen Bedürfnissen. In dem Maße, wie das richtige Funktionieren des einen Teils des Systems garantiert wird durch das Funktionieren des Rests, erscheint die Harmonie perfekt, und nichts darf ihre Vollkommenheit stören.¹³ Auch das Postulat einer sozialen Statik in der Bevölkerungsentwicklung übernimmt Fourier von der älteren Utopietradition (I.225). Und schließlich greift er auf die geometrische Formensprache der klassischen Utopietradition zurück, wenn er für seinen Versuchspalast eine Architektur vorsieht, die, an Versailles orientiert, sich von der »strengen Symmetrie barocker Palastbauten« ebenso inspirieren läßt wie von deren »repräsentativem Gestus«.¹⁴

Doch diese Übereinstimmung mit der normativen Stoßrichtung des utopischen Ideals, die Fourier mit der älteren Utopietradition verbindet, ist in der neueren Forschung mit guten Gründen relativiert worden. Im älteren Utopiediskurs wurde das ideale Gemeinwesen in einem geschichtslosen Raum angesiedelt: Was in sich vollkommen ist, läßt keine substantielle Veränderung zu und steht daher jenseits des historischen Wandels. Fourier dagegen strebe die Versöhnung von Perfektion, Niedergang und Entwicklung in seiner »Version der Vergangenheit und der zukünftigen Geschichte der Welt« an.¹⁵ Diese Intention wirke sich in seinem Architekturverständnis dahingehend aus, daß er den Übergang von der statischen Architektur der »Idealstadt« zu einer dynamischen »Entwicklungsplanung« vollzogen habe.¹⁶ Im Gegensatz zum klassischen utopischen Muster sei es Fourier außerdem darum gegangen, »die entmündigten Versorgungsobjekte klassisch-utopischer Sozialplanung zu selbstbewußten Neigungssubjekten« zu emanzipieren.¹⁷ Mußte sich im älteren utopischen Denken der einzelne dem Gewaltmonopol des Staates unterordnen, so gehe Fourier den umgekehrten Weg: »Er paßt die Form der Gesellschaft dem Lustprinzip an. So wird nicht die Staatsgewalt Grundlage der gesellschaftlichen Maschinerie, Gewalt und Triebverdrängung Grundlage geistiger Produktion, sondern die Lust«.¹⁸

Wenn diese Feststellungen zutreffen, dann stellt sich die Frage, wie Fourier diesen bedeutsamen Paradigmenwechsel im Rahmen seines wirtschaftlichen und politischen Systems der Zukunft institutionell zu konkretisieren sucht und welche Auswirkungen dieser Schritt auf seine Rolle innerhalb der modernen Utopietradition hat.

II.

Fourier ließ nie einen Zweifel daran, daß seine genossenschaftliche Ordnung sich nicht mit dem »Wunschtraum der Philosophen nach Gleichheit und Nivellierung vereinbaren läßt« (I.355). Ausdrücklich tat er »Gleichheit und Gütergemeinschaft« als »philosophische Hirngespinnste« ab, und abschätzig polemisierte er gegen Owen, dessen Dogma der Gütergemeinschaft so jämmerlich sei, daß es keiner Widerlegung bedürfe (II.71). Wer den angestrebten industriellen und landwirtschaftlichen Genossenschaften oder Assoziationen »lächerliche Trugschlüsse« wie »die Gütergemeinschaft,

13 Spencer, Fourier (Anm. 10), S. 133.

14 Gerd de Bruyn: Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken, Braunschweig, Wiesbaden 1996, S. 122.

15 Spencer, Fourier (Anm. 10), S. 134.

16 De Bruyn, Diktatur (Anm. 14), S. 130.

17 A.a.O., S. 129.

18 Winter, Fourier (Anm. 10), S. 255. Winter vergleicht Fouriers Ansatz freilich mit kontraktualistischen Paradigma bei Hobbes; die von ihm aufgezeigte Differenz läßt sich aber auch auf etatistische Utopietradition beziehen.

diese schöne Brüderlichkeit wahrer Philanthropen, die alle einheitlicher Meinung sind«, zugrundelege, verfälsche sie (II.69). Tatsächlich sah Fourier – im Unterschied zu vielen seiner Vorgänger seit Morus – den utopischen Zielwert in einem »abgestuften (Hervorhebung von mir, R. S.) Reichtum« (I.62). Privateigentum, Erbrecht und Unterschiede des Lebensstandards vorausgesetzt, bedürfe es im Gegensatz zur »faden Moral« des Egalitarismus und der Gütergemeinschaft in der sozietären Ordnung ebenso der Nichtübereinstimmung wie der Übereinstimmung. Der Dissens, so können wird Fourier interpretieren, ist sogar konstitutiver für die Erzeugung der sozialen Harmonie als a priori vorausgesetzte Homogenität: Um einen sozietären Kanton von 1800 Personen zu bilden, müßten mindestens 50000 nicht übereinstimmende Züge sichtbar werden, ehe eine Übereinstimmung hergestellt werden kann (II.69). Aber die Frage ist, nach welchen Grundsätzen sich das Wirtschaftssystem zu richten hat, das diese Zielvorgaben einlöst.

Die entscheidende Kraft des utopischen Wirtschaftssystems bei Fourier sind die zwischenmenschlichen Leidenschaften, weil er in der Lust eine Energie sieht, »die, wenn man sie richtig nutzt wie ein Perpetuum mobile, alle gesellschaftliche Bewegung auf immer reibungslos und problemlos in Gang halten kann«.19 Im Unterschied zur herrschenden Moralphilosophie, aber auch zu gewichtigen Repräsentanten der älteren Utopietradition, wertete er den Sexualtrieb auf: In seiner motivationsbildenden und konstruktiven Kraft räumt er ihm sogar einen höheren Stellenwert ein als der Vernunft. Das Dilemma der Zivilisation bestehe darin, daß sie die Leidenschaft depraviere: In der Anarchie der unverbundenen Haushalte und der gewinnbezogenen Konkurrenz werden sie zu einer mächtigen Triebfeder destruktiver Konflikte. Demgegenüber eröffnet die genossenschaftliche Ordnung der Entfaltung des Lustprinzips ganz andere Möglichkeiten: Sie verwandelten sich im genossenschaftlichen Gemeinwesen zur Quelle von »Eintracht und Überfluß« (I.56). So werden die beiden wichtigsten ökonomischen »Leidenschaften« innerhalb der Zivilisation, nämlich Habgier und Konkurrenzverhalten, nicht einfach negiert, sondern in einer sozietären Ordnung gleichsam auf eine höhere Stufe gehoben.

Dieser Prämisse gemäß stellt sich zwischen den einzelnen, die entweder über Kapital oder Arbeit oder Talent verfügen, nach rationaler Abwägung ihres Interesses an individueller Nutzenmaximierung ein Gleichgewicht her, das die Habgier insofern »veredelt«, als in der sozietären Ordnung das individuelle Interesse mit dem der Gesamtheit übereinstimmt. Er demonstriert die Lösung dieses Problems am Beispiel der sozietären Verteilungsgerechtigkeit. Die in einer Assoziation, auch Phalanstère oder Leidenschaftsserie genannt, zusammengefaßten einzelnen entlohnen jedes Mitglied im Verhältnis zu den drei Fähigkeiten: Kapital, Arbeit und Talent. Ein reicher Kapitaleigner wird einsehen, daß es sein eigener Vorteil ist, wenn er diejenigen, die nur durch Talent oder Arbeit ihr Geld verdienen, bei der Verteilung des wirtschaftlichen Gesamtproduktes nicht benachteiligt; ihre Unzufriedenheit nämlich könnte den Gesamtertrag der Assoziation mindern und sogar die

19 A.a.O., S. 254.

sozietäre Ordnung auflösen (I.214f). Ähnlich wird sich derjenige verhalten, der nur über Arbeit verfügt. Da er weiß, daß am wirtschaftlichen Gesamtprodukt auch diejenigen mitwirken, die ihr Talent oder ihr Kapital investieren, wird er sich mit einer Verteilung einverstanden erklären, die den Interessen des Kapitals und des Talents entgegenkommt (II.217). In ähnlicher Weise suchte Fourier auch dem Konkurrenzverhalten dadurch eine konstruktive Wendung zu geben, daß die Kontraste innerhalb der Assoziationen Spannungen zwischen weiblichen und männlichen oder armen und reichen »Serien« hervorrufen. Wie Fourier einerseits darauf setzte, daß erotische Energien sich in wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verwandelten, so war er andererseits davon überzeugt, die ärmste Assoziation werde im Interesse ihrer öffentlichen Anerkennung alles tun, »Reinlichkeit, Geschicklichkeit, Höflichkeit und alle anderen mit ihren geringen Glücksgütern vereinbaren Eigenschaften aufs höchste zu steigern« (I.175).

Es wurde schon angedeutet, daß die landwirtschaftliche und industrielle Produktion selbst im Rahmen einer »Sippe« bzw. »Leidenschaftsserie« stattfindet: Es handelt sich um Gruppen, die für die Verrichtung der gemeinsamen Arbeit gebildet werden. Bei ihrer Konstituierung ist die Neigung der Beteiligten für eine spezielle Tätigkeit und einen bestimmten Produktionszwang ebenso entscheidend wie die Zuneigung zueinander (II.14, Anm. 6). So könnte z. B. eine »Leidenschaftsserie« von Handwerkern die drei Berufe des Zimmermanns, des Schreiners und des Kunsttischlers ausüben. Diese Assoziation wird sich einen Namen und ein Wappen geben. Eine andere Serie könnte sich aus Wäscherinnen, Schneiderinnen und Putzmacherinnen etc. zusammensetzen (I.173). Mit Stoßrichtung gegen den älteren Typus der Sozialutopie betonte Fourier immer wieder, daß diese Assoziationen »keinen Zwang, keine mönchische Unfreiheit zu(lassen)« (I.174): Jeder sei völlig frei in der Ausübung seiner Arbeit; er verrichtet nur solche Tätigkeiten, in denen er Vorzügliches zu leisten hofft (I.226). Zugleich ist innerhalb der sozietären Ordnung dem kapitalistischen Handel der Boden entzogen. Alle landwirtschaftlichen Assoziationen zum Beispiel einigen sich darauf, »ohne Händler auszukommen und ihre Käufe und Verkäufe unmittelbar miteinander zu tätigen« (II.233). Der Markt wird durch Lagerhäuser und Vermittlungsagenturen ersetzt, die zu Distributionszentren avancieren. Natürlich hat in einem solchen Verteilungssystem ein Kapitalmarkt keinen Ort mehr, da es bei Händlern, Bankiers und Aufkäufern keine Anlagemöglichkeiten mehr gibt: Kapitalisten können ihr Kapital nur noch nützen, indem sie es produktiv in Ländereien, Fabriken oder in andere »produktive« Unternehmungen investieren (ebd.).

Es besteht keine Frage, daß das Konfliktregelungsmodell, das Fouriers Ökonomie zugrundeliegt, mit der Erwirtschaftung eines gesellschaftlichen Reichtums steht und fällt, der eine Konkurrenz um knappe Güter ebenso gegenstandslos macht wie die Zumutung eines Bedürfnisverzichts der großen Masse der Bevölkerung. Immer wieder betonte Fourier, die individuelle Motivation könne dem gemeinsamen Interesse erst »durch die Reize des Gewinns und der Sinnenlust« (I.53) dienstbar gemacht werden. Um diese Wohl-

standsperspektive abzusichern, formulierte Fourier noch drei weitere Argumente, die seinem utopischen Gemeinwesen der Einheit in der Vielfalt oder der Harmonie in der gesellschaftlichen Differenzierung eine zusätzliche Plausibilität verleihen sollten:

1. Wie seine Vorgänger in der älteren Utopietradition ging Fourier von der vollständigen Mobilisierung aller Arbeitsressourcen aus. Handelte es sich bei den Utopisten vom 16. bis zum 18. Jahrhunderts darum, dem Müßiggang des Adels sowie seines Anhangs und des Klerus ein Ende zu bereiten, so richtete Fourier seine kritische Aufmerksamkeit auf die in der Zirkulationssphäre Tätigen, also die Händler, Kaufleute, Bankiers und ihre Angestellten; sie gelte es, in der genossenschaftlichen Ordnung einer »produktiven« Tätigkeit zuzuführen – gemäß der Devise, daß die »dringlichste Sparsamkeit eine Sparsamkeit mit Menschenkraft« sei (I.320). Er war außerdem davon überzeugt, daß sich die Produktivität der Arbeit mit dem Wegfall unverbundener Haushalte enorm steigern werde, weil erst jetzt die Voraussetzungen für eine effiziente Rationalisierung der Produktion gegeben seien (I.55, II.208). In dem Maße schließlich, wie die weitgehend autonom bestimmte Arbeit in einem von menschlicher Zuneigung geprägten Betriebsklima für jeden anziehend ist, steigere sich auch die Leistungsbereitschaft eines jeden einzelnen (I.231, I.376).

2. In Übereinstimmung mit der älteren Utopietradition teilte Fourier die Hochschätzung der Naturwissenschaften. Doch ähnlich wie Saint-Simon geht er in doppelter Weise über seine Vorgänger hinaus. Einerseits verstand er das utopische Konstrukt seiner sozietären Ordnung selbst als eine wissenschaftliche Entdeckung ersten Ranges, die in allen Punkten mit der körperlichen Anziehungskraft übereinstimme, wie sie Newton und Leibniz entdeckt hätten (I.57). In scharfer Distanzierung von der herrschenden Philosophie, Politik und Ökonomie, die nichts weiter als mit der Erfahrung unvereinbare Spekulationen seien (I.46), betonte er immer wieder, seine Assoziationstheorie gründe sich »auf ein besonderes, aus der Natur gewonnenes Verfahren, das dem Ansinnen der Leidenschaften und den Lehrsätzen der Mathematik entspricht« (II.77, Anm. 10). Andererseits war für Fourier nicht – wie für die ältere Utopietradition – Naturwissenschaft und Technik lediglich ein, wenn auch zentraler Faktor neben anderen wie Verfassung, geographische Lage (Isolation nach außen) etc., der die Authentizität des utopischen Gemeinwesens verbürgte; vielmehr setzte die neue Gesellschaftsordnung die durch Wissenschaft und Technik vorangetriebene Entfaltung der Produktivkräfte voraus: Der Anfang der neuen Gesellschaftsordnung werde glänzend sein, weil die Menschheit erst unter der sozietären Ordnung die Früchte der Fortschritte ernten könnte, die die Naturwissenschaften im 18. Jahrhundert machten (I.64).

3. In den älteren Utopien kam es in der Regel darauf an, eine Expansionsgrenze der Wirtschaft entlang der Befriedigung der »natürlichen Bedürfnisse« der Menschen zu ziehen. Diese Restriktion entfällt bei Fourier in ähnlicher Weise wie bei Saint-Simon. Den historisch nie dagewesenen gesellschaftlichen Reichtum vor Augen, den die industrielle Entfaltung der Produktivkräfte verheiß,

bedeutete für ihn Wirtschaftlichkeit nicht Verzicht, sondern Konsum für alle in seiner raffiniertesten Ausprägung. In ihm sah er eine mächtige Schubkraft ökonomischer Aktivität: Hedonistische Lebensperspektiven motivierten die einzelnen, in dem Maße sorgfältig und engagiert ihre Berufe auszuüben, wie sie auf die materielle Kompensation für ihre Arbeit nicht verzichten müßten und das »gute Leben« sofort und nicht erst im Jenseits genießen könnten. Ließ Morus seine Utopier aus Gold Sklavenketten und Nachtgeschirre fertigen, so gilt bei Fourier der eherne Imperativ: »Trachtet bewegliche Schätze zu erwerben, Gold, Silber, Edelsteine und sonstige Gegenstände des Luxus, die die Philosophen mißbachten« (I.379). Die »Grenzenlosigkeit unserer Wünsche« errege »Gelüste« (...), von denen wir in der zivilisierten Ordnung nur ein Zehntel befriedigen können« (I.124). Im Gegensatz zu den »Moralisten der Zivilisation« werde die »neue sozietäre Ordnung« alles fördern, was die alte Gesellschaft Laster nannte, »wie Gefräßigkeit und amouröse Beziehungen« (I.122).

III.

Wie in der älteren Utopietradition, so spielt auch bei Fourier die Beziehung zwischen den Geschlechtern als Basis des politischen Gemeinwesens eine zentrale Rolle. Doch während in den etatistischen Utopien die Sexualität als subversives Potential betrachtet wird, das der strikten Kontrolle des Staates unterworfen ist, verfährt Fourier umgekehrt: Erst die uneingeschränkte Befriedigung sexueller Bedürfnisse entbindet jenseits von Frustration und emotionaler Depravierung jene integrativen Energien, die das harmonische Funktionieren der sozietären Ordnung erst ermöglichen. Für Fourier war klar, daß die sexuelle Befreiung der Frau in einem direkten Verhältnis zum Glück der Männer steht (I.197). Dennoch hat er niemals einer sexuellen Anarchie das Wort geredet, sondern im Gegenteil große Mühe auf die Konzipierung von »Spielregeln« verwandt, an die sich die Geschlechterbeziehungen zu halten hätten. Gegen Vorstellungen absolut freier Liebe wandte er ein: »Bevor man auch nur eine halbfreie Liebe zuläßt, muß man Gegengewichte schaffen, welche die Mitglieder der Harmoniegesellschaften selber nur nach fünfzehn oder zwanzig Jahren Entwicklung schaffen könnten«. Man begehe einen Fehler, wenn man alles auf einmal emanzipieren und der Liebe freie Zügel lassen wolle. Demgegenüber gab er zu bedenken, daß sich »auf der Insel Tahiti, im Lande Hamils, in Lanzarote, auf Java, in Lappland oder andernorts« die Sexualität dadurch reguliere, daß »Sitten und Gewohnheiten Gegengewichte geschaffen« hätten (II.71, Anm. 2).

Zu diesen »Gegengewichten« gehört Fouriers Klassifikation der Sexualpartner. Je nach dem, ob eine Verbindung kinderlos ist oder ob aus ihr ein oder mehrere Kinder hervorgehen, hat er Favoriten und Favoritinnen, Erzeuger und Gebärerinnen sowie Gatte und Gattin unterschieden. Der jeweilige Status zieht »progressive Rechte auf einen Teil der gegenseitigen Erbschaft« (I.182) nach sich. Eine Frau kann gleichzeitig einen Ehegatten, einen Erzeuger und einen Favoriten haben, sowie außerdem gewöhnliche Beischläfer ohne gesetzliche Rechte. Die Männer können es mit ihren

verschiedenen Frauen ebenso halten. Fourier war davon überzeugt, daß diese Abstufung der Geschlechterbeziehungen »zu ungewöhnlicher Höflichkeit und großer Treue in den eingegangenen Bindungen führt. Eine Frau ist nämlich berechtigt, den verschiedenen Männern, wenn sie mit ihnen zu unzufrieden ist, den höheren Titel vorzuenthalten; oder anders gesagt: den Titel Gatte erhält man erst, wenn man hinreichende Proben bestanden hat (I.182f).

Ein anderes von Fourier vorgesehene Ordnungssystem emanzipierter Liebesbeziehungen sieht vor, daß die volljährigen Frauen von ihrem 18. Lebensjahr an in drei Bünde zu unterteilen sind: »1. Die Gattinnen, die, wie in der Zivilisation, nur einen Gatten fürs Leben haben. 2. Die Demoiselles oder demi - dames, die ihren Besitzer wechseln können, vorausgesetzt, sie nehmen einen nach dem anderen in regelmäßigen Abständen. 3. Die Galanten, deren Status noch weniger streng ist«. Jeder Frau ist es zudem freigestellt, nach Belieben von einem Bund zum anderen überzutreten. Über diese Liebesbünde und deren interne Absprachen werden in jeder Stadt und in jedem Kanton Listen geführt (I.199). Da die Gattinnen von Demoiselles und Galanten überwacht werden, komme der Ehebund nur für Frauen mit einer ausgesprochenen Neigung zur Treue in Frage. »Man würde also erst später heiraten, wenn sich die Leidenschaften gelegt haben, und die Ehe würde ihren Zweck erfüllen, nämlich eine Stütze im Alter zu sein; sie ist der Zufluchtsort vor der Welt, ein Bund der Vernunft, für alte Leute und nicht für die Jungen geschaffen« (I.200). Immerhin bleibt also hervorzuheben, daß Fourier keine ersatzlose Streichung der Ehe forderte.

Es erhellt aus der ganzen Tendenz der sozietären Ordnung zur Selbstintegration der Gesellschaft, daß dem politischen System im engeren Sinne nur Minimalfunktionen zukommen. Für Fouriers Gemeinwesen ist, so gesehen, die Staats- und Regierungsform sekundär, weil es einer etatistischen Intervention nicht bedarf (II.49). Die Regierungen der vorsozietären Gesellschaften, so Fourier, konnten für das allgemeine Wohl nur dadurch sorgen, daß sie Zwangsmaßnahmen anwandten. Demgegenüber fallen in der genossenschaftlichen Ordnung das allgemeine Wohl und die Leidenschaften des einzelnen so vollkommen zusammen, »daß sich die Regierung darauf beschränkt, ihre Maßnahmen (...) anzukündigen. An dem vorgesehenen Tage wird von den Serien – auf eine einfache Verständigung hin – alles ausgeführt« (I.115). Den libertären älteren Utopien nicht unähnlich, kommt die sozietäre Ordnung sogar ohne einen staatlichen Justizapparat aus, weil einerseits der Corpsgeist in den Assoziationen genügt, »um die abstoßenden Laster der zivilisierten Bevölkerung auszumerzen, ihre Roheit, Unredlichkeit, ihre niedrige Gesinnung und ihre anderen Fehler« (I.177) und andererseits in der Wirtschaftssphäre Delikte wie Betrug und Diebstahl nicht vorkommen (II.207).

Auch wenn wir über die spezifische Verfassung, in der diese Regierung ohne hoheitliche Potestas wirkt, wenig erfahren, so ist doch bei Fourier von einer »einheitlichen Verwaltung unserer Erde« die Rede, »ohne die es keine festgefügte Ordnung und keine Garantie für das Schicksal der Staaten geben kann« (I.259). Am

Ende der Entwicklung, so müssen wir Fourier interpretieren, »werden sich alle Reiche der Welt verschmelzen« (I.240): Es entsteht eine »die ganze Erde« umfassende »einheitliche und unverwandelbare Regierung« (I.233), die von dem Zwang entlastet ist, repressive Funktionen ausüben zu müssen. Daß in einer solchen Weltgesellschaft Kriege der Vergangenheit angehören, versteht sich von selbst. Was von den Heeren der Zivilisation überlebt, sind bestimmte Organisationsmodelle, denen sich die Assoziationen bedienen, um z.B. Arbeitsarmeen möglichst effektiv zu organisieren.

IV.

Wie stellt sich Fourier, so muß abschließend gefragt werden, die Transformation vom Elend der Zivilisation zum kollektiven Glück der genossenschaftlichen Organisation vor? Den älteren Utopisten des 16. und 17. Jahrhunderts, allen voran Thomas Morus, war die Fiktion ihres besten Gemeinwesens ein kognitives Prinzip, in dessen Licht sie die Gesellschaften ihrer Zeit nicht umwälzen, sondern deren Defizite reflektieren wollten. Die Perspektive der Industrialisierung und der zunehmenden Beherrschung der Natur durch Naturwissenschaft und Technik vor Augen, verabschiedete Fourier diesen mehr in der Tradition Platons stehenden kontemplativen Ansatz. Es heiße jetzt, so betonte Fourier immer wieder, auf das Ziel zuzugehen, nachdem er die genossenschaftliche Ordnung in ähnlicher Weise entdeckt zu haben glaubte wie Newton das Gravitationsgesetz. Fourier machte sogar den Zivilisierten praktische Vorschläge, »die baldige soziale Metamorphose betreffend«: Er riet ihnen, in der Zivilisation keine Maßnahmen zu ergreifen oder Bindungen einzugehen, die ihr Leben in der unmittelbar bevorstehenden sozietären Ordnung nur behindern würden (I.378f). Zugleich war er wie Saint-Simon davon überzeugt, daß sich diese soziale Umwälzung von allen Revolutionen – allen voran die große Französische Revolution von 1789 – unterscheiden werde: Um das genossenschaftliche Gemeinwesen zu errichten, sei es nicht notwendig, »Reiche zu stürzen und Länder mit Blut zu tränken«. Diese Transformation gehe vollständig friedlich vonstatten (I.176), weil sich die Phalanstères, sind sie erst einmal gegründet, aufgrund ihrer selbstevidenten Vorteile von allein durchsetzen werden, ohne daß vorher die gesamte Eigentumsordnung umgestaltet werden muß.

Freilich begnügte sich Fourier nicht mit dem Hinweis, seine sozietäre Ordnung sei ein quasi naturwissenschaftliches Projekt und daher per se machbar. Darüber hinaus versuchte er die »Notwendigkeit« dieses Schrittes geschichtsphilosophisch zu begründen; insofern stand Fourier durchaus in der Tradition der seit Morelly und Mercier einsetzenden Zeitutopie. Auch für ihn war die Geschichte ein zielgerichteter Prozeß, in dessen Rahmen die wilden patriarchalischen, barbarischen und zivilisierten Gesellschaften »nur der Dornenpfad, die Leitersprossen sind«, über die man sich zum besseren genossenschaftlichen Gemeinwesen erheben kann (I.62). Es liege in der Absicht der Natur, daß sich die jeweilige Gesellschaftsordnung auf die nächste hinbewegt, siehe eine Gesellschaft zu lange in einer geschichtlichen Periode dahin, so werde sie wie moderndes Wasser von der Fäulnis befallen (II.218). Man

sieht: Dieses Argumentationsmuster ist voll der Geschichtsphilosophie der Aufklärung verhaftet; Originalität kann es erst in der Art beanspruchen, wie Fourier das innere movens, die Triebkraft des Fortschritts, begründet: Er führt ihn nämlich nicht nur auf den Willen der Natur zurück, sondern macht ihn auch fest an der wissenschaftlich-technischen Entfaltung der Produktivkräfte und verankert ihn insofern in den materiellen Verhältnissen der Produktionssphäre.

Tatsächlich sieht Fourier die »Keime« der neuen Ordnung bereits in den materiellen Verhältnissen der Zivilisation angelegt. Unsere Vorväter, so betont er immer wieder, hätten in den vorzivilisatorischen Gesellschaftsformationen die neue sozietäre Ordnung überhaupt nicht erkennen können. Und selbst wenn ihnen dies gelungen wäre, so hätten sie »wegen der Unvollständigkeit des Gewerbes« an ihr verzweifeln müssen. Die Möglichkeit, sich zu ihr zu erheben, bestehe erst in der Zivilisation; denn sie habe »die Wunderwerke der Industrie« hervorgebracht (I.65). Zwar erzeuge sie unter ihren Bedingungen »die Elemente des Glücks, nicht aber das Glück selbst« (II.64), weil in ihr die »erhabenen« wissenschaftlich-technischen Kenntnisse nicht auf eine »soziale Kunst« stoßen, die ihnen eine produktive Wendung geben können (I.65). Doch zu beheben sei dieses Mißverhältnis, aus dem »im gesellschaftlichen Mechanismus Überbelastung und Mißbehagen« resultierte (II.219), nur in einer genossenschaftlichen Ordnung. Erst in ihr stoße der wissenschaftlich-technische Fortschritt auf Rahmenbedingungen, innerhalb derer er sich ungehindert entfalten und seinen ureigensten Zweck erfüllen kann: die Verwirklichung des materiellen Glücks der Menschen.

RONALD LÖTZSCH

Gibt es eine marxistische Theorie des Ethnos?

Ich bin Sprachwissenschaftler, hätte also eigentlich hier nichts zu suchen. Mein Forschungsgegenstand sind aber nicht zuletzt Minderheitensprachen und deren Sprecher. Dabei wird man mit der hier als Vortragsthema gestellten und manchem sicher geradezu absonderlich vorkommenden Frage zwangsläufig konfrontiert.

Verschiedene Ursachen, meist sogenannte »höhere Gewalt«, haben bewirkt, daß ich erst vor einigen Tagen formulieren konnte, was ich *Versuch eines Komprimats einer partiellen Antwort* auf diese Frage nennen möchte. Auf einen allen Teilnehmern vorliegenden umfangreicheren schriftlichen Text können wir uns bei unserer Diskussion leider nicht stützen.

Sicher glaubt niemand, ich sei so vermessen, in fünfzehn Minuten die Grundzüge einer marxistischen Theorie des Ethnos darlegen zu wollen. Vorausgesetzt, die Vermessenheit ginge so weit, mir einzubilden, ich könnte es bei längerer Redezeit.

Berechtigt ist auch die Frage, ob eine besondere marxistische Theorie des Ethnos überhaupt nötig ist.

Diese Frage würde ich in dem Sinne bejahen, daß auch für eine solche Theorie die Marxsche Maxime zu gelten hätte, daß nichts auf Treu und Glauben zu akzeptieren ist, sondern alles kritisch hinterfragt werden muß.

Und natürlich wäre davon auszugehen, daß sich die Menschheit nicht nur, und das seit vielen hunderttausend Jahren, in Ethnien gliedert, sondern daß sie ab einer bestimmten Entwicklungsstufe außerdem in soziale Klassen und Schichten zerfällt.

Die Begründung meiner negativen Antwort auf die als Vortragsthema gestellte Frage kann ich nur andeuten.

Daß Marx und Engels selbst in dieser Frage kaum Ansätze zu einem theoretischen System hinterlassen haben, wird niemand mehr ernsthaft bestreiten. Damit ist nicht gemeint, daß der Terminus *Ethnos* in ihren mir bekannten Texten fehlt.

Er fehlt auch bei den österreichischen und rußländischen Marxisten, die zu Beginn dieses Jahrhunderts als erste Ansätze einer solchen Theorie entwickelten.

Diese Ansätze ergaben sich ja aus höchst praktischen Bedürfnissen. Es galt, die Beziehungen zwischen den innerhalb eines Staates lebenden unterschiedlichen *Ethnien* bzw. *Volksgruppen* oder *Nationalitäten*, wie sie meist genannt werden, so zu regeln, daß Konflikte möglichst vermieden oder doch wenigstens begrenzt werden können.

Ronald Löttsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin.

Vortrag, gehalten am 19. März 1999 auf der Elgersburger Konferenz »Marxismus am Übergang zum 21. Jahrhundert«.

Die abstraktere, auf den wissenschaftlichen Diskurs beschränkte Ebene mit dem Terminus *Ethnos* trat zurück hinter die konkrete des politischen Kampfes um die *Nation*, also um die mit der Herausbildung des Kapitalismus erreichbare Entwicklungsstufe des Ethnos.

In den meisten westeuropäischen und natürlich auch in manchen außereuropäischen Staaten dominierte jeweils ein Ethnos zahlenmäßig alle übrigen. Die herrschenden Eliten im Staate rekrutierten sich vorwiegend aus eben diesem Ethnos.

Es fiel ihnen meist nicht schwer, die ethnischen Minderheiten so an den Rand zu drängen, daß deren Bedürfnisse und Interessen weitgehend ignoriert werden konnten.

An einer theoretischen Bewältigung des Problems schien kein Bedarf zu bestehen. Vielmehr wurde die Illusion genährt, das ganze Staatsvolk sei die Nation.

Ganz anders in der k. u. k. Monarchie. In seinem beachtenswerten Aufsatz »Die Bedeutung der österreichischen sozialdemokratischen Nationalitätentheorie für die gegenwärtige Nationalitätenproblematik in Europa«, den Lothar Hertzfeldt 1992 in dem Sammelband *Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums* veröffentlichte, hat Egbert Jahn noch einmal mit allem Nachdruck die sachlichen Voraussetzungen für das objektivere Herangehen der austromarxistischen Theoretiker an diese Frage hervorgehoben.

Zwar war die Dynastie deutsch und auch in den höheren Sphären der zivilen Bürokratie und des Militärs dominierten die Deutschstämmigen. Doch in der Gesamtbevölkerung des Reiches stellten die Deutschösterreicher mit 23,4 Prozent nicht einmal ein Viertel.

Von einer Ignorierung der übrigen drei Viertel, der Ungarn, Rumänen und Slawen, konnte keine Rede sein, um so weniger von ihrer Assimilation.

Bei den Slawen handelte es sich im übrigen um mindestens acht verschiedene Ethnien. Jahn meint, es seien fünf. Wenn man Kroaten und Slowaken als »selbständige Nationen« ansehe, dann sieben. Er übersieht dabei, daß die österreichischen Behörden auch die bosnischen Muslime bereits als eigenständige »Volksgruppe«, wie sie offiziell genannt wurden, anerkannten.

Aber abgesehen von dieser Einzelheit wird Jahns Darstellung der austromarxistischen Nationalitätentheorie m. E. auch in anderer Hinsicht nicht ganz gerecht, worauf ich noch zurückkomme.

Weniger kraß als in Österreich-Ungarn war das Mißverhältnis zwischen numerischem Anteil an der Gesamtbevölkerung und politisch dominanter Rolle des zahlenmäßig stärksten Ethnos im Zarenreich.

Doch auch hier erreichte der Anteil der Russen, wie Lenin mehrfach betonte, nie 50 Prozent.

Kein Wunder also, daß Otto Bauers und Karl Renners Schriften zur Nationalitätenfrage, kaum daß sie erschienen waren, ins Russische übersetzt wurden.

Es blieb dabei jedoch nicht bei einer bloßen Rezeption.

Die Auffassungen der Österreicher wurden von den Rußländern – an erster Stelle ist Lenin zu nennen – schöpferisch weiterentwickelt. Die Weiterentwicklung betraf in erster Linie das Recht der nationalen Selbstbestimmung bis zur Lostrennung vom Unter-

drückerstaat und Bildung eines eigenen Staates. Die Austromarxisten hatten gerade diese Konsequenz vermeiden wollen.

Wie die gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikte der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart beweisen – es sei nur an Kurdistan und Kosova erinnert –, muß das nationale Selbstbestimmungsrecht einen unverzichtbaren Bestandteil jeder Theorie des Ethnos bilden.

Eine zweite wichtige Komponente bestünde in einer von den Realitäten ausgehenden Definition des Ethnos einschließlich der Nation.

In dieser Hinsicht haben die rußländischen Marxisten ebenfalls einen beachtlichen Beitrag geleistet. Auch Stalins Versuch aus dem Jahre 1913 ist hier zu nennen.

Natürlich mußte diese Definition jedwede Weiterentwicklung einer marxistischen Theorie hemmen, nachdem es ihrem Urheber gelungen war, die uneingeschränkte Macht in der bolschewistischen Partei und im Sowjetstaat an sich zu reißen. Jeder, der gewagt hätte, die inhaltlichen Defizite dieses Vierzeilensatzes und der apodiktischen Begründung der vier angeblich obligatorischen Merkmale auch nur zu nennen, hätte sein Leben riskiert. Im einzelnen kann ich hierauf nicht eingehen.

Lediglich auf das an erster Stelle genannte Merkmal, die gemeinsame Sprache, ist noch einmal zurückzukommen.

Erst nach dem Tod des Diktators wurden gewisse Präzisierungen dieser Definition auch in der Sowjetunion möglich. Und das trotz der Behinderungen durch die weiterbestehende Politbürokratie.

Inzwischen scheint festzustehen, daß es nur ein einziges in jedem Falle vorhandenes Merkmal gibt.

Es ist das spezifische Zugehörigkeitsbewußtsein, manifestiert meist auch durch einen gemeinsamen Namen, das es erlaubt, eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen als *Ethnos* oder *Volk*, als *Nationalität*, bei Vorhandensein weiterer spezifischer Merkmale, auf die ich jetzt nicht eingehen kann, als *Nation*, anzuerkennen.

Eher beiläufig klingt dieser Gedanke schon bei Lenin an. In dem am 18. Mai 1917 in der *Prawda* abgedruckten Artikel *Konfusion* (*Noch einmal über Annexionen* [Werke 24, S. 432-434]) heißt es z. B.: »Zur theoretischen Definition der Annexion gehört der Begriff ›fremdes‹ Volk, d. h. ein Volk, das seine Eigenart und den Willen zur selbständigen Existenz bewahrt hat.«(S. 433)

Das Verdienst der österreichischen und rußländischen Theoretiker der nationalen Frage bestand also nicht zuletzt im Nachweis, daß es völlig abwegig wäre, die von einem Dutzend Nationalitäten bevölkerte k. u. k. Monarchie bzw. das ein Völkergefängnis mit – um im Bilde zu bleiben – über 150 Insassen darstellende Zarenreich als »Nationalstaaten« anzusehen.

Sie haben den grundsätzlichen Unterschied zwischen Staatsvolk und Ethnonation herausgearbeitet, der nur in ganz seltenen Ausnahmefällen tatsächlich gegenstandslos wird. Im Vorkriegseuropa allenfalls in Portugal, Island oder Luxemburg. In der Gegenwart ist der Begriff »Nationalstaat« angesichts der Massenmigrationen vollends obsolet geworden.

Aber auch früher schon waren die Staaten West- und Mitteleuropas mit Ausnahme der genannten Mehr- bzw. Vielvölkerstaaten.

Wenn Egbert Jahn also meint, in Westeuropa sei die »Umwandlung von dynastischen Reichen in Nationalstaaten« gelungen, und als Beispiele auch Frankreich, Spanien oder, wie er formuliert, das »englische Reich« anführt, dann huldigt auch er der heute geradezu Mode gewordenen Neigung, alle souveränen Einzelstaaten ohne Rücksicht auf die tatsächliche ethnische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung zu »Nationalstaaten« zu erklären.

Die reale Existenz von *Vielvölkerstaaten* mit einer tatsächlich *multinationalen* Bevölkerungsstruktur wird allenfalls in Osteuropa zur Kenntnis genommen.

In Westeuropa und Nordamerika dagegen seien während der letzten Jahrhunderte echte »Nationalstaaten« entstanden. In jedem von ihnen hätte sich die Bevölkerung ungachtet der Existenz gewisser zweitrangiger »regionaler« Besonderheiten, wie manchmal herablassend konzidiert wird, »in freier Willensentscheidung« zu einer »Nation«, einer »Staatsnation« zusammengeschlossen. Diese mit der Realität absolut unvereinbare These beruht auf der Legende von dem angeblich auf »liberté, égalité, fraternité« beruhenden freiwilligen Zusammenschluß aller Bürger Frankreichs zur »grande nation«...¹

Auch Spanien, Großbritannien und das permanent vom Zerfall bedrohte Belgien allen Ernstes als »Nationalstaaten« zu bezeichnen, mutet schon grotesk an.

Der einzige europäische Staat, auf dessen autochthone Bevölkerung der Begriff *Staatsnation* zutrifft, ist die Schweiz.

Allerdings verkörpert die *Eidgenossenschaft* eine einzigartige Geschichte, auf die ich, da meine Zeit abgelaufen ist, jetzt leider nicht ausführlicher eingehen kann.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus einem Artikel der Nationalrätin aus dem zu 22 Prozent bündnerromanisch- und zu 13 Prozent italienischsprachigen Kanton Graubünden Brigitta M. Gadiant, den die *Neue Zürcher Zeitung* am 8. Januar dieses Jahres abdruckte.

Es lautet: »In unserem Land ist das Prinzip der Einheit in der Vielfalt zur Staatsmaxime geworden. Gebildet aus 26 kulturell, konfessionell, soziologisch und wirtschaftlich vielgestaltigen Kantonen und vier Sprachregionen, versteht sich die Schweiz als Willensnation.«

Wenn man von den Realitäten ausgeht, erweist sich also auch Stalins angeblich obligatorisches Merkmal der gemeinsamen Sprache als unhaltbares Dogma.

Die Beherzigung der historischen Wahrheit – das wäre mein Fazit und mein Credo – ist die in der Tat unabdingbare Voraussetzung für eine Theorie des Ethnos, die das Attribut marxistisch verdient.

1 Die Gegenargumente stimmen weitgehend mit dem überein, was in meinem Artikel »Was ist ein Volk und was eine Nation« (UTOPIE kreativ, H. 103/104, S. 15-30) auf Seite 23 über die Schaffung der französischen »Staatsnation« gesagt wird, können also hier weggelassen werden.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Auch im zurückliegenden Berichtszeitraum hat Berlin weiter an seinem Ruf gearbeitet, von den piefigsten Kommunalpolitikern Deutschlands verwaltet zu werden. Große Koalitionen haben eben seit je ihren Preis. Selbst die Oppositionsparteien Grüne und PDS, die doch – unter Blinden ist der Einäugige König – in der Vergangenheit eigentlich Gelegenheit gehabt hätten, sich intellektuell, politisch und personell zu profilieren, bringen kaum mehr als Postenschacherei und Listenplatzgerangel zustande. Was wieder einmal mehr beweist, daß gleiche (Partei-)Strukturen gleiche oder doch annähernd gleiche Verhaltensweisen hervorbringen. Schade zwar, aber so isse ehm.

So also stapft derjenige, der Berliner Zeitungen auf ihren Berliner Geist hin durchforstet, fortwährend durch Hundekacke und stößt auf so existentielle Themen wie Ladenöffnungszeiten, Anleinverordnung und Sparorgien im Kulturbereich. Und selbst wenn sich partiell vorgenommen wird, der Hauptstadt Metropolengeist – was auch immer das sei – anzudebattieren, geht das in die Hosen. Einen schönen Beleg dafür lieferte die »Berliner Zeitung« in ihrer Kolumne »Berlin berlin«. Dort schrieb Martin Z. Schröder einen respektlosen Bericht über eine Diskussion, ob Berlin eine geistige Metropole sei. Zu der Debatte hatten BMW und die Freie Universität in das Schauspielhaus eingeladen. An der Veranstaltung nahmen – außer dem Publikum – György Konrad (bereits Wochen zuvor aufgefallen durch eine durch und durch unatlantische Sicht auf den Jugoslawien-Krieg, der in Deutschland NATO-Einsatz heißen soll), der Historiker Fritz Stern (USA), Andrzej Szczypiorski, Michel Friedman und Horst Teltschik (BMW) teil. Sie wurden,

schreibt Martin Z. Schröder, von Jürgen Engert »durch den Abend genuschelt«. Schröder: »Daß Berlin die deutsche Hauptstadt sei, sei kein psychologisches Erdbeben für die Welt, so Szczypiorski. Teltschik wurmte diese, das Publikum amüsierende Gelassenheit, und er führte die geographische Lage der Hauptstadt ins Feld. Er mußte sich aber von Szczypiorski sagen lassen, daß die Polen nur den Rücken von Deutschland sähen.« An anderer Stelle: »Ohne diesen polnischen Schelm wäre der Abend qualvoll geworden; Fritz Stern deutete Gedanken leider bloß an, vermutlich war er von Engerts marschierender Arglosigkeit eingeschüchtert.«

Wahrlich, dieses Stückchen Streitkultur entschädigte für manches andere, was einem dieses Blatt gelegentlich zumutet. Doch was nun? Die Zeitung hat bekanntlich noch einen Schröder, der ist Herausgeber. Als solcher befindet er sich protokollarisch auf etwa gleicher Ebene mit Jürgen Engert. Soll heißen: Sie werden sich mit ziemlicher Sicherheit bald bei einem Lachshäppchenempfang oder einem ähnlichen Ereignis über den Weg laufen. Wird Schröder, von Engert auf Schröder angesprochen, diesen verteidigen? Oder wird Engert so tun, als habe er den schönen Verriß seiner Veranstaltung gar nicht gelesen? Wir werden es wohl nicht erfahren. Doch Engert muß uns nicht leid tun. Wer nicht rechtzeitig in Altersteilzeit geht, ist selber Schuld.

Der Krieg auf dem Balkan ist vorerst zu Ende, allerdings weiß ich nicht, ob er, wenn Sie diese Zeilen lesen, nicht schon wieder aufgeflackert ist. Wie auch immer: Jetzt sind etliche Medien dabei, ihre Verdrehungen, Einseitigkeiten und Unterlassungen ungeniert zu bekennen. Was sie nicht daran hindern wird, bei nächster sich bietender Gelegenheit genauso zu handeln, wie sie es früher schon und jetzt wieder getan haben. Die Mechanismen derartiger Vorgänge behandelt Pierre Bourdieu in seinem Essay »Über das Fernsehen« (Suhkamp). Das »Neue Deutschland« rezensierte das Buch, und – geradezu Chuzpe hoch zwei – die »Berliner Zeitung«, so als ginge sie das alles nichts an, zitierte ausführlich aus der ND-Rezension. Zum Beispiel auch folgende Stelle:

»Auch dürfe man nicht glauben, daß die Fernsehsender unmittelbar ›von den Leuten bestimmt werden, die sie besitzen, von den Firmen, die dort Werbespots bezahlen, oder vom Staat, der Subventionen vergibt«. Was als Nachricht gezeigt werde oder nicht, orientiere sich vor allem daran, was andere zeigen. Bourdieu bezeichnet dies als ›zirkuläre Zirkulation der Nachricht«. Um in der Welt des Journalismus anerkannt zu werden, müsse man zwar danach streben, als erster eine Nachricht zu präsentieren, aber es dürfe keine Nachricht sein, die die anderen nicht auch hätten bringen können. Wer den gewachsenen Mainstream verläßt, gilt als uninteressant oder verrückt.« Selbstverständlich sind die Chefredakteure und die Redakteure der »Berliner Zeitung« und der ihnen geistesverwandten Blätter nicht verrückt. In der DDR waren die von Bourdieu behandelten Mechanismen nicht beachtet und es war dem kostspieligen Apparat der Abteilung Agitation vertraut worden. Das schöne Geld – alles umsonst ausgegeben.

Wolfgang Röd:
Die Philosophie der Neuzeit 1:
Von Francis Bacon bis Spinoza,
 Verlag C.H.Beck München 1999,
 336 S.

Wie den beiden in UTOPIE kreativ seinerzeit (51-1995, S. 82; 71-1996, S. 84) besprochenen Bänden »Der Weg der Philosophie« (München 1994/96) eignen auch diesem philosophiehistorischen Werk des Autors unbestreitbare Vorzüge: die erforderlichen Komprimierungen der Gedankengänge und -systeme von u.a. Bacon, Galilei, Descartes, Gassendi, Malebranche, Hobbes, More, Spinoza werden deren Urhebern gerecht; sie entarten nie zu Zitatenkollagen; sie bevorzugen Probleme gegenüber Lebensläufen, Argumente gegenüber Ergebnissen; in etwa 500 Anmerkungen werden Quellenbelege geliefert und der heutigen Diskussion Raum gegeben; eine auch die neueste und die internationale Literatur berücksichtigende Bibliographie (nur DDR- Literatur scheint nicht bis Innsbruck vorgedrungen zu sein) sowie Personen- und Sachregister runden das lesbare, von fachterminologischem Kauderwelsch freigehaltene Lehrbuch ab.

Angesichts des allseits Lobenswerten im Detail soll ein Generaleinwand vorgetragen werden. Man sollte philosophiehistorische Darstellungen nicht mit einem bloßen Stauen über den auf uns gekommenen Erkenntnisüberfluß quittieren. Die Gedankensysteme der großen Philosophen würden dann nur als eine Ansammlung zufälliger, sich wechselseitig widersprechender oder widerlegender Ansichten erscheinen, die auf dem ohnehin überstrapazierten Gedächtnis von Examenskandidaten lasten. Da die »Herosen der denkenden Vernunft« die zeitlich vor ihnen Denkenden für ad absurdum geführt zu halten pflegen, ist dann Geschichte der Philosophie immer nur Vorgeschichte, wenn nicht gar eine »Galerie von Verirrungen des menschlichen Geistes«.¹

Das alles ist nun Röds Auffassung nicht. Aber leistet er nicht Vorschub für solcherlei Ahistorizität, wenn er aus seinen Analysen den ganzen Problembereich der gesellschaftlichen Ursachen wie der gesellschaftlichen Wirkungen für die verschiedenen Philosophen ausblendet? In seinen Überlegungen scheinen

Philosophen immer nur von anderen Philosophen infiziert zu sein, wie sie auch immer nur andere Philosophen infizieren. Ausdrücklich verwahrt sich R. dagegen, daß sein gelegentlicher Hinweis auf die historische Situation, insbesondere auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen dieser oder jener Philosoph wirkte, etwa so zu verstehen sei, daß Philosophie sozioökonomische Bedingungen reflektiere. Warum aber, wenn Philosophen wirklich nur geistgezeugt und geistpotent sind, haben die hier behandelten Aufklärungsdenker von Bacon über Pascal, Descartes, Hobbes bis Spinoza mit ihren besten Werken (wenn nicht gar mit allen!) auf dem Index librorum prohibitorum gestanden?² Warum wurde der hier behandelte Galilei von den Generalinquisitoren zu schwören gezwungen, daß er »allezeit geglaubt habe, gegenwärtig glaube und in Zukunft alles glauben werde, was die Heilige Katholische Kirche für gültig hält«?³ Warum erhielt Hobbes von King Charles II. keine Druckerlaubnis für sein geschichtsphilosophisches Werk, den Behemoth, und wurde sein Leviathan verbrannt?⁴ Warum haben die staatlichen Behörden Hollands zum Teil noch vor der Kirche Spinozas Werke verboten?⁵ Das alles kann doch weder durch Willkür noch durch Dummheit der jeweils Herrschenden erklärt werden.

Philosophen sind eben keine reinen Denker reiner Gedanken, weder exterritoriale noch extemporale Wesen. Gewollt oder ungewollt mischen sie sich in die interessegeprägten Auseinandersetzungen ihrer und der nach ihnen kommenden Zeit ein. Solche Vorgänge aufzudecken, gehört zum ureigenen, übrigens besonders reizvollen Geschäft von Philosophiehistorikern.

Auch wenn kein Philosoph damit beginnt, leere Blätter vollzuschreiben, ist sein/ihr Gedankensystem doch nicht nur das Ergebnis kontinuierlicher Entwicklung der Vorgänger-Gedanken, wie R. meint, und nicht bloß von »vorgetäuschter Diskontinuität«. Philosophen vom Range eines Bacon oder Hobbes, eines Descartes oder Spinoza vollzogen in einer Einheit von Kontinuität und Diskontinuität eine intellektuelle Revolution. Eine »Revolution der Denkart« ausgelöst zu haben, hat Kant (Kritik der reinen Vernunft, B XIII) ausdrücklich Francis Bacon zugebilligt, und die

ist mit der Denkart der Revolution in Europa organisch verbunden. Dieses Miteinander von Sein/Denken/Sollen zu leugnen oder zu verschweigen, hieße den Beitrag der postscholastischen Meisterdenker zum europäischen Fortschrittsweg von der mittelalterlichen in die bürgerliche Gesellschaft zu negieren und machte auch unerklärbar, warum die Postmoderne mit den Aufklärungsphilosophen auf dem Kriegsfuß steht. Man begreift eben immer nur den Geist, dem man gleicht...

HERMANN KLENNER

Anmerkungen

- 1 So: Hegel: Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, Hamburg 1993, S. 15.
- 2 Vgl. Joseph Hilgers S.J.: Der Index der verbotenen Bücher, Freiburg 1904, 638 Seiten.
- 3 Vgl. Galileo Galilei: Schriften, Briefe, Dokumente, Bd. 2, Berlin 1987, S. 209f.: »Urteil und Abschwörung vom 22. Juni 1633.«
- 4 Vgl. Hobbes: Leviathan, Hamburg 1996, S. XV, XXIV.
- 5 Vgl. Manfred Walther (ed.): Spinoza – Lebensbeschreibungen und Dokumente, Hamburg 1998, S. 279.

Michael Weingarten: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zu einer kulturalistischen Wende in der Philosophie, Pahl-Rugenstein Bonn 1998, 239 S. (29,90 DM)

Die große Zeit der Grundlagendebatten in der Wissenschaftstheorie, als man in dieser relativ neuen integrativen Disziplin eine Art Philosophie-Ersatz erblickte, ist längst vorbei und man könnte vermuten, daß sie nicht zufällig mit dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus von der Bildfläche verschwand. Denn während es zwischen den Philosophien kapitalistischer und sozialistischer Herkunft so gut wie keinen Dialog gab, sondern nahezu ausschließlich unersprißliche Konfrontation, ist es in der Wissenschaftstheorie zu erstaunlichen gegenseitigen Bezugnahmen, ja Kooperationen gekommen, wobei die philosophisch marxistische Grundlegung der östlichen wie die positivistische, hermeneutische, konstruktivistische etc. der westlichen Wissenschaftstheorien dem Insider niemals verborgen geblieben ist. Zum anderen könnte das Abflauen dieses Dis-

kurses auch daran gelegen haben, daß die wissenschaftstheoretischen Versprechungen an die Adresse sowohl der Einzelwissenschaft als auch der Wissenschaftspolitik mit unübersichtbaren Forderungen nach ethischer Fundierung zum einen, finanziellen Ausstattungswünschen zum anderen einhergegangen sind, was sie in den Ruf des unangenehmen Weggefährten gebracht haben mag. Als die Wissenschaftstheoretiker gar noch das bislang fast ausschließlich extensiv bewirtschaftete Gebiet der Wissenschaftsgeschichte vereinnahmten und die historischen Themen nur dann gelten ließen, wenn sie einer theoretischen Fragestellung folgten, war das Maß voll und die ursprünglichen Sympathien waren weitgehend aufgebraucht.

Mit doppelter Erwartung also greift man zu vorliegendem Buch und wird nicht enttäuscht, räumt es doch in erfrischender Weise diese von der jüngeren Wissenschaftsforschung erworbenen Risikofelder ab, ohne mehr zu beanspruchen, als ein fundierter Diskussionsbeitrag zu sein. Der Grundgedanke wird an dem allerdings nicht gerade hinreißenden Begriff der »kulturalistischen Wende« festgemacht. Und diese trete in der grundlegenden philosophischen Einsicht zutage, wonach keine Erkenntnis ohne Handlung zustandekomme, Wissensbildung stets über ein diesem Erkenntnisprozeß zugrunde liegendes Handeln fungiere. Diese philosophische Einsicht – die unverkennbar auf die marxistische Ausgangsthese, aber auch auf das lebensweltliche Apriori Edmund Husserls zurückverweist – lenke nach Weingarten nun auch den Blick des Wissenschaftstheoretikers stärker auf den kulturellen Kontext, in dem bzw. unter dem Wissenschaftler handeln. Man wird natürlich etwas kribbelig ob der Vieldeutigkeit dieses so verwendeten Handlungsbegriffes, denn nicht jedes soziale Handeln von Wissenschaftlern ist zugleich und stets erkenntnisförderndes Handeln, wie es der Explikation bedarf, was an einem konkreten Erkenntnisvorgang »Handeln« in einem sozialen Sinne ist. Bestimmt man dies nicht, wird leicht jedes Tun zum Handeln hochstilisiert, womit sich dieser Ansatz selbst eliminiert, denn ihm fehlt dann jegliche Spezifik. Doch folgt man dem Verfasser nun durch die zwölf dieser Einleitungsidee nachfolgenden Aufsätze, wird der

methodologische Grundgedanke in zweierlei Hinsicht verdeutlicht und konkretisiert. Das betrifft einmal die kulturelle Einbettung wissenschaftlicher Tätigkeit in ihrer themenprägenden (aber nicht erkenntnisdeterminierenden) Rolle, von Weingarten eindrucksvoll vorgestellt z.B. anhand der Differenz im Streit um die Menschenrassen zwischen Georg Forster und Immanuel Kant. Zum anderen bezieht es sich auf die sprachkritische Analyse wissenschaftlicher Texte vor allem in den dem Begründungstext nachfolgenden Rezeptionen. Das illustriert Weingarten souverän und mit einer Fülle von Anregungen am Beispiel der Schicksale der Darwinschen Terminologie. Höchst anregend auch die Analyse des autopoietischen erkenntnistheoretischen Ansatzes, der bekanntlich dem älteren Widerspiegelungsdanken und damit einer so verstandenen marxistischen Erkenntnistheorie den kognitiven Todesstoß versetzt haben soll – wenn man Maturana und nun auch Weingarten Glauben schenken darf. Beide haben recht, wenn die marxistische Erkenntnistheorie die These, daß das menschliche Denken ein informationsverarbeitender Vorgang in einem kausalen Sinne sei, wirklich vertreten hat. Ich bin mir da nicht so sicher. Daß unsere Erkenntnisse Konstruktionsleistungen des Gehirnes auf der Basis von Erfahrungen und Wahrnehmungsdaten sind, hat m.E. keine marxistische Widerständigkeit zu erwarten. Die von Maturana einst behauptete Unüberbrückbarkeit des neuen sinnesphysiologisch-autopoietischen Ansatzes gegenüber dem informationstheoretischen kann man nur aufrechterhalten, wenn man dem Informationsbegriff das Computermodell zugrundelegt. Doch jeder (höhere) Organismus bildet Wahrnehmungen räumlicher Verhältnisse und Beziehungen nur dann aus, wenn er sie durch seine Eigenaktivität konstruiert – das ist die inzwischen auch durch mannigfache Tierexperimente gesicherte fundamentale Einsicht in den Strukturierungsvorgang der Gehirntätigkeit. Doch wer will bestreiten, daß diese Strukturen auch engrammieren? Gewiß ist die ältere materialistische These, wonach unsere Empfindungen subjektive Abbilder der objektiven Realität sind, korrekturbedürftig. Der Abbildbegriff weist natürlich weder den Vorgang (indem er Erkennen auf ein Abbilden reduziert)

noch das Resultat adäquat aus. Aber wieso ist das Verarbeiten von Information mit diesem Abbildbegriff identisch? Probleme werden handelnd erzeugt, sie sind nicht vorgegeben. Insofern ist Problemvergewisserung eine Form der Informationsverarbeitung. Die von Weingarten geforderte Sprachkritik würde auch der modernen Kognitionswissenschaft guttun.

Auf die anderen Aufsätze – zu Wissenschaft und Krise, zu den Aufgaben einer kritischen Theorie heute, zu einem methodischen Umriß für eine Umweltwissenschaft u.a. – sei nur summarisch verwiesen.

REINHARD MOCEK

Hans-Christoph Binswanger: Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen.

Essays zur Kultur der Wirtschaft,
Gerling-Akademie-Verlag München
1998, 136 S. (32,00 DM)

Hans-Christoph Binswanger, Jahrgang 1929, schweizerischer Nationalökonom mit internationalem Renommee, befaßt sich seit längerem mit der Frage, inwieweit moderne Zivilisation und Geldwirtschaft zur Zerstörung der Natur beitragen. Dabei geht er nicht nur analytisch vor, indem er den inneren Zusammenhang zwischen monetärer Ökonomie und Wirtschaftswachstum aufdeckt. Er setzt sich mit dieser Frage auch historisch auseinander sowie unter Zuhilfenahme philosophischer und literarischer Theorien bzw. Zeugnisse. Gerade letzterer Aspekt macht sein Werk so außerordentlich interessant und vielseitig und trägt dazu bei, ihn als Autor weit über die Ökonomenzunft hinaus bekannt zu machen. Bücher wie »Geld und Natur«(1985), »Geld und Magie« (1985) sowie »Geld & Wachstum« (1994) – besprochen in »UTOPIE kreativ«, Heft 53 – weisen Binswanger als originellen Querdenker unter den Volkswirten aus, aber auch als mahnenden Alternativen und universellen Gelehrten, der Fragen stellt und Anregungen vermittelt, vorschnelle Antworten aber vermeidet.

Sein neues Buch enthält fünf Essays, die alle von der Wirtschaft handeln, aber keine eigentlich ökonomischen Texte sind. Viel-

mehr steht die Wirtschaft hier »im Blickfeld von Mythos, Philosophie, Literatur und Ethnographie« (S. 7). Die Originalität dieser Betrachtungsweise ist unbedingt hervorzuheben, da sich in unserem ökonomisch geprägten Zeitalter die Wirtschaft entweder selbst genügt, was sie für Kritik »von außen« unempfindlich macht, oder sie aber den Maßstab setzt, nicht nur für die ökonomischen, sondern gleichermaßen auch für außerökonomische Bereiche des Lebens. Letzteres wird zwar als »ökonomischer Imperialismus« in den Sozialwissenschaften beklagt, ist aber trotzdem gängige Praxis. Dem setzt Binswanger nun eine alternative Sichtweise entgegen, die dazu zwingt, die ökonomische Logik zu verlassen und die Wirtschaft, das heißt, ihre Voraussetzungen, Inhalte und Resultate, einmal aus einer anderen Perspektive als der ökonomischen zu beurteilen. Für den Autor bietet diese Methode Raum und neuen Zugang, um seine Kritik an der modernen Ökonomie, die er als *Geldwirtschaft* definiert, überzeugend vorzutragen.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext die bereits im Titel enthaltene These, daß es sich bei den Ökonomen um eine »Glaubensgemeinschaft« handele. Daß die Ökonomenzunft so etwas wie eine »geschlossene Gesellschaft« ist, mit einer eigenen Sprache, einer eigenen Methodologie, bestimmten Riten, Tabus etc., ist bekannt. Daß es sich hierbei aber um eine »Glaubensgemeinschaft« handeln soll, setzt dem allerdings noch eins drauf! Als tragenden Glaubensinhalt macht Binswanger die Metapher von der »unsichtbaren Hand« aus, die Adam Smith prägte, um deutlich zu machen, wie sich in einer Marktwirtschaft Eigennutz mit Hilfe des Marktes in Gemeinnutz verwandle. Nur so bekommt die Umformung der Menschen in »homines oeconomici«, die sich egoistisch und nutzenmaximierend verhalten, wodurch aber die Ganzheitlichkeit der Persönlichkeit ruiniert wird, historisch Sinn. Bis heute ist dieser Glaube an die »Kräfte des Marktes«, die Effizienz und Wohlstand hervorbringen, besser als dies die »sichtbare Hand« der Wirtschaftspolitik je vermag, ungebrochen. Binswanger sieht hierfür, lange vor Adam Smith, zwei wesentliche Quellen: Zum einen die Entstehung des Geldes und zum anderen den

Geist der Stoa im antiken Rom. Während das Geld die Unendlichkeit der Bereicherung und die Dynamisierung der Wirtschaft ermöglichte, beförderte die Stoa die Herrschaft der Vernunft, die Rationalität. Beides aber sind Voraussetzungen für den *Homo oeconomicus* als den Typ des modernen Menschen. Verloren geht dabei jedoch das *Maß*: Die Aneignung der Natur wird maßlos, das Wirtschaftswachstum Selbstzweck, der Konsum verliert jeden Bezug zum Bedürfnis, der Reichtum expandiert ohne Grenzen usw. Was not tut, ist eine Rückbesinnung auf *außerökonomische* Kriterien, eine »Rückbindung an außerwirtschaftliche Maßstäbe«. »Nur so kann die Wirtschaft ihren eigentlichen Sinn – die Grundlage für die volle Entfaltung des Lebens zu schaffen – behalten« (S. 9f.).

Im ersten Essay zieht Binswanger den Mythos vom Frevel Erysichthons, der im heiligen Hain der Göttin Demeter Holz für einen Festsaal schlug, als Beleg für den »Ursprung der ökologischen Krise« in der griechischen Antike heran. Er setzt der Unbegrenztheit der Bedürfnisse, von der die Ökonomen sprechen, das heißt, der Unersättlichkeit unserer Wünsche, die Begrenztheit der natürlichen Umwelt gegenüber und zeigt, daß Maßlosigkeit zur Katastrophe führt. »Die Unersättlichkeit muß in einer begrenzten Welt dazu führen, daß wir schließlich unsere eigenen Wirtschafts- und Lebensgrundlagen zerstören« (S. 24).

Der zweite Text ist Adam Smith und der Rolle der »unsichtbaren Hand« in der klassischen und neoklassischen Ökonomie gewidmet. Im Grunde bekannt, aber doch häufig vergessen, ist, daß Smith seine Überlegungen zu Markt und Wettbewerb nicht rein ökonomisch, sondern ethisch begründete. Auch der Begriff der »unsichtbaren Hand« stammt aus der »Theorie der ethischen Gefühle«. Binswanger führt ihn auf den Fortschrittsglauben Smith' zurück und nicht auf ein ökonomisches Effizienzdenken. Er faßt ihn als »ökonomische Formulierung dieses Optimismus« (S. 54). Indem sich die Ökonomen hier auf Smith berufen, bilden sie in der Tat »eine stoische Glaubensgemeinschaft und sind somit auch eine Werturteilsgemeinschaft par excellence« (S. 56). Aber, damit nicht genug: auch Mephistopheles, als »ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute

schafft«, verkörpert die »unsichtbare Hand« – und triumphiert schließlich in Goethes »Faust«, *aber als Teufel*. Binswanger führt hier, kenntnisreich und belesen, seine Goethe-Paraphrasen aus »Geld und Magie« fort, ergänzt um einige Anmerkungen über Marktversagen und wirtschaftspolitische Regulierung.

Daran an schließt sich ein weiterer Text zu Goethe: *Chancen und Gefahren der modernen Wirtschaft im Spiegel von Goethes Dichtung*. Hier zeigt Binswanger, daß Goethe, der als Weimarer Minister auch praktisch mit Wirtschaftsfragen zu tun hatte, frühzeitig erkannte, daß die entfesselten Marktkräfte unbedingt »durch ethische Postulate« zu ergänzen seien, »um die drohenden Gefahren zu mindern« (S. 66). Letzere erblickte er vor allem in der »sozialen Frage« und in einem »Zurückschlagen der Natur« (S. 85). Gegenüber der Allmacht der »unsichtbaren Hand« bekundete Goethe im Alter mehr und mehr Skepsis (vgl. S. 89f.).

Im vierten Essay wendet sich Binswanger der *chinesischen Ökonomik* zu. Insbesondere im Konfuzianismus findet sich eine der westlichen Haltung entgegengesetzte »Ausrichtung der Wirtschaft auf ethische Standards« (S. 92). In der Lehre des »Guan Tse« finden sich Ideen, die denen der »sozialen Marktwirtschaft« durchaus ähnlich sind (S. 101).

Im Gegensatz zum Westen existiert in China das Menschenbild des Homo oeconomicus niemals ausschließlich. Es wird immer ergänzt durch andere »homines«, so des »homo ethicus«, des »homo socialis«, des »homo politicus« usw. Dieser Pluralismus der Charaktere wird als »wegweisend« herausgestellt (vgl. S. 106). Der Band schließt mit einem Aufsatz, der in Sibirien spielt und veranschaulicht, wie die Unterwerfung der Natur unter die Regeln des Geldes zu deren Zerstörung führt. Trotzdem sind weder das Geld noch die Errungenschaften der Technik zurückzunehmen.

Binswanger endet deshalb versöhnlich, indem er fordert: »Wir müssen die Wirtschaft so ordnen, daß dieser Konflikt (zwischen Geld und Natur – U.B.) weder zu einer Wirtschaftskrise führt, weil wir die Realität des Geldes nicht ernst nehmen, noch zu einer Umweltkrise, weil wir die Realität der Natur mißachten... Dann – nur dann – kann es auch gelin-

gen, die ökonomisch-ökologische Synthese herzustellen, die wir suchen« (S. 118).

ULRICH BUSCH

Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung.

Edition Zweite Moderne,

Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998, 4. Aufl., 270 S., 26,00 DM (I)

Ulrich Beck (Hrsg.): Politik der Globalisierung. Edition Zweite Moderne,

Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998, 1. Aufl., 424 S., 34,00 DM (II)

Da befürchtet Ulrich Beck, daß viele Neomarxisten »die Idee einer kosmopolitischen Demokratie für wirklichkeitsfremd halten und dies vor allem damit begründen (werden), daß hier Ethik mit Macht verwechselt wird« (I/S. 164). Auch wenn B. diesen Einwand nicht gelten läßt, so scheint das doch das Problem seiner ganzen Untersuchung zu sein. Die Analyse der sich vollziehenden ökonomischen Veränderungen und ihrer politischen Implikationen geht eben nicht einher mit einer ebenso nüchternen Suche nach Auswegen und nach den gewünschten neuen demokratischen Strukturen. Wunschanbaupläne für Demokratiestrukturen mit letztlich problematischen wirtschaftlichen und sozialen Gegenentwürfen bei vielen interessanten und bewahrenswerten Zugängen lassen den Leser doch in Unsicherheit zurück.

Doch beschwört Michael Zürn die latente Gefahr einer »riesengroßen Koalition« quer zu den bisherigen politischen Formationen, einschließlich der Braunen, die die Verteidigung des Nationalstaates als unverzichtbar für ihr jeweiliges Projekt annehmen. Zwar hält er diese »Koalition« letztlich für unwahrscheinlich. Aber berechtigt sieht er die Gefahren, die ein solch fatales Zusammenwirken für die Demokratie haben könnte. Wem kommen da weniger die dänischen Gegner des Maastricht-Vertrages in den Sinn als jene gelegentlich unheilige Allianz sehr divergierender politischer Kräfte im heutigen Rußland (oder

in den Spätjahren der Weimarer Republik)? Verlierer können zur Gefahr werden und nicht nur das zerstören, was ihre Verluste verursacht. Und Demokratie ist ein weit zarteres Rehkitz als das immer so liebevoll beschworene Rehlein »Kapital«.

Es ist natürlich verlockend und im Ziel unbedingt unterstützenswert, wenn Beck ein neuer Gesellschaftsvertrag der Zweiten Moderne vorschwebt. Die Unternehmer, die »Globalisierungsgewinner an ihre Verpflichtung für demokratische Institutionen zu erinnern, und das heißt: die virtuellen Steuerzahler zur Kasse zu bitten« (I/S. 233) - das ist das eigentliche Problem der gegenwärtigen Entwicklung. Heute ist die »Zauberformel« möglich geworden »Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus ohne Steuern.« (I/S. 29) Damit wird aber der bisherige Gesellschaftsvertrag, die Leistung der Moderne in ihrer Verbindung von Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie hinfällig.

Berechtigt sucht Beck Begriffe geradezurücken. Globalisierung sind für ihn »die Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden« (I/S. 28). Als Globalismus bezeichnet er dabei die »Ideologie der Weltmarktherrschaft« (I/S. 26), die im neoliberalen Sinne die Politik als Gestaltungsmittel verabschiedet. Hinter all diesen Prozessen steckt aber die mittlerweile unrevidierbare Globalität. »Es existieren nebeneinander die verschiedenen Eigenlogiken der ökologischen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, zivilgesellschaftlichen Globalisierung, die nicht aufeinander reduzierbar oder abbildbar sind, sondern jede für sich und in ihren Interdependenzen entschlüsselt und verstanden werden müssen.« (I/S. 29) Berechtigt will Beck gegen die Instrumentalisierung dieser Prozesse als Abschied von der Politik und als vordergründige Rechtfertigung von Sachzwängen agieren.

Dabei wird deutlich, daß schon allein die unterstellten realen Prozesse, die scheinbar nur ein Erklärungsmuster Globalisierung zulassen, zumindest umstritten sind (so die Beiträge von Paul Hirst/Grahame Thompson, II/S. 85ff. und Jonathan Perraton/David Goldblatt/David Held/Anthony McGrew, II/S. 134ff).

Am einleuchtendsten hier die Herausstellung von Konfrontation und Handeln »supranationaler Handels- und Wirtschaftsblöcke«, also EU, NAFTA und in bestimmter Hinsicht Japan, bei Hirst/Thompson (II/S. 101).

Beck geht es – ungeachtet dieser strittigen Punkte – um die Suche nach Antworten auf den Vormarsch des Neoliberalismus und die dahinterstehenden realen Prozessen. Er will das Projekt der Moderne verteidigen und die aus seiner Sicht wesentlichen demokratischen und sozialstaatlichen Errungenschaften nicht beseitigt wissen. Anschaulich beschreibt er, wie das Schlagwort Globalisierung als »Institutionen-Weichmacher« (I/S. 16) marktradikal letztlich die Gesellschaft abtötet und – dies ist sein Hauptargument für den anzustrebenden Gesellschaftsvertrag – nun auch die Grundlagen von Politik und letztlich wohl auch Wirtschaften aufhebt.

Beck will deshalb »Gegengifte« verabreichen und mit den Erfahrungen der sozialen Marktwirtschaft politisch den neuen Herausforderungen zu Leibe rücken. Ein neuer Schub der internationalen Zusammenarbeit, eine neue Art von Kapitalbeteiligung auch als eine »neue Sozialpolitik« (I/S. 229), der »Auf- und Ausbau der Bildungs- und Wissensgesellschaft« (I/S. 230), eine Demokratiestärkung durch »Politisierung des Konsums« (I/S. 233) sollen jene Schranken setzen, die heute die Marktradikalen zu überwinden suchen bzw. bereits haben.

Dieses Demokratiemodell mit der Wirkung der Konsumentenbewegungen soll durch einen Zwang zu »gut leserlicher Kennzeichnungspflicht« mit »Sozial-, Demokratie- und Umwelt-Labels« und eine klar definierte Produkthaftung die Durchsetzung von Standards kontrollierbar machen (II/S. 234). Der Erfolg von Greenpeace gegen Esso würde so durch die tägliche Entscheidung der Konsumenten wiederholbar werden. Wünschenswert, aber wieviel bewirkt bereits heute der blaue »Umweltengel«? Graduell wird sich sicher so manches wandeln, reicht das aber schon, haben wir dazu den langen Atem?

Gar die Ideen von der »kosmopolitischen Demokratie« (II/S. 162), die das demokratische Zusammenleben garantieren soll, den internationalen Institutionen die notwendige Legitimation verschaffen wird – wie real ist das wirklich? Allein schon der Verweis auf die

EU (James Goodman, II/S. 331ff.) zeigt, daß Wunschbilder, auch manche gute Idee, gar funktionierende Erfahrungen existieren – aber die Resultate sind fragwürdig.

Auch ein anderer Vorschlag löst Stirnrunzeln aus. Ein »Bündnis für Bürgerarbeit« (I/S. 235) soll durch freiwillige, selbstorganisierte und öffentlich finanzierte Arbeit wichtige sozialstaatliche Aufgaben übernehmen und zur Selbstverwirklichung beitragen. Die Bezahlung soll über ein »Bürgergeld« erfolgen, das in etwa der Sozialhilfe entspricht. Die Idee für solche Arbeit ist gut, auch daß die Gesellschaft dafür einspringen muß. Nur, die Bezahlung läßt entweder auf »unwerte« Arbeit schließen – oder auf einen hervorragenden Bewußtseinsstand der so Aktivierte. Die Idee der Subbotniks war einst auch nicht schlecht ...

Das Problem bleibt die Vorstellung Becks - durchaus konform mit den realen, kritisierten Prozessen, die natürlich auch Freiheitsgewinn bedeuten können –, daß er offensichtlich in erster Linie auf »das Ergebnis individueller Experimente« (II/S. 52) setzt, mit denen dieser Wandel sich vollziehen soll. Grasroots sozusagen, aber auch hier drängt sich die Frage auf, was dann das Beschwören des Politischen in der Veränderung noch soll. Denn auch marktradikal kann auf solche Individuallösungen gesetzt werden, hier die bessere Idee und Moral – dort die höhere Effizienz und Rücksichtslosigkeit.

Auch die Hilfe anderer Autoren kann noch nicht das Dunkel durchbrechen. Jürgen Habermas ist sich sicher, daß Protektionismus und die Rückkehr zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik« als Optionen ausscheiden (II/S. 71). Fast alle sind sich einig, daß der Nationalstaat wohl nicht das Feld der Auseinandersetzung sein könne. Am konsequentesten tritt Oskar Lafontaine für eine neue Qualität internationaler Zusammenarbeit ein: »Wir brauchen«, so sein Programm, »eine Stabilisierung der Wechselkurse, eine stabilitätsgerechte und zugleich wachstumsgerechte Zinspolitik, eine konjunkturgerechte und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik, eine harmonisierte Steuerpolitik, eine gemeinsame Technologiepolitik, eine internationale Sozialcharta, eine konzentrierte Offensive gegen globale Umweltzerstörung.«(II/S. 257) Die wiedergewonnene sozialdemokratische Re-

gierungsverantwortung in den meisten westeuropäischen Hauptstädten scheint jetzt dafür günstige Bedingungen zu bieten – was er zum Zeitpunkt des Schreibens nur ahnen konnte. Nur, es sind eben nicht nur die Globalisierungsfaktoren, die »global player«, die den Staaten das Leben schwer machen. Da gibt es eben durchaus nationalstaatliche und Blockinteressen, die im Zweifelsfall das gemeinsame Handeln einzelner Regierungen unterlaufen werden. Und es wird zu Allianzen jener so bedrohlichen, so vermeintlich allein global denkenden und agierenden Konzerne kommen, untereinander, mit den jeweiligen Beschäftigten, aber auch mit jenen Regierungen, die für ihr Land den größten Nutzen sehen.

Beide Bände bieten viele ernstzunehmende Ideen, in der Analyse wesentlicher Erscheinungen helfen sie. Der archimedische Punkt zur Beantwortung der heutigen Herausforderungen ist sicher nicht zu finden. Das waren schon früher Illusionen, wenn nach der Macht- und Eigentumsfrage als non plus ultra gerufen wurde.

Aber es fallen doch Defizite auf, die über die punktuell kritischen Anfragen hinausgehen.

Erstens, wer wird Akteur der notwendigen Wiedergewinnung des Politischen für die notwendige »demokratische Domestizierung des Kapitalismus« (Fritz W. Scharpf, II/S. 228)? Es bleibt denn doch vage. Der wohl notwendige »historischer Block« der Veränderung, wie ihn Gramsci bezeichnet, muß sich erst noch formieren. Bewußt geschrieben »formieren«, weil allein in der Hoffnung auf Allianzen, in der Hoffnung auf Gleichklang der Globalisierungsverlierer eine neue Illusion steckt. Sicher werden die Konturen dieses Blockstatsächlich unscharf sein, aber sie müssen gezeichnet und vor allem ausgefüllt werden.

Berechtigt wird deshalb *zweitens* in einigen Beiträgen die unzureichende Sicht auf die sozialen Bewegungen angemahnt. Es gibt zwar Teilaussagen, so auch zu den Arbeitern (Ethan B. Kapstein, II/S. 203ff.), es wird davor gewarnt, daß manche dieser Bewegungen eher Statisten sind (James Goodman, II/S. 361). Nur, Gewerkschaften, Parteien, soziale Bewegungen spielen eben nur eine Randrolle in den Überlegungen. Also vielleicht doch die Hoffnung der ethischen Beglückung durch ei-

nige aufgeklärte Sozialwissenschaftler, Politiker und Manager? Die werden gebraucht, zweifelsohne. Die Medien können viel bewirken. Aber ohne das Handeln – nicht nur das (vielleicht intelligentere, politischere) Konsumieren – wird sich wohl wenig bewegen. Schlimmer vielleicht: Was passiert, wenn die gegenwärtigen bescheidenen westeuropäisch-sozialdemokratischen Reformansätze alsbald stecken bleiben. Droht dann erst recht Neoliberalismus pur?!

Drittens wird deutlich, daß über die Rolle des Nationalstaates als Ort der politischen und sozialen Auseinandersetzung (und Identität) auch unter Bedingungen der Globalisierung nachzudenken ist. Ein vorschneller Abschied wird auch jene herauskatapultieren, die eigentlich diesen Kampf führen wollen.

Viertens fehlt sichtlich die Radikalität der Forderungen. Wenn Unternehmen aus ihrer nationalen und damit auch internationalen Verantwortung ausscheiden wollen, sich also so gegen die Gesellschaft stellen, dann müssen Sanktionen greifen. Der Zugriff auf ihre Standorte muß erfolgen, national und länderübergreifend, externe Firmensitze dürfen keine Schranke sein, solange sie auf dem eigenen Boden agieren. Der Kapitalfluß muß kontrolliert und wenn notwendig rigoros steuerbar sein. Umverteilungen werden ja wohl auch möglich sein, und zwar nicht nur von unten nach oben. Verteilungsgerechtigkeit bedeutet, wie Fritz W. Scharpf schreibt, eine Verlagerung der »Anstrengungen von der Steuer- und Lohnpolitik auf die Verteilung der Kapitalvermögen« (II/S. 248). Allerdings, was haben die vielen Kleinanleger von ihrem Eigentum – werden sie bescheidene Couponabschneider? Oder machen sie den Großeigentümern Konkurrenz? Andere Mittel sind ebenso denkbar, so sind direkte und indirekte Subventionen beeinflussbar. Und schließlich: Auch die Verstaatlichung sollte kein Tabu sein, obzwar sie nach den realsozialistischen Erfahrungen allein wenig hilft. Und dies ist *fünftens* sichtbares Defizit: Wo bleibt die Demokratie in der Produktion, im Arbeitsprozeß. Kapitalbeteiligung als ein Weg, gut und schön, aber auch Entscheidungsbeteiligung? Vielleicht gilt auch hier: »Global denken, lokal handeln«!

STEFAN BOLLINGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK

Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120